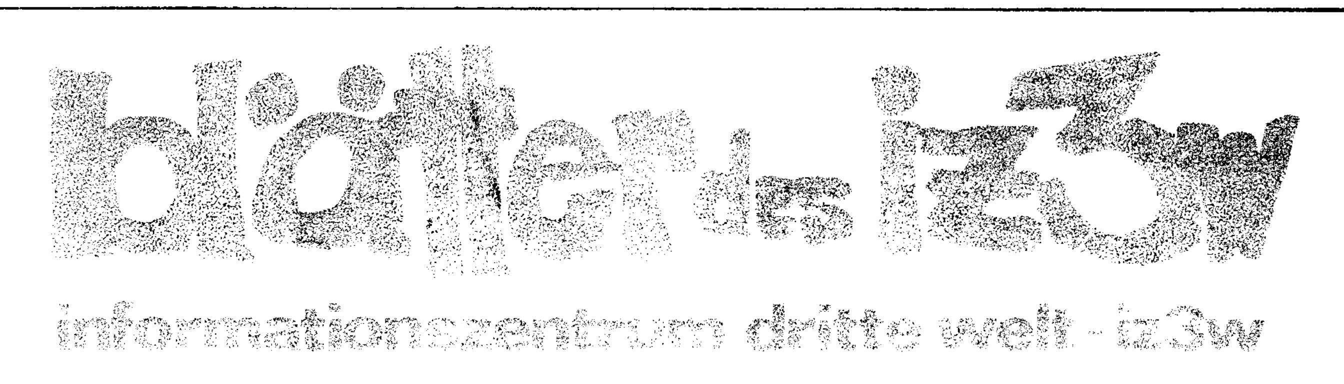
M 3477 FX



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Patenschaften in der 3. Welt: Hilfe oder Hindernis?

Nr. 78 Juni 1979 DM 2.50

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid , Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

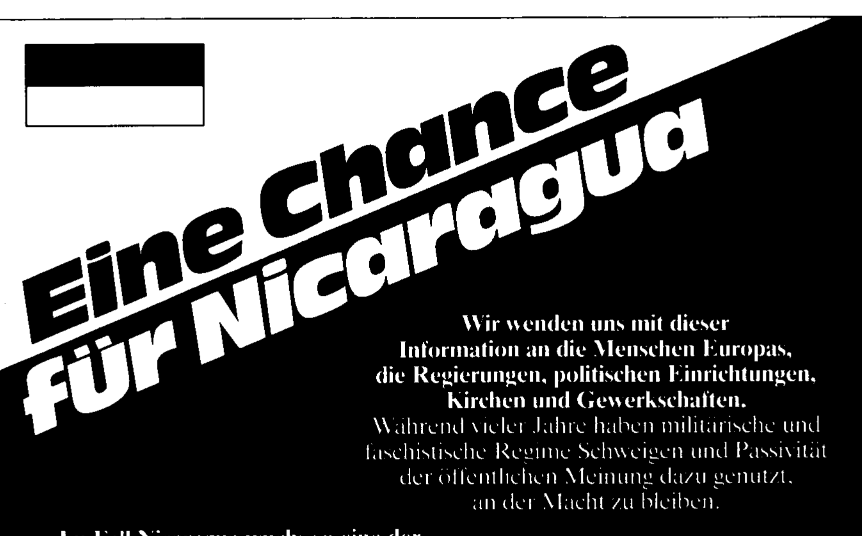
Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28. (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Sudpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20,

Berichtigung

In der letzten Ausgabe der "blätter des iz3w" (Nr. 77) wurden durch einen Irrtum der Druckerei zwei Bildunterschriften im Kolumbienthemenblock vertauscht: Zu dem Bild auf Seite 41 muß es richtig heißen: "Immer diese Sucherei nach dem Autoschlüssel" und zu dem Bild auf Seite 44: "Das Bild zeigt den Strafgefangenen Luis Aldana".
Wir bitten um Entschuldigung für die Verwechslung.





Wir wenden uns mit dieser Information an die Menschen Europas, die Regierungen, politischen Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften.
Während vieler Jahre haben militärische und faschistische Regime Schweigen und Passivität der öffentlichen Meinung dazu genutzt, an der Macht zu bleiben.

Im Fall Nicaragua wuchs so eine der grausamsten Diktaturen in der Geschichte der Menschheit.

Die Unmenschlichkeit der Somoza-Diktatur, die Städte bombardieren ließ und die systematische Ausrottung der Bevölkerung verschuldete, sprengt die Grenzen menschlichen Vorstellungsvermögens.
Gegen Terror und Völkermord hat sich das nicaraguanische Volk erhoben, um sich auf die einzige Weise zu wehren, die ihm geblieben ist: mit dem bewaffneten Kampf.
Dies Volk hat das unveräußerliche Recht, seinen eigenen Weg zu suchen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Gerechtigkeit, Demokratie und Respektierung der persönlichen Rechte Grundelemente sind.
Die Verwirklichung dieser Menschenrechte ist in diesen Tagen das Ziel der Nicaraguaner und seiner Avantgarde, der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN. Aber heute, wie in allen Zeiten der Geschichte dieses Volkes, droht die ausländische Intervention. Es geht dabei um das Überleben fremder wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen, die nicht die Interessen der Nicaraguaner sind. Unsere Sorge ist, daß der Sehnsucht nach Freiheit mit Waffengewalt ein Ende bereitet werden soll.
Die Nicaraguaner suchen eine unabhängige, politische Alternative: sie wollen Selbstbestimmung.

Die europäischen Völker, die ebenso eine Geschichte der Unterdrückung und Diktaturen kennen, die ebenso die Erfahrungen des Faschismus gemacht haben, sollten Solidarität als ihre Verantwortung akzeptieren und den Kampf der Nicaraguaner aktiv unterstützen.
Darum bitten wir um politische und wirtschaftliche Isolierung der Diktatur Somozas, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dieser Regierung, die Terror zur täglichen Praxis gemacht hat. Darum bitten wir um wirtschaftliche und politische Hilfe für den Widerstand und die achtzig Solidaritäts-Gruppen, die in Europa für die Herstellung von Demokratie und Gerechtigkeit in Nicaragua kämpfen.
Viele Regierungen Europas haben militärisch und wirtschaftlich zur Stabilisierung dieser Diktatur beigetragen. Jetzt ist es Zeit, daß die Menschen Europas mit wirkungsvoller Hilfe ihre Solidarität für jene beweisen, die die leidenden Opfer sind.
Das Volk von Nicaragua braucht Freunde. Es braucht Ihre Hilfe. Wir glauben, daß die Nicaraguaner beides in Europa finden werden.

Sekretariat der europäischen Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Nicaragua.

Informationsbüro Nicaragua e.V., Ravensberger Str. 149, D-5600 Wuppertal 1
(Stadtsparkasse Wuppertal, Konto Nr. 976 738)
Solidaritätskomitee Nicaragua, Mollardgasse 29/18,
A-1050 Wien, (Österreichische Postsparkasse 1 012 200)
Nicaragua-Solidaritätskomitee, Postfach 67,
CH-8060 Zürich
(Postscheckkonto 80-60 518)



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Libanon

Die Zunahme der militärischen Aktionen Israels im Libanon während der letzten Monate zeigt an, daß Israel nach Sicherung seiner Südgrenze durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Ägypten im April dieses Jahres jetzt seine Nordgrenze mit dem Libanon und Syrien mit Gewalt ‚befrieden' will.

Der Zeitpunkt ist vor Israel günstig gewählt. Das arabische Lager ist durch das Ausscheiden Ägyptens militärisch entscheidend geschwächt. Für die Bildung einer einheitlichen Front aller arabischen Staaten im Rahmen der Ablehnung des Separatfriedens zwischen Ägypten und Israel sind vorerst nur Ansätze sichtbar. Der eine liegt in der Annäherung zwischen Syrien und dem Irak (s. ‚blätter' Nr. 77), die sich festigend auf die Einheit der verschiedenen palästinensischen Widerstandsgruppen ausgewirkt hat, die gleichzeitig der Palästinenserfrage einen neuen Stellenwert in der arabischen Politik verschafft hat und somit das politische Kernstück für eine breite antiisraelisch arabische Front bilden könnte (Guard. 16.5.79). Der andere Ansatz zeigt sich im gemeinsamen diplomatischen und wirtschaftlichen Boykott von 15 arabischen Staaten gegen Ägypten.

Außerdem hat Israel im Libanon selbst Bündnispartner gefunden. Im Süden den Chef einer 4000 köpfigen irregulären libanesischen Miliz, Major Haddad, der im April d.J. entlang der israelischen Grenze einen autonomen libanesischen Teilstaat ausgerufen hat, das ‚Freie Libanon'. Im Norden arbeitet Israel mit den maronitischen (christlichen) Parteien und deren Privatmilizen zusammen, den Falangisten unter Gemayel und den National - Liberalen unter Chamoun.

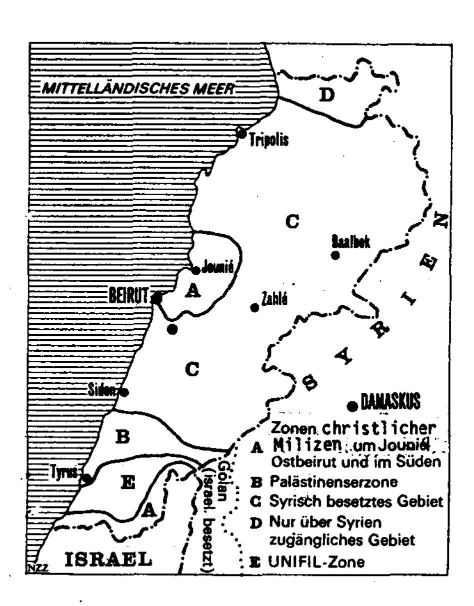
Zudem fehlt es dem Libanesischen Staat unter dem Präsidenten Sarkis an einer eigenen Hausmacht; der Neuaufbau einer regulären libanesischen Armee, die sich während des Bürgerkriegs 1975/76 aufgelöst hatte, geht nur langsam voran. Die libanesische Regierung stützt sich auf die 30 000 Soldaten Syriens (Panarabische Friedenstruppe im Libanon), das einen ernsthaften Konflikt mit Israel vermeiden will.

Israels Ziele

Der israelisch - ägyptische Separatfrieden gibt Israel endgültig Rückendeckung und freie Hand für die Fortsetzung seiner expansionistischen Politik im Libanon, die im März 1978 mit dem Überfall auf den Südlibanon und dessen Besetzung bis zum Juni 1978 begann (s. ‚blätter' Nr. 69 u. 72).

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD:		Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libèration (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)



Die Ziele dieser zionistischen Politik sind
1. die Vernichtung des palästinensischen Widerstands, der sich im Libanon erfolgreich organisiert hat sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich,
2. die Verdrängung Syriens, das mit seiner 30 000 Mann starken Besetzungstruppe die einzig dominierende Kraft im Libanon darstellt und der von Israel angestrebten maronitisch israelischen Allianz im Wege steht,
3. die Errichtung einens ‚zweiten Israel' im Libanon, d.h. die Wiederherstellung eines von den Maroniten dominierten, mit Israel verbündeten Staates oder die Bildung eines maronitischen Teilstaates unter israelischer Schutzherrschaft.

Vernichtung des palästinensischen Widerstandes

Begin, 1978 mit dem Nobelpreis für seine angeblich friedlichen Absichten ausgezeichnet, macht sich jetzt an die ‚Endlösung der Palästinenserfrage'. In Zusammenhang mit der — kurz darauf als ‚Mißgriff in der Wortwahl' zurückgenommenen — Äußerung seines Außenministers Dayan im Februar 79, daß es sich bei der Palästinensischen Befreiungsbewegung PLO „nicht nur um Terroristen ... sondern auch um Zivilisten, genauer gesagt um die palästinensischen Flüchtlinge" handele, erklärte Begin im israelischen Fernsehen, *„daß die PLO eine Organisation gemeiner Mörder ist, die den Staat Israel zerstören will ... Wir erkennen sie nicht an, wir werden sie nicht anerkennen, und wir werden keinerlei Verhandlungen mit ihnen führen. Das ist die Politik des Kabinetts"* (Eurabia, Infobulletin, Feb.79).

Was Begin mit den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon vorhat, läßt sich seiner späteren Beschreibung dieser Politik des Kabinetts entnehmen, die er darauf festlegte, *die Mörder jederzeit und überall mit all unseren Kräften zu schlagen. Wir wissen, wo sich ihre Kommandoposten befinden, und wir werden sie angreifen, um sie zu zerstören"* (DWMD 8.5.79).

Dieser Vernichtungsstrategie entsprechend werden die israelischen Angriffe auf palästinensische Ausbildungs- und Flüchtlingslager im Libanon nicht mehr wie bisher als angebliche Vergeltungsschläge für palästinensische Anschläge in Israel ausgegeben. Laut israelischen Erklärungen handelt es sich bei der Eskalation

der nichtprovozierten Angriffe in den letzten Monaten um eine neue Strategie, *„die darauf ausgeht, den Palästinensern nachzustellen, wann und wo immer es zweckmäßig erscheint"* (NNZ 10.5.79).

Israel beschränkt sich dabei nicht auf den Süden des Libanon, wo seit dem 22. April 79 — im Anschluß an den Angriff eines palästinensischen Kommandos auf Naharija im Norden Israels, bei dem 4 Israelis und 2 der 4 palästinensischen Freischärler getötet wurden — Palästinenserlager und libanesiche Dörfer und Städte in der gesamten Küstenregion zwischen Sidon und der irsaelischen Grenze dem Beschuß durch Luftwaffe, Marine und schwerer Artillerie der israelischen Streitkräfte ausgesetzt sind (TAZ 26.4.79; FR 25.5.79). Besonders betroffen ist die libanesiche Hafenstadt Tyrus — der Nachschubplatz für den palästinensischen Widerstand und gleichzeitig wichtiger Umschlagplatz vor Importgütern für die Zivilbevölkerung —, die von israelischer Marine blockiert und tagelang bombadiert wurde (NNZ 19.5.79).

Auch im Norden greifen israelische Flugzeuge wahllos an. So z.B. am 6.5. einen Hochzeitszug in einem libanesischen Dorf, wobei 5 Zivilisten getötet und 15 verwundet wurden. Dieses Dorf liegt 10 km von einem Flüchtlingslager entfernt, wo die Israelis angeblich palästinensische Einrichtungen hätten angreifen wollen (NNZ 10.5.79). Wie fadenscheinig die israelischen Erklärungen, nur militärische Anlagen angreifen zu wollen, sind, zeigt die Bilanz der israelischen Bombenangriffe vom 19. bis zum '24. Januar, die 35 Tote forderten. Die Toten waren bis auf sieben palästinensische Freischärler Zivisisten (NNZ 10.2.79).

In Beirut setzen israelische Piloten die Bevölkerung nicht nur wie schon vor einem Jahr durch Tiefflüge und Schallmauerdurchbrüche in Panik. Der libanesische Ministerpräsident Hoss wurde von seiner Wohnung am Südrand Beiruts aus Zeuge, wie israelische Flugzeuge am 24.5. bei einem Angriff auf vermutete Stützpunkte der Palästinenser „gnadenlos auf ein paar Hütten und auf Zivilisten eindroschen" (FR 25.5.79).

Hinter Israels Versuch, den palästinensischen Widerstand, der sich im Libanon in den von den palästinensischen Organisationen für die Flüchtlinge aufgebauten sozialen Strukturen (wie Kindergärten, Schulen, Werkstätten, Fabriken, Krankenhäuser) organisiert hat und sich aus diesen Organisationsstrukturen rekrutiert, zu vernichten und damit das Recht der Palästinenser auf Selbstbstimmung und einen eigenen Staat in Palästina auszulöschen, steht gleichzeitig die Absicht, Syrien zu Reaktionen zu provozieren, die eine größere militärische Aktion Israels rechtfertigen könnten.

Israels Versuch, Syrien aus dem Libanon zu verdrängen

Syrien ist seit seinem Eingreifen in den Bürgerkrieg von 1975/76 (s. ‚blätter' Nr. 72) — mit seinen 30 000 Soldaten im Rückhalt, die nach dem Rückzug der Kontingente der anderen arabischen Staaten alleine die Panarabische Friedenstruppe repräsentieren — der größte Machtfaktor im Libanon. Entsprechend groß ist sein Einfluß auf die Entscheidungen der machtlosen libanesischen Regierung, deren im Neuaufbau befindlichen Armee nicht in der Lage ist, die Staatshoheit in den besetzten Gebieten im Süden, Ostbeirut und Umgebung wiederherzustellen gegen den Widerstand der irregulären Milizen der Maroniten — den faschistischen Falangisten unter Gemayel, den ‚Tiger' - Milizen der National Liberalen Partei unter Chamoun, die mit der Unterstützung Israels in Ostbeirut und dem Gebiet von Ostbeirut nördlich bis an die Hafenstadt Jounie eigene Hoheitsgebiete aufgebaut haben, genauso wie der Major Haddad an der libanesisch - israelischen Grenze (s. Karte).

Das jüngste erfolgreiche ‚Friedensangebot' Begins an die libanesische Regierung und die gleichzeitige Aufforderung an Syrien, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen (FR 8.5.79), kann auf Grund der bestehenden Machtverhältnisse im Libanon nur als Täuschungsmanöver verstanden werden, mit dem Begin seine angeblich friedlichen Absichten beweisen will, um nach der einkalkulierten und auch tatsächlich erfolgten Ablehnung beider Angebote durch den libanesischen Präsidenten Sarkis und seinen syrischen Kollegen Assad die Eskalation der militärischen Aktionen Israels zu rechtfertigen, unter dem Vorwand, die angebliche Ausrottung der Christen im Libanon verhindern zu wollen. Gemeint sind damit die bisher vergeblichen Versuche der libanesischen Regierung, mit Hilfe der Panarabischen Friedenstruppe und er UN - Friedenstruppe (UNIFIL) die irregulären Milizen der Maroniten (Christen im Libanon) zu entwafnen.

Errichtung eines ‚Zweiten Israels' im Libanon

Die Vernichtung der Palästinenser und die Verdrängung Syriens sind die zwei Voraussetzungen für die Erfüllung des israelischen Hauptanliegens im Libanon, das nach zionistischer Wunschvorstellung ein ‚zweites Israel' werden soll. Schon im Sommer 1978, während der Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Privatmilizen der Maroniten und der Panarabischen Friedenstruppe, in der Syrien schon damals das Hauptkontingent stellte, drohte Israel unter der Benutzung des leider immer noch sehr wirksamen Klischees vom Religionskrieg im Libanon mit militärischer Intervention, falls Syrien fortfahre, angeblich „die Christen des Libanon auszurotten" (FR 7.10.78). Israel belieferte seinerseits die maronitischen Milizen mit Waffen über den Hafen Jounie nördlich von Beirut (FR 7.10.78) und verhinderte damit ihre Entwaffnung durch die Syrer und damit die Voraussetzung für die Wiederherstellung der libanesischen Staatshoheit, unter der der Wiederaufbau der durch die ständigen Kämpfe seit 1975/76 völlig zerstörten Infrastruktur des Libanon und seiner Wirtschaft beginnen könnte.



Der israelische Kriegsminister Weizmann und Haddad, Chef der christliche Milizen im Südlibanon

Auch im Süden verhinderte Israel, daß die libanesische Regierung die Staatsgewalt ausüben kann. Mit dem von der UNO erzwungenen Rückzug aus dem Südlibanon am 13. Juni 78 übergab Israel einen Teil der von ihm besetzten Gebiete nicht wie gefordert an die UN - Truppen, sondern an den Chef der maronitischen Milizen im Süden, Major Haddad, einem wegen seiner antisyrischen Haltung aus der libanesischen Armee verstoßenen Offiziers. Haddad und seine Truppen, die Waffen Ausbildung, medizinische Versorgung, Nahrungsmittel und ihren Sold von Israel erhalten (FR 20.4.79), konnten dank der israelischen Unterstützung bis jetzt wowohl die Friedenstruppe der UN (UNIFIL) als auch Truppen der regulären Libanesischen Armee daran hindern, das libanesische Gebiet entlang der israelischen Grenze unter ihre Kontrolle zu bringen. Inzwischen hat Haddad mit israelischer Zustimmung seinen Autonomieanspruch auf den etwa 10 km breiten Grenzstreifen durch seine Ausrufung als ‚Freies Libanon' bekräftigt. „Der Rest des Libanon" befinde sich „unter ausländischer Besatzung" und müsse befreit werden (FR 20./21.4.79).

Diese von Israel und dem Südlibanon ausgehende Aktion zur ‚Befreiung' des gesamten Libanon — gemeint ist die Wiederherstellung der im Laufe des Bürgerkriegs eingebüßten Vorrangstellung der maronitischen Oberschicht im Libanon und die Wiedergewinnung der damit verbundenen Privilegien — zeigt inzwischen in-

tegrierende Wirkung auf die Maroniten im Norden, die sich — entgegen der christliche Eintracht suggerierenden israelischen Propagandaformel der Christenverfolgung — in der Konkurrenz um Einflußgebiete und um die Erhebung von Wegzöllen und Schutzgeldern nach Mafiaart blutige Fehden liefern (NNZ 24.1.79). Die Milizen Gemayels und Chamouns haben sich versöhnt und die Gründung einer ‚Vereinten Partei' verkündet, nachdem sie sich wieder einmal wenige Tage zuvor Kämpfe mit Raketen und Granatwerfern geliefert hatten, die mindestens 25 Tote und 50 Verletzte forderten (BZ 16.5.79). Sie äußerten sich positiv zu dem von der libanesischen Regierung abgelehnten Friedensangebot durch Begin und stellten — nach dem Vorbild Haddads — die Bildung eines zweiten autonomen Staates unter dem Namen ‚Freies Zentrales Libanon' in Aussicht (FR 8.5.79).

Israel bedankte sich für die andauerne Bereitschaft seiner Bündnispartner im Libanon zur Zusammenarbeit und gab deren weitere Richtung an: „es sei ermutigend, daß — trotz der Reaktion der libanesischen Regierung — christliche Führer, die zur Zeit nicht direkt mit Regierungsgeschäften beauftragt sind, Begin weitaus ernster nehmen als dies Präsident Sarkis und Ministerpräsident Hoss taten. Das ist kaum überraschend. Die libanesischen Christen können kaum begeistert sein von der Anwesenheit einer syrischen Besatzungsarmee in ihrem Lande, die auf etwa 30 000 Mann geschätzt wird, sowie von etwa 10 000 bewaffneten Palästinensern. Hinzu kommt, daß in der Vergangenheit libanesiche Führer, insbesondere christliche, wissen ließen, daß ihr kleines Land ... glücklich wäre, der zweite arabische Staat zu sein, der Frieden mit Israel schließt" (DWMD 9.5.79).

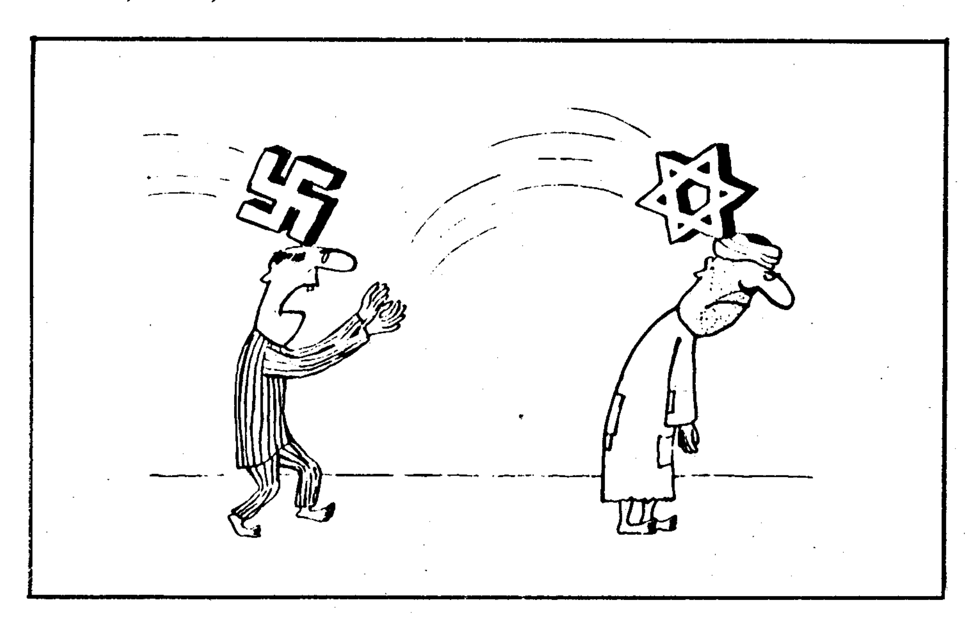
hst

Palästina

Stellungnahme der PLO zu „Holocaust"

Die Vertretung der PLO bei den internationalen Organisationen in Wien hat die Nazi - Verbrechen an den Juden als Verbrechen an der gesamten Menschheit verurteilt. In einer Stellungnahme zu der Fernsehserie „Holocaust" heißt es, die PLO habe immer wieder betont, daß sie zwischen Judentum und Zionismus unterscheide und ihren Kampf ausschließlich gegen die expansionistischen und rassistischen Ziele des Zionismus richte. Israel betreibe diese Politik und wolle auf Kosten der arabischen Länder ein Großisrael errichten. Sein Vernichtungsfeldzug gegen die ursprünglichen palästinensischen Einwohner sei mit dem Schicksal der Juden während der Hitler - Zeit vergleichbar. „Holocaust" müsse eine Mahnung an das Weltgewissen sein, daß kein Volk auf der Welt das moralische, rassistische oder religiöse Vorrecht habe, ein anderes Volk zu unterdrücken und zu vernichten, erklärte die PLO - Vertretung.

Der Bonner PLO - Vertreter Abdalla Frangi äußerte darüberhinaus den Verdacht, die Ausstrahlung der Fernsehserie in allen westlichen Ländern sei Teil einer großangelegten zionistischen und US - imperialistischen Kampagne zur Diffamierung der palästinensischen Befreiungsbewegung. Mit der Gedankenfolge: den Juden ist schreckliches Unheil geschehen; das darf nicht noch einmal passieren; deshalb ist der palästinensische Widerstand verbrecherisch; solle jede Kritik an den zionistischen Expansionsplänen und dem verräterischen Friedensvertreg zwischen Begin und Sadat mundtot gemacht werden. (FR 7.5.79, Progressive Zeitung der POCH, Schweiz)



Universität Bir Zeit

Die Situation an der palästinensischem Bir Zeit Universität nahe Jerusalem

An einem Aprilmorgen fährt wie an jedem Tag ein kleiner Zubringer - Bus von der Stadt Ramallah mit Studenten zur außerhalb der Stadt gelegenen Bir Zeit Universität. Auf halber Strecke wird der Bus and einer Straßensperre gestoppt. Die Studenten müssen alle aussteigen. Die israelischen Soldaten durchsuchen die Taschen der Studenten, prüfen die Bücher und Hefte. Wahllos werden Bücher und Hefte beschlagnahmt. Es werden auch Verhaftungen vorgenommen. Einige werden wieder freigelassen andere sitzen bis heute in Haft, ohne daß ihnen konkret etwas vorgeworfen wird. „Jeden Tag fehlen in meinen Klassen Studenten" sagt eine Engländerin, die Sprachunterricht erteilt, „und wenn ich Frage, wo ist der und der geblieben? dann heißt es, die Israelis haben ihn abgeholt, sei's nachts zu Hause oder auf dem Weg zur Universität". Das ist schon fast normal. Doch die Aktion an jenem Aprilmorgen war eine der letzten. Seitdem ist die Universität geschlossen. Die Schließung der Universität ist der Höhepunkt einer Kampagne von Schikanen, die seit letzten Herbst spürbar zugenommen hat.

„Als zuerst von der Autonomie die Rede war, gab es heftige Diskussionen unter den Studenten. Die Israelis haben zunächst keinen Anstoß daran genommen, man hatte den Eindruck, sie wollten sehen, wer sich äußert. Dann haben sie zugeschlagen. Über Nacht wurden ein Dutzend Studenten verhaftet. Die Liste der Verhafteten und Festgenommenen, der Verhörten und derer die sie nachweislich geschlagen haben, wurde immer länger. Übergriffe wurden so häufig, daß wir, der Lehrkörper, den Präsidenten unserer Universität gezwungen haben, am 1.12.78 eine Pressekonferenz abzuhalten. Denn die Situation war unhaltbar geworden," sagte Professor Wasif Abushe einem deutschen Besucher, der ihn kurz vor Weihnachten besuchte.

In diesem Jahr sind weitere Repressionsmaßnahmen hinzugekommen. Am 9.1. dieses Jahres erhielt der Vizepräsident der Universität einen Brief des Militärgouverneurs, in dem ihm mitgeteilt wird, daß ab sofort palästinensischen Pädagogik - Studenten der Bir Zeit Universität die Genehmigung entzogen wird, an den unter israelischer Kontrolle stehenden staatlichen Schulen auf der Westbank ihre Praktika zu machen. Das kommt einer Verhinderung der Ausbildung palästinensischer Lehrer gleich. Trotz mehrmaliger Nachfrage nannte der Militärgouverneur keinen Grund für diese Maßnahme. Die Bir Zeit Universität hat daraufhin ein Protestschreiben an die UNESCO gerichtet.

Die Bir Zeit Universität wurde 1924 als Grundschule gegründet. Den Bedürfnissen der palästinensischen Jugend folgend entwickelte sich Bir Zeit weiter, wurde Sekundarschule und ist heute eine Universität, die größte der 3 palästinensischen Universitäten auf der Westbank. Seit der Besetzung der Westbank 1967 durch die Israelis, ist die Universität, ihre Weiterentwicklung und ihr Lehrbetrieb durch die israelischen Behörden ständig sabotiert worden. Vor 1967 entrichtete die Universität unter jordanischer Verwaltung keinerlei Steuern. Seit 1970 verlangen die israelischen Behörden Steuern, was gegen internationales Recht verstößt, das in besetzten Gebieten die Aufrechterhaltung des Status Quo verlangt. Der inzwischen an Steuern gezahlte Betrag würde ausreichen, ein neues Universitätsgebäude zu errichten oder ein Labor vollständig auszustatten. Israelische Militärbehörden üben auch eine Zensur über von der Universität bestellte Bücher und Zeitschriften aus. Dutzende von Büchern sind konfisziert worden. Die letzten beiden sind eine Bibliographie palästinensischer und jordanischer Schriftsteller 1970 - 75.

In der israelischen und Weltöffentlichkeit wird versucht, von dieser Universität ein Bild zu zeigen, das die Vorstellung von einer Brutstätte

des Terrorismus nahelegt. „Wenn alle Menschen, die auf der Westbank und im Gazastreifen leben, die Besatzungspolitik ablehnen und die PLO als ihre Repräsentanz ansehen, Terroristen sind, dann sind 99,9% der palästinensischen Bevölkerung Terroristen," sagt Prof Wasif Abushe dazu. „Die gegen Bir Zeit ergriffenen Maßnahmen sollen ein Exempel statuieren und jedem, der sich gegen die Autonomielösung wendet, klarmachen, daß er die Rache der Israelis zu fürchten hat."

Höhepunkt der gegen diese Universität ergriffenen Maßnahmen war die Schließung der Universität nach den Demonstrationen der Studenten anläßlich des Besuchs von Jimi Carter in Israel. Die Schließung dauert bis heute an.

Bir Zeit hat in Deutschland eine Schwesteruniversität. Zwischen Bremen und Bir Zeit besteht ein Patenschaftsverhältnis. Doch bisher hat weder die Studentenschaft in Bremen geschweige denn der akademische Senat die Stimme des Protestes gegen die Obstruktion erhoben. Es wird Zeit, daß in Deutschland die Öffentlichkeit auf diesen Aspekt israelischer Besatzungspolitik aufmerksam wird. Sie ist symptomatisch für das, was die Palästinenser von der israelischen Autonomieregelung zu erwarten haben.

Peter Tautfest

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Israel

Am Donnerstag, den 2. Mai 1979 wurde Uri Davis bei seiner Rückkehr nach Israel auf dem Ben Gurion Flughafen in Bydda bei Tel Aviv verhaftet. Ihm wird „Kontakt zu feindlichen Agenten im Ausland" vorgeworfen. Vorangegangen war ein Artikel in der israelischen Tageszeitung Yedioth Ahronot vom 15. Mai, in dem u.a. behauptet wurde, daß Uri Davis Gelder für die Publikation einer Zeitung von Abu Jihad (Fatah - ZK) erhielte.
Davis hat alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen; die Diffamierungskampagne gegen ihn, sowie seine Verhaftung, seien Versuche zur politischen Einschüchterung. Er lehne jede Zusammenarbeit mit der Untersuchungsbehörde ab.

Uri Davis ist 35 Jahre alt, jüdischer Israeli, der auch die britische Staatsbürgerschaft hat. Er ist in Israel aufgewachsen. 1971 bis 1973 hat er an einer amerikanischen Universität unterrichtet, seit 1973 arbeitet er an der School of Peace Studies der Universität Bradford. Einen zweijährigen Forschungsurlaub 1976 / 1977 verbrachte er in Israel.
Uri Davis gehört zu den bekanntesten anti - zionistischen Oppositionellen Israels. Er kommt ursprünglich aus der israelischen Kriegsdienstverweigerungsbewgng, arbeitet in der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte mit und ist Mitbegründer der Middle East Research and Action Group (MERAG) in London. Uri Davis ist durch zahlreiche Publikationen zum Palästina - Problem und zu Ideologie und Praxis des Zionismus bekannt geworden.
Am Vormittag des 7.6. 79 wurde Uri Davis nach zwei Haftprüfungsterminen gegen eine Kaution von 200 Pfund entlassen. Seine beiden Pässe , ein israelischer und ein britischer, wurden konfisziert.

Sieben Studenten, die gleichzeitig mit Uri Davis verhaftet wurden, sind ab 7.6. noch für mindestens weitere 7 Tage in Haft. Uri und die sieben Studenten werden von der Rechtsanwältin Lea Zemel, 14 Koresh Street, Jerusalem, Tel. 22 78 38 verteidigt. Die Rechtsanwältin bittet, Protestbriefe an die Israelische Botschaft in der BRD (Simrockstr.2, 53 Bonn - Bad Godesberg) oder auch an das israelische Justizministerium in Jerusalem zu schicken und ihr davon Durchschläge zu überlassen.
Unmittelbar nach seiner Entlassung gab Uri Davis folgende Erklärung ab:

Offener Brief von Dr. Uri Davis

Ich möchte den zahlreichen Menschen in Universitäten und Medien danken, die meine Verteidigung an die Öffentlichkeit getragen und organisiert haben; besonders danken möchte ich dem ad - hoc Komitee an den ‚Schools of Peace Studies and Human Studies' der Universität Bradford.
Ich möchte betonen, daß ich einer der privilegiertesten politischen Gefangenen im heutigen Israel war. Da ich aus einer jüdischen Familie stamme und Bürger des Staates Israel bin, stand und stehe ich unter dem Schutz des offiziellen Rassismus des jüdischen Staates und seiner hegemonistischen Ideologie, des Zionismus; da ich außerdem britischer Staatsangehöriger und Untertan der englischen Königin bin, schützte mich auch die Rücksicht auf die britische Öffentlichkeit und das Rechtssystem dieses Landes;
da ich ordentliches Mitglied des Lehrkörpers der Universität Bradford bin, wo ich in der Forschung arbeite, schützte mich außerdem die akademische Öffentlichkeit.
Mein Fall wurde breit veröffentlicht; doch obwohl diese breite Öffentlichkeit für die israelischen Behörden ein Hemmnis war, wurde ich in totaler Isolationshaft gehalten, in einer 2 qm großen Zelle, die 24 Stunden am Tag ununterbrochen ziemlich stark beleuchtet war (100 -120 Watt). Gleichzeitig bekam ich nichts zum Lesen. Mein Recht als Gefangener auf einen halb- bis einstündigen Hofgang am Tag wurde mir ebenfalls verweigert.
Ich möchte meine Verhaftung und die Aufmerksamkeit, die dadurch erregt wurde, nutzen, um die Öffentlichkeit auf die hunderte und tausende von politischen Gefangenen im heutigen Israel hinzuwiesen (insgesamt über 3 000), die weniger privilegiert sind als ich, denen nicht ein Bruchteil der Besorgnis und Aufmerksamkeit geschenkt wird, die ich genoß, und die unter unglaublich schlimmeren Bedingungen festgehalten werden als ich. Sie werden verhöhnt, geschlagen und gefoltert, wie zum Beispiel der Bericht der ‚Sunday Times' Reporter vom Juni 1977 „Folter in Israel" enthüllt.
Israel ist politisch und rechtlich das Werk der UNO (durch den Teilungsplan der Palästinaresolution vom November 1947). Ich möchte meine Verhaftung und die Aufmerksamkeit, die sie erregt hat, nutzen, um zur Einrichtung einer UNO - Kommission zur Untersuchung der Lage in den israelischen Gefängnissen aufzurufen.
Da das Eingreifen der UNO in dieser Frage heute äußerst dringlich ist, fordere ich, daß eine solche Komission so bald wie möglich von der UNO Vollversammlung eingesetzt wird. Die UNO hat die Möglichkeiten einzugreifen, wo es nötig ist.
Ich bin zuversichtlich, daß meine Kollegen von der Zeitschrift Miftah und in den beiden Menschenrechtsorganisationen, in denen ich arbeite — der israelichen Liga für Bürger- und Menschenrechte und der Kampagne zur Verteidigung der politischen Gefangenen in den israelischen Gefängnissen — mit meinem Vorschlag übereinstimmen.
Im Kampf um Würde und Gerechtigkeit bis zum Sieg
Brüderliche Grüße

Uri Davis



Zimbabwe

Die Situation nach den „Wahlen"

Ende Mai wurde Bischof Muzorewa erwartungsgemäß zum Ministerpräsidenten gewählt und hat sein Kabinett vorgestellt: 12 schwarze und 5 weiße Minister; darunter Ian Smith als Minister ohne Amtsbereich und Muzorewa als Zuständigem für das Verteidigungsressort.
Der Kampf gegen die patriotische Front kostet Rhodesien, jetzt Zimbabwe - Rhodesien, täglich 2,5 Mill. Schweizerfranken (NZZ vom 2.6.79). Gleichzeitig wird das Land international wirtschaftlich boykottiert, die UNO und die OAU (Organisation für afrikanische Einheit) haben die Wahlen für null und nichtig erklärt. Keine einfache Situation für den schwarzen Marionettenministerpräsidenten.
„Die etwa 1,2 Mill. Rhodesier, die ihm ihre Stimme gegeben haben, erwarten von ihm nicht nur eine Verbesserung der Wirtschaftslage, sondern vor allem mehr Arbeitsplätze, mehr Häuser, mehr Schulen, mehr Spitäler und mehr Land. Ohne internationale Anerkennung und vor allem ohne eine Aufhebung des wirtschaftlichen Boykotts besteht wenig Hoffnung, daß der Bischof alle diese Hoffnungen erfüllen kann. Ohne eine Wendung zum Guten wird der Bischof bald Anhang verlieren, und mit schwindendem Anhang wird es ihm auch immer schwerer fallen, vor der Weltöffentlichkeit seine Legitimation als Regierungschef der Bevölkerungsmehrheit aufrecht zu erhalten" (NZZ vom 2.6.79).
Um der „internen Lösung" zum Erfolg zu verhelfen, muß Muzorewa folglich alles tun, um zum einen zu einer raschen Beendigung des Guerillakrieges zu kommen, zum andern internationale Anerkennung, sprich wirtschaftliche Unterstützung, zu erhalten. Zu dem Zweck versucht er, in die ideologische Offensive zu kommen: er kündigte allen Guerillas Amnestie an, die sich der internen Lösung anschließen, und ließ Flugblätter über Gebieten abwerfen, die von Zanu und Zapu kontrolliert werden (NZZ, 6.6.79). Gleichzeitig nimmt er Kontakt auf mit den afrikanischen Frontstaaten, bittet sie, „die Vergangenheit zu vergeben und zu vergessen!" (NZZ, 6.6.79) und warnt sie vor „Aggressionen" mit dem Hinweis, daß er diesbezüglich keine andere Politik betreiben wird wie das Smith - Regime; so meldete die französische Presseagentur bereits Anfang Juni Luft- und Bodenangriffe der Streitkräfte Rhodesiens — bzw. jetzt Zimbabwe - Rhodesiens — gegen Lager der patriotischen Front in Mozambique (Neue, 7.6.79)!!
Um die für ihn zu einer Überlebensfrage werdende internationale Anerkennung zu erlangen, appelierte er an US - Präsident Carter, daß er als „anerkannter Führer der freien Welt" eine „radikale Änderung der Lage bewirken würde", und mit der Anerkennung der Muzorewa - Regierung in Zimbabwe - Rhodesien die Wendung zum Guten auslösen könne (NZZ, 15.5.79).

Britisch - Amerikanischer Vorstoß zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Rhodesien

So einfach wie für Muzorewa stellt sich freilich die Frage der Unterstützung der Nachfolger Smith's für die USA und Großbritannien nicht dar.
Der Außenminister der neuen **englischen** Regierung, Lord Carrington, sagte zwar Eindeutiges



Ein "Wahllokal"

zur Marschrichtung: „Es ist unser Ziel, mit der breitestmöglichen internationalen Anerkennung die Rückkehr Rhodesiens in die Legalität herbeizuführen" (NZZ, 24./25.6.79) — eine sofortige Anerkennung führt die Thatcher - Regierung jedoch aufgrund ihrer Wirtschaftsinteressen in Schwarzafrika nicht durch — .Sie will erst die Commonwealthkonferenz im August und den aus diesem Anlaß geplanten Afrikabesuch der Queen über die Bühne bringen, ehe sie den Wirtschaftsboykott gegenüber Rhodesien aufhebt, denn verschiedene afrikanische Staaten haben Vergeltungsmaßnahmen im Falle einer Anerkennung Muzorewas angekündigt: u.a. Nigeria, das ein wichtiger Öllieferant ist (NZZ, 3./4.6.79).
Über eines darf man sich durch die taktischen Manöver der britischen Regierung nicht hinwegtäuschen lasen: die Anerkennung der neuen Regierung in Salisbury ist in Vorbereitung, und die ideologische Rechtfertigung dazu ließ sich die Thatcher - Regierung durch Lord Boyd (Lord Boyd war Anfang der fünfziger Jahre Kolonialminister Churchills! — NZZ, 18.5.79) geben, der zur Beobachtung der Wahlen nach Rhodesien geschickt wurde und mit dem Bericht zurückkam, die Wahlen seien **frei und fair** gewesen. (Zu den „Wahlen" in Rhodesien siehe auch den ausführlichen Bericht im letzten iz3w - Heft, Nr. 77).

Auch der Senat in den **USA** gab mehrheitlich das Statement ab, die Wahlen in Rhodesien seien frei gewesen, und forderte Präsident Carter auf, die Wirtschaftssanktionen aufzuheben. Carter hat sich inzwischen eindeutig **für** die Beibehaltung der Wirtschaftssanktionen ausgesprochen.
Er beruft sich dabei auf das nationale Interesse (wirtschaftliche Interessen in Afrika; Nigeria z. B. ist zweitwichtigster Erdölexporteur für die USA) und auf die Rechtsgleichheit der Rassen. Mit diesem Begriff werden die innenpolitischen Gründe für Carters Entscheidung deutlich; es ist ein Entgegenkommen gegenüber der schwarzamerikanischen Bevölkerung, deren Repräsentant Andrew Young die Rassenfrage im Süden Afrikas mit derjenigen in den USA vergleicht. Auf die Stimmen der Schwarzen ist Carter jedoch im nächsten Jahr für eine Wiederwahl unwiderruflich angewiesen (NZZ, 10./11.6.79).

Wie verhält sich die **BRD** in der Frage der Anerkennung Zimbabwe - Rhodesiens?
CDU/CSU - Opposition setzten sich für eine Anerkennung ein. Die Bundesregierung selbst zögert: wenn „wichtige Kräfte" (die patriotische Front) nicht an der Lösung beteiligt waren, ist keine Voraussetzung da für Frieden. In einem Kommentar in der FAZ über die Frage stellt der Kommentator erleichtert fest, daß es Großbritannien ist, das als faktisch noch gültige Kolonialmacht Vorrang hat in der Angelegenheit, und deshalb ein Vorpreschen der BRD nicht notwendig und nicht ratsam sei; da man sich mit einer Anerkennung die Feindschaft der meisten afrikanischen Staaten einhandele und damit neuen Einflußmöglichkeiten der UdSSR in Afrika Tür und Tor öffne (FAZ, 12.5.79).

Einfach wäre für die USA, Großbritannien, BRD usw. die Unterstützung Muzorewas und damit der Durchbruch für die „interne Lösung", wenn es nicht den Druck der übrigen afrikanischen Staaten, vor allem der Frontstaaten gäbe.Deshalb wird vieles in der weiteren Entwicklung für das Volk von Zimbabwe davon abhängen, inwieweit die Frontstaaten ihren Zusammenhalt wahren und stärken, und inwieweit die patriotische Front in der durch die Wahlmanöver bestimmt schwierigen Situation operieren kann.

Fortschritt in der Einigung der patriotischen Front

Zum Stand des Befreiungskampfs und des Einflusses der patriotischen Front berichtet der International Herald Tribune: „Faktisch ist ein großer Teil Rhodesiens — mit Ausnahme der Städte — ein Flickwerk von Gebieten, die entweder von den Guerillas oder den Regierungsstreitkräften dominiert werden (...) Keiner der beiden Flügel der Patriotischen Front leidet unter dem Mangel an Guerilla - Kämpfern. Beide sind überlaufen von Flüchtlingen — man spricht von 200 000, die außerhalb Rhodesiens leben — aus denen sie Kämpfer rekrutieren können. (...) Mugabe ... es ist gelungen, wie offizielle rhodesische Stellen zugeben, den Großteil seiner Truppen aus Mozambique ins Land zu transferieren" (Int. Herald Trib., 28.5.79).
— Außerdem ist es nach den „Wahlen" gelungen, die beiden in der patriotischen Front zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen



Ein weißer Soldat verhört einen schwarzen Guerilla

ZANU und ZAPU der Einigung ein Stück weiter zu bringen; es wurde die Bildung eines gemeinsamen strategischen Oberkommandos, eines Koordinationsrates und eines Verteidigungsrates bekanntgegeben (NZZ, 15.5.79).

Südafrika



Hoechst in Johannesburg

Wird die Apartheid schrittweise abgebaut ?

(Regierung billigt Empfehlungen der von ihr eingesetzten Wiehankommission)

Die Wiehankommission fordert den Abbau der Apartheid zugunsten der Entwicklung einer freien Marktwirtschaft. Die Kommission stellt in der Präambel zum Bericht fest, daß Südafrika sich dem Prinzip einer freien Marktwirtschaft verpflichtet habe. Diese Verpflichtung bedeute freie Wahl als Konsument wie als Produzent und damit Wettbewerbsfreiheit innerhalb einer geordneten Demokratie, insbesondere die Erhaltung und Festigung eines dauerhaften Arbeitsfriedens. Deshalb müsse das bestehende System so geändert werden, daß rechtliche Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen nicht im Wege stehen, wenn er im Rahmen seiner Fähigkeiten am Wirtschaftsgeschehen teilnehmen will.

Die Kommission empfiehlt:

1) Schwarze Gewerkschaften sollen anerkannt werden. Aber nur Schwarze, die ständiges Wohnrecht in den Städten haben, dürfen einer Gewerkschaft beitreten; nicht die sog. Wanderarbeiter, die mehr als 40% der gesamten schwarzen Arbeiterschaft darstellen. Bisher konnten alle schwarzen Arbeiter, ungeachtet ihrer Herkunft, den tarifrechtlich nicht anerkannten schwarzen Gewerkschaften beitreten. Jetzt sollen sie gespalten werden in ganz rechtlose Wanderarbeiter und städtisches Proletariat mit "Gewerkschaftsprivileg".
2) Die sogenannte "Job Reservation", durch die bestimmte höher bezahlte Jobs Weißen vorbehalten werden, soll abgebaut werden; die Einrichtung der "closed shops" allerdings bleibt erhalten. Das bedeutet, daß eine einzelne Gewerkschaft, z.B. eine mit ausschließlich weißen Mitgliedern, mit den Kapitalisten aushandeln kan, daß bestimmte Arbeitsplätze allein an ihre Mitglieder vergeben werden. Die Durchsetzung der Apartheid wird vom Staat auf den privaten Sektor verschoben.
3) Die Betriebe sollen die Möglichkeit haben, ihren Mangel an qualifizierten Arbeitern durch die bessere Ausbildung von Schwarzen und Farbigen zu decken.
4) In der Arbeitslosenversicherung sollen künftig für alle Arbeiter die gleichen Bedingungen gelten — ungeachtet ihrer Hautfarbe.
5) In den Betrieben soll es keine getrennten Toiletten u. Kantinen mehr geben.

Was macht die Wiehan - Empfehlung möglich und notwendig?

Die Apartheidgesetze haben zu dem Widerspruch geführt, daß es gleichzeitig schwarze Massenarbeitslosigkeit und einen immer größeren mangel an qualifizierten Arbeitskräften gibt. Die rasche Industrialisierung in den vergangenen Jahrzehnten hatte eine stets steigende Nachfrage nach Facharbeitern zur Folge. Diese konnte anfangs durch eine forcierte Einwanderung gedeckt werden, aber in den letzten Jahren nahm die Zahl weißer Einwanderer ständig ab und stagniert zur Zeit. So verstieß die Wirtschaft immer häufiger gegen Apartheidsgesetze, um offenen Stellen mit nichtweißen Arbeitern zu besetzen. Besonders die Bergwerksunternehmen schulten verstärkt Schwarze auf bisher nur für Weiße reservierte Plätze um.
Hinzu kommt die Angst vor einem rechtlosen schwarzen Proletariat mit einem wachsenden Heer von Arbeitslosen und dem internationalen Druck. Die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft und der USA hatten in den letzten Jahren Verhaltensmaßregeln für Südafrika erlassen, die allerdings nur von wenigen Betrieben befolgt wurden. Die Verhaltensmaßregeln besagten, bei Arbeitsverträgen nicht rassistische, sondern ausschließlich berufliche Maßstäbe anzulegen (NZZ, 5.5./8.5./13.5.79).

Von den wichtigsten Verbänden der Südafrikanischen Wirtschaft und den Parteien der Parlamentarischen Opposition wurden die Wiehanempfehlungen fast enthusiastisch begrüßt.
Rechtsradikale weiße Gewerkschaften und darunter vor allem die Führung der Bauarbeiter- und Bergarbeitergewerkschaft laufen Sturm gegen die Einschränkung ihrer Privilegien gegenüber den Schwarzen Arbeitern und drohen mit Arbeitsunruhen. Sie sollen allerdings weiterhin das Recht behalten, Schwarze und Farbige nicht aufnehmen zu müssen.
Mehrere afrikanische Gewerkschaftsführer haben den Wiehanbericht als "bewußten Versuch zur Täuschung der Welt" entschieden zurückgewiesen. "Das ist keine Änderung, sondern ein geschicktes Public - Relation - Dokument an die Adresse der westlichen Welt", sagte der Gewerkschaftssekretär der Organisation Afrikanischer Gewerkschaften, Dennis Akumu, vor Journalisten in Genf, wo er als Beobachter an der Weltarbeitskonferenz teilnahm (HB, 13.6.79).



Wir sehen uns leider gezwungen, die südafrikanischen Gesetze einzuhalten.

Unterschiedliche Haltung von BRD, Schweden und Kanada zu Investitionen in der SAR

Loderer versucht VW - Investitionen hoffähig zu machen

Wohl im Zusammenhang mit seiner Position als Aufsichtsrat bei VW sorgt sich IG - Metall - Chef Loderer um das Ansehen deutscher Firmen, die in Südafrika investieren. Er appelliert an diese, wenigstens den sogenannten EG - Kodex in den südafrikanischen Zweigstellen einzuhalten (danach stehen schwarzen und weißen Arbeitern gleiche Rechte zu), damit international argumentiert werden kann, deutsches Kapital wende sich gegen die Apartheid. Durch sein Bemühen sei nun aufgedeckt: Bei einer Befragung über die Anwendung dieses EG - Antiapartheid - Kodex hatten von 9 Firmen 6 die Antwort verweigert, — Daimler Benz, BMW, Magierus Deutz, Demag, AEG, Telefunken und die Olympia - Werke. BMW, so wird besonders hervorgehoben, verbiete jede gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb. Siemens, die Bosch AG und VW hatten sich zu dieser Anfrage geäußert. Und lediglich VW verhandle bisher mit einer schwarzen Gewerkschaft (Zusammenfassung aus FR, 24.5.79).
Nicht ohne Grund tritt Loderer damit in die Öffentlichkeit, denn VW investiert erneut in Südafrika. "Volkswagen in Südafrika wird 35 Millionen Rand investieren."

Schweden: Investitionsverbot in Südafrika geplant

Die Schwedische Regierung plant ein Investitionsverbot in Südafrika und Namibia, das am 1.7.79 in Kraft treten soll. Nach diesem Gesetz wird es schwedischen Unternehmen und anderen juristischen Personen untersagt, künftig direkt oder indirekt gewerbliche Investitionen in den beiden afrikanischen Ländern zu tätigen. Hierunter wird sowohl der Erwerb von Unternehmen, Aktien, Obligationen und anderen Wertpapieren als auch die Vergabe von Krediten oder materiellen Gütern verstanden. Für bestehende schwedische Tochterunternehmen ist jedoch insofern eine befristete Ausnahmeregelung vorgesehen, als diesen Betrieben auf besonderen Antrag hin für eine Übergangszeit Ersatzinvestitionen genehmigt werden können. Diese Ersatzinvestitionen dürfen aber nicht zu einer Ausweitung der unternehmerischen Tätigkeit in den betreffenden Ländern führen.
Das Gesetz zielt darauf ab, den weltweiten wirtschaftspolitischen Druck auf die Regierung in Kapstadt zur Aufgabe des politischen Apartheid - Systems zu verstärken. Die Regierung Schwedens hoffe dabei, daß weitere Länder diesem Beispiel folgen und ihre wirtschaftliche Boykottpolitik verschärfen. Die bisherigen Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht einer Vornahme von ausländischen Neuinvestitionen in Südafrika, wie sie in Schweden und in anderen Ländern bereits vor mehreren Jahren offiziell manifestiert worden seien, hätten keine ausreichende Effekte gehabt (NfA, 8.5.79).



Kanada: Protest gegen Kredite für Südafrika

Aus Protest gegen die Vergabe von Krediten an Südafrika hat das Dawson - College in Montreal beschlossen, sein Konto mit einem Guthaben von 25 Millionen kanadischen Dollar bei der Bank von Montreal zu kündigen und die Summe bei einer kanadischen Privatbank einzuzahlen. Eine Petition mit Unterschriften von 2000 Studenten, Professoren und gewerkschaftlich organisierten Angestellten hatte den Beschluß der Schulleitung herbeigeführt (SZ, 11.5.79).

AK Südl.Afrika, ADW

Folklorefestival – Solidarität mit Lateinamerika

Am 29.6. (in Frankfurt), 30.6. (in München) und am 1.7. (in Essen) findet jeweils in den genannten Städten ein Solidaritäts-Kulturfest für Lateinamerika statt.
Dieses Festival bietet die Gelegenheit, die Breite lateinamerikanischer Kultur in der Bundesrepublik kennenzulernen. Die Kulturveranstaltungen sind ebenso Symbol der Verbundenheit mit den unterdrückten Völkern Lateinamerikas, wie auch Ausdruck des Kampfes gegen Unterdrückung in Lateinamerika für die lateinamerikanischen Künstler im Exil.
Eingeladen sind zahlreiche bekannte Musikgruppen, Sänger und Dichter:

- LOS JAIVAS (Chile)
- LOS QUINTEROS (Columbien)
- WASKAR AMARU (Peru)
- PAOLA daSILVA (Brasilien)
- JUAN BAGATELAS (Chile)
- JUAN MIRANDA (Chile)
- SERGION VESELY (Chile)
- GRUPPE ALPAKA (Chile)
- GRUPPE KAMAK-PACHA-INTI (Chile) u.v.m.

Die Künstler stellen ihre Lieder und Gedichte zur Unterstützung des MENSCHENRECHTSKOMITEES FÜR LATEINAMERIKA in München und zur Unterstützung eines KULURZENTRUMS in CHILE, in dem Ausstellungen, Musikveranstaltungen stattfinden können, vor.
Die Veranstaltungen finden statt in:
Frankfurt am 29.6. ab 15.30 Uhr Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
München am 30.6. ab 19.30 Uhr im Deutschen Museum
Essen am 1.7. in der Aula der ehem. Päd. Hochschule ab 19.00 Uhr.
Karten gibt es bei :
Frankfurt: Casa de la Cultura,
München: ESG-Mü, La peseta loca (Oberländer Str. 1a), La Cumbia
Essen: ESG-Essen, Buchladen „Bundschuh", Buchladen „Heinrich-Heine", ASTA der Uni Essen, Projekt „Offene Werkstatt" e.V.,
Sozialistisches Büro, Lateinamerika-Kreis Essen
weiterhin:
Duisburg Collektiv Buchhandlung (Oststr., Oberhausen Fabrik K14 (Lothringer Str. 64), Bochum Büchertisch des Lateinamerikakreises Bo. (Di, Do 11-13 Uhr vor der Uni-Mensa).
Veranstalter: Lateinamerika-Kreise in der ESG Komitee für Menschenrechte in Lateinam erika, München.

Grenada

Grenada, mit 110 000 Einwohnern auf 314 qkm einer der kleinsten selbständigen Staaten der Welt (seit 1974), geriet vor einiger Zeit in die Schlagzeilen der Weltpresse, als es einer linken Oppositionsbewegung am 15.3.79 gelang, durch einen bewaffneten Aufstand das Terrorregime des Premierministers Sir Eric Gairy zu stürzen. Bevor die neue Regierung überhaupt Gelegenheit hatte, ihre Absichten zu erläutern, sah sie sich bereits massiven Drohungen von Seiten der Nachbarstaaten und der USA ausgesetzt: "Diplomatische Beziehungen Grenadas zu Kuba werde man nicht dulden" hieß es aus Washington (Guard. 16.5.). Führende Politiker der anderen karibischen Inseln verurteilten den Umsturz, der Premier des benachbarten St. Vincent forderte die britische Regierung dazu auf, Truppen zu schicken (taz 20./21.4.). Hartnäckig halten sich Gerüchte, daß mit einer internationalen Söldnertruppe aus Chilenen, Argentiniern und Exilkubanern versucht werden soll, das gestürzte Gairy - Regime wieder an die Macht zu bringen.

Die heftige Reaktion des Auslands auf diesen Machtwechsel in einem Mini - Staat, dessen ökonomische Bedeutung gleich Null ist — sieht man einmal ab von dem zweifelhaften Ruhm, der zweitwichtigste Muskatnussexporteur der Welt zu sein, ist nur durch die besondere politische Situation auf den Antillen zu erklären, wo eine ganze Reihe reaktionärer Duodezfürsten, die ihre Posten und Privilegien den Kolonialmächten verdanken, nun um ihre Macht zu fürchten beginnen. Der gestürzte Eric Gairy, ehemals Gewerkschaftsführer, dann Nachtclubbesitzer und der einzige Millionär der Insel, ist ein typischer Vertreter dieser Schicht, die von der Bevölkerung treffend als „Afro - Saxons" bezeichnet wird, weil sich unter einer schwarzen Haut die Mentalität der Kolonialherren verbirgt.

Die politische Zersplitterung der Karibik, die sich in der Existenz solcher Kleinstaaten wie Grenada zeigt, deren Souveränität nur auf dem Papier steht, ist allerdings keine natürliche Folge der Geographie, sondern ein Ergebnis des Kolonialismus: noch heute gibt es in dem Gebiet vier verschiedene Kolonialmächte (USA, England, Frankreich, Niederlande). Zusammengenommen würden allein die von den Engländern kolonialisierten Inseln einen recht respektablen Staat mit 5 Millionen Einwohnern ergeben, für die politische oder wirtschaftliche Einigung des Gebietes wurde aber nichts getan (abgesehen von der kurzlebigen westindischen Föderation in den frühen 60'ern und dem Karibischen gemeinsamen Markt CARICOM, dessen Funktionen äußerst bescheiden sind). Die Kolonialmächte machten sich das geringe politische Eigengewicht der Inseln zunutze (fast jede hat im Lauf der Jahrhunderte mehrmals den Besitzer gewechselt) und betrachteten die Inseln als eine willkommene tropische Ergänzung zur Landwirtschaft des jeweiligen Mutterlandes. So ist heute der politische Status der Inseln äußerst unterschiedlich: einige sind selbstständig, andere genießen „innere Autonomie", wieder andere (Jungferninseln, Französische Antillen) sind Teil des jeweiligen „Mutterlandes" und damit jeder Hoffnung auf Selbstbestimmung beraubt. Auf allen hat sich jedoch eine auf die Bedürnisse des Mutterlandes zugeschnittene landwirtschaftliche Monokultur herausgebildet: Muskatnüsse, Bananen, Zucker usw. — und die Gesellschaftsordnung entspricht dieser Wirtschaftsstruktur: einer kleinen, meist weißen Grundbesitzerschicht steht eine Masse rechtloser Landarbeiter gegenüber. Investitionen gibt es nur in unproduktiven Bereichen wie Tourismus, oder wenn die Metropole einen Standortvorteil ausnutzen kann, wie im Fall der chemischen Industrie auf Puerto Rico, wo die Umweltschutzgesetze der USA nicht gelten, oder der holländischen und nordamerikanischen Raffinerien auf Curacao, die das venezolanische Erdöl an Ort und Stelle raffinieren.
Wenn das politische Gleichgewicht ins Wanken gerät, zögern die ehemaligen oder noch amtierenden Kolonialmächte nicht, militärisch zu intervenieren, so im Fall der britischen Invasion auf Anguilla und Trinidad.

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf Grenada, die zu dem Aufstand führten, können als typisch für die karibische Region gelten und machen die Angst reaktionärer Regierungen in der Nachbarschaft verständlich:
Seit der sogenannten Ölkrise 1973/74 waren die Preise bis zu 400% gestiegen (TAZ 20./21.4), die Löhne dagegen im öffentlichen Sektor überhaupt nicht und im privaten Sektor nur geringfügig. Die Arbeitslosenquote lag bei 40%. Mit der Unterstützung Gairys ruinierten ausländische Unternehmen aus den CARICOM -Ländern und multinationalen Konzerne, denen die Insel als Umschlagplatz für den lateinamerikanischen Markt interessant erschien, das einheimische Unternehmertum, das sich weitgehend aus den indischen Bevölkerungsteilen rekrutierte (Lateinamerika - Nachrichten 70). Gegen den Ausverkauf der Insel und die weitverbreitete Korruption, beides vor der Unabhängigkeit deutlich, formierte sich 1973 das ‚New JEWEL movement' (Abkürzung für „Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation", Gemeinsames Bemühen um Wohlstand, Erziehung und Befreiung), dessen Vorsitzender, Maurice Bishop, jetzt Premierminister ist. Ideologisch hat sich das ‚New Jewel Movement', das vom tansanischen Ujamaa - Modell beeinflußt ist, nicht allzu deutlich festgelegt; man sprach lieber von einem pragmatischen Nationalismus als von Sozialismus.

Bereits 1973 kam es zu Streiks, die sich gegen Gairy und seine brutale Innenpolitik richteten. Die Streiks scheiterten zwar, Gairy büßte jedoch massiv an Ansehen ein, da er sie mittels einer Privatarmee niederschlagen ließ. Die Repression rief breite Empörung hervor und brachte der Opposition in der Folgezeit starken Zulauf. (Bishops Vater z.B. verschwand unter nicht geklärten Umständen, er wurde vermutlich von der Geheimpolizei umgebracht). Als 1976 allgemeine Wahlen stattfanden, erhielt die Koalition aus NJM und einer bürgerlichen Partei trotz massiver Wahlbehinderung über 48% der Stimmen.

"Auf den Straßen der Insel hatte die Zensur gewütet, überall weiß übertünchte Parolen, die sich auf Gairys militärischen Beistandspakt mit den chilenischen Faschisten bezogen: Chileans go home!, Grenada si, Chile no! Im April/Mai 1977 besuchte eine chilenische Militärmission unter der Führung von Oberst Garcia die Insel und übernahm die Ausbildung der Privatarmee Gairys; Chile wurde bald alleiniger Waffenlieferant für die Grenada Defence Force und bekundete, damit die angeblichen Waffenlieferungen Kubas an Jamaika ausgleichen zu wollen. Das chilenische Schulschiff "Esmeralda", das unmittelbar nach dem Putsch in Chile als KZ und Folterzentrum diente, lag im Sommer 77 für einige Wochen im Hafen von Grenada; die Junta hatte es auf mehrere Goodwill-Reisen auch nach Südkorea, Peru, Spanien und zur 200 - Jahr - Feier in die USA geschickt, wo es damals mit massiven Protesten empfangen wurde. Während des Umsturzes entdeckten Angehörige der " "Revolutionären Volksarmee" weitere chilenische Waffenlieferungen in Kisten, die als "medical supplies" (medizinische Ausrüstung) gekennzeichnet waren" (TAZ, 20./21.4.79).

Der Verlauf des Umsturzes

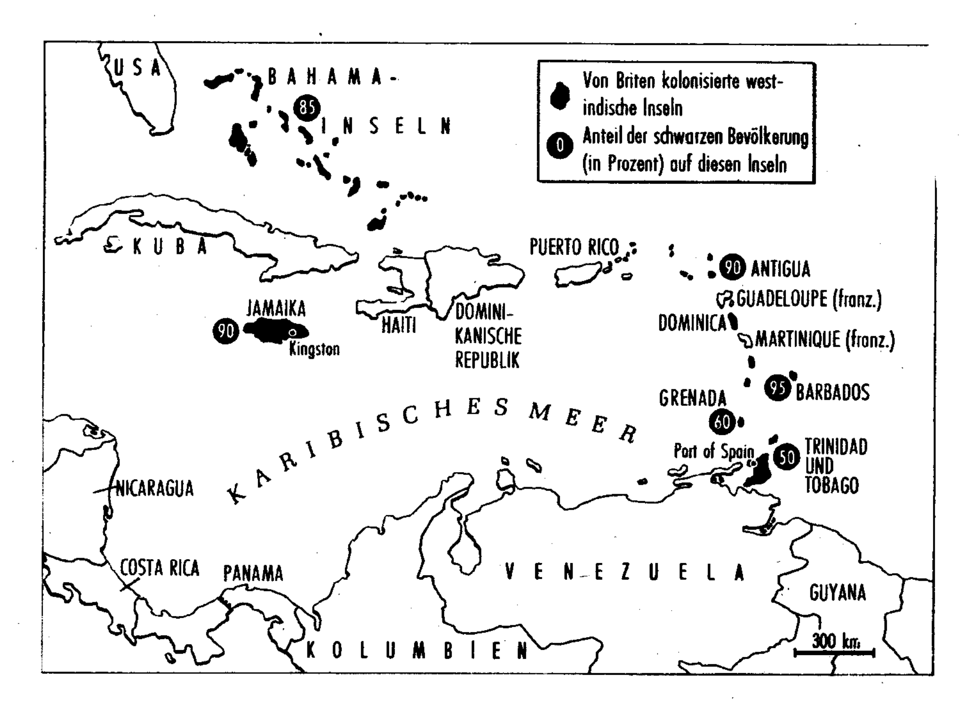
Am Morgen des 13.3., nachdem einige Wachsoldaten durch eine NJM-Sympathisantin von ihrem Posten gelockt worden waren, drangen einzelne Gruppen in die Kaserne der Grenada Defence Force ein, erbeuteten die Waffen und überraschten die Soldaten im Schlaf. Sie zogen sich die Uniformen an und meldeten sich beim

Kommandeur, der, nachdem er merkte, daß er in der Falle saß, einen der Angreifer in die Schulter schoß, worauf er dann erschossen wurde. Die Kommandos zogen dann zur einzigen Radiostation der Insel, die nun "Radio Free Grenada" heißt, und sendeten das erste Bulletin der "Revolutionären Regierung des Volkes", sowie Aufrufe an die Bevölkerung, die "ausgeliehenen" schlüssel der Polizeiwagen zurückzugeben. Aufrufe an die Kleinbauern, die Revolutionäre mit Lebensmitteln zu versorgen, mußten bald wieder eingestellt werden, da viel zu viel gespendet worden war. Seither kontrolliert die "Revolutionäre Volksarmee" die öffentlichen Gebäude und Straßen Grenadas; sie soll aufgelöst werden, wenn die Gefahr einer Invasion nicht mehr besteht.

Das Programm der neuen Regierung

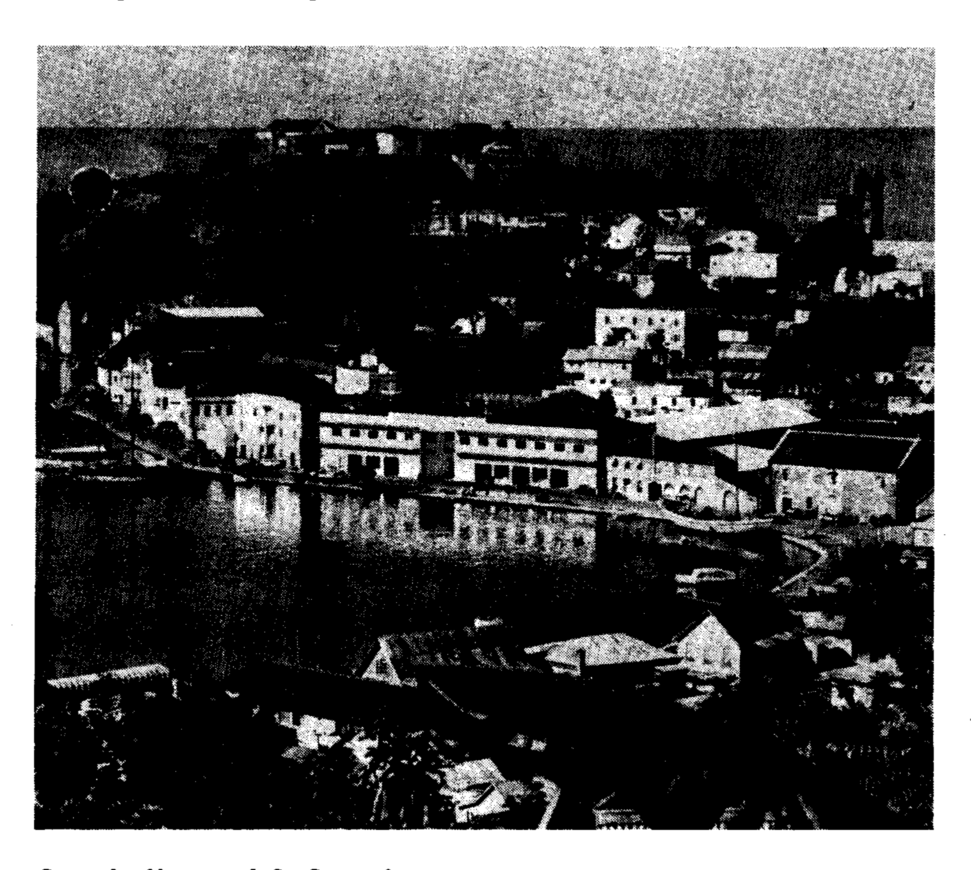
Die neue Regierung wird im neuen Commonwealth und in der OAS bleiben, will die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und Namibia unterstützen und jede Form von Rassismus, Faschismus und Imperialismus bekämpfen. Innenpolitisch soll die Demokratie wiederhergestellt und ein neues System "vollständiger Souveränität des Volkes" geschaffen werden.
Erste Maßnahmen der Regierung waren die Schaffung von Arbeiterräten auf den Landgütern, die Gründung eines Nationalen Studentenrates, die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, Gewerkschaften anzuerkennen, die Kürzung der Ministergehälter um ein Drittel. Geplant sind Gesetze über die Rechte der Frau und über einen Mindestlohn. Die Regierung sieht zunächst keinen unmittelbaren Anlaß, ausländische Banken und Versicherungsunternehmen zu nationalisiern, (wie es im Programm des NJM von 1973 eigentlich vorgesehen war), will sie aber zwingen, Gelder für die Entwicklung Grenadas zur Verfügung zu stellen (LA - Nachrichten 70). Präzisiert werden die Vorstellungen des NJM in einem Interview, das Maurice Bishop eine Woche vor dem Umsturz aus dem Untergrund heraus der in London erscheinenden Wochenzeitung "Westindian World" gegeben hat (wiedergegeben nach TAZ 20./21.4.):

Er stellt sich die Errichtung einer nationalen Ökonomie auf folgenden Pfeilern vor: da ist ersten der Bereich der landwirtschaftlichen Produktion, in dem ein riesiger Bedarf an einer Erhöhung der Beträge besteht; bisher ist gerade nur ein Drittel des Landes überhaupt bebaubar. Mehr als ein Drittel war in den Händen der Regierung, die mit ihrer Politik der Aufsplitterung und Vernachlässigung des Landes die landwirtschaftliche Basis der Insel letztlich zerstörte. Das verbleibende Land, im Besitz von einigen wenigen Großgrundbesitzern lag weitgehend brach. Es geht darum, diesen großen Teil von ungenutzem Boden so bald wie möglich wieder zu kultivieren. Um die Abhängigkeit vom Import anzugehen, sollen Nahrungsmittelfarmen aufgebaut werden. Ein zweiter Pfeiler wird in der Industrialisierung der Landwirtschaft gesehen.
Bei Produkten wie Marmelade, Gelee und bei kosmetischen und pharmazeutischen Produkten soll mit Agro-Industrialisierung begonnen werden, denn bisher lief es z.B. bei Kakao so, daß er in roher Form nach England geschickt wurde und dann als "Cadburys Ovaltine" oder "Milo" - Getränk zurückkam, wobei die Werte, die auf der Insel geschaffen werden könnten, verloren gehen. Dieser Surplus muß in Grenada behalten werden, auch um gleichzeitig Arbeitsplätze für die Leute zu schaffen. Der

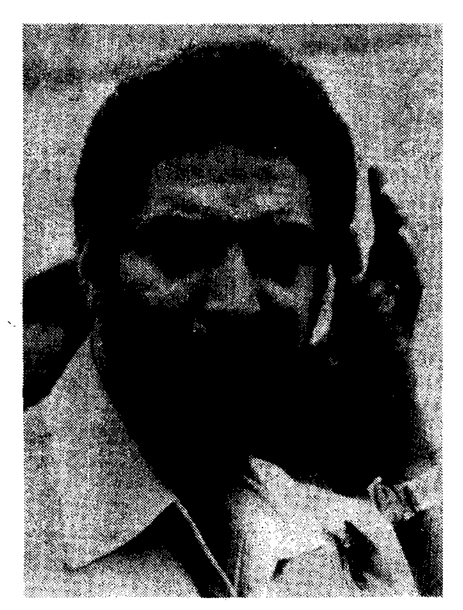


dritte, wichtige Punkt betrifft die Frage des Tourismus. Es wird zunächst geplant, die Tourismusindustrie überhaupt erst einmal in die übrige Ökonomie zu integrieren. Bisher lief es so, daß z.B. das Fleisch, das die Touristen konsumierten, eingeführt werden mußte, da Grenada kaum einen Viehbestand besitzt. Selbst die Souvenirgegenstände, die die Touristen kaufen, kommen aus Taiwan oder Hongkong, während es in Grenada eine Reihe von Handwerkern und Künstlern gibt, die eine Art Markt für ihre Produkte dringend gebrauchen könnten. Bisher kontrolliert Grenada in keiner Weise die Tourismusindustrie, stattdessen gehen sämtliche Profite ins Ausland — eine Erscheinung, die sich durch die gesamte Karibik hindurchzieht und der nun in Grenada ein Ende bereitet werden soll. Ein vierter Schwerpunkt soll im Bereich der Fischerei liegen, die auf Tiefseefischerei auszuweiten ist, wobei überhaupt erst Bedingungen geschaffen werden

Einwohnerzahl:	etwa 100 000 zumeist afrik. Ursprungs
Staatssprache:	Englisch, Umgangssprache Patois
Bruttoinlandprodukt:	45 Millionen Dollar
Export:	6 Millionen Dollar, vor allem Kakao, Bananen und Muskatnüsse (ein Drittel der Weltproduktion)
Import:	24 Millionen Dollar



Grenadas Hauptstadt St. George's



Neuer Premier Bishop

müssen, daß den Fischern ihre Fänge über Nacht nicht verderben. Bisher gibt es nicht einmal Tiefkühlanlagen in den Fischerhäfen; wenn ein guter Fang nicht am selben Tag gekauft wird, kann man ihn wegwerfen; auch hier ist eine gewisse Industrialisierung notwendig, um den rohen Fisch verarbeiten zu können.
Grundsätzlich betont Bishop das Interesse der NJM, der breiten Masse der Bevölkerung auf einer alltäglichen Basis eine Kontrolle der neuen Machtverhältnisse zu ermöglichen. "Wir wollen, daß die Leute in all die Bereiche, von denen sie bislang ausgeschlossen waren, hineinkommen können, um ihre Aktivitäten und Ideen auszudrücken ...Die Morde an unseren Eltern, Brüdern und Schwestern innerhalb der letzten Jahre haben es nicht vermocht, unser Volk ernsthaft abzuschrecken. Wir sind selbst geschlagen worden und eingesperrt. Bei dem Bewußtsein und der Klarsicht, wie sie über die Jahre bei unseren Leuten sich entwickeln konnten, sind wir ziemlich sicher, daß uns die Macht nicht korrumpieren wird."

cn

Chile

Erstmals nach dem Putsch: Veranstaltungen zum Jahrestag der CUT - Gründung

Am 12. Februar 1979 jährte sich zum 26. Male der Gründungstag der Einheitsgewerkschaft der chilenischen Arbeiter (CUT), die durch die Junta aufgelöst und verboten wurde. An den Veranstaltungen, die trotz Anwesenheit bewaffneter Polizei durchgeführt wurden, waren zahlreiche Gewerkschaftsvertreter, unter ihnen auch Clotario Blest, der heute 80-jährige Mitbegründer und erste Präsident der CUT, versammelt. In seiner Rede wies C. Blest besonders daraufhin, daß keine politische Macht und keine Verwaltung das Recht habe, demokratisch gewählte Organisationen der Arbeiter aufzulösen. Dabei erinnerte er an die durch die Junta durchgeführte Auflösung von 7 nationalen Gewerkschaftsverbänden und die darauffolgenden sogenannten „Freien Gewerkschaftswahlen" im Oktober 1978, die vor allem in der Weltöffentlichkeit den Eindruck von Demokratisierung in den Gewerkschaften erwecken sollte. (Siehe dazu blätterNr.74,S.16). Blest überbrachte Grüße von den politischen Gefangenen, von den Familienangehörigen der Verschwundenen und von Chilenen im Exil. Am Ende seiner Rede rief er zu einer großen 1. Mai - Demonstration auf, die auf jeden Fall trotz Verbots durch die Junta durchgeführt werden solle.

Pinochet verbietet Demonstration zum 1. Mai

Chiles Militärdiktator Pinochet untersagte alle Demonstrationen für den 1. Mai. Es seien bereits alle Maßnahmen ergriffen, um etwaige Manifestationen zu verhindern. Mehrere legale und von der Regierung gegründete Gewerkschaftsorganisationen hatten in einem gemeinsamen Aufruf zu Anfang des Monats die Erlaubnis zur Abhaltung einer öffentlichen Kundgebung im Zentrum der Hauptstadt gefordert. Dies war zuvor schon vom Innenminister abschlägig beschieden worden. Er hatte darauf hingewiesen, daß die einzige von der Militärregierung geplante Veranstaltung zum 1. Mai am Verwaltungssitz und vor geladenen Gästen stattfinden werden.
In seiner Rede am 1. Mai versicherte Pinochet den chilenischen Arbeitern, *„daß ihre Sorgen und Wünsche nach wie vor mein Interesse finden werden, und daß ich immer alle Initiativen prüfe, die darauf abzielen, daß ihre Löhne und Arbeitsbedingungen verbesert werden oder daß ihre Tätigkeit die gebührende Anerkennung findet."*
Pinochet zur Rolle der Gewerkschaften: *„Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, Arbeiter bei der Ausübung der vom Gesetz festgelegten Rechte zu schützen. Sie sind gleichzeitig ein Mittel, um echte Vorteile zu erzielen. Aber diese wichtige Aufgabe wird nur erfüllt, wenn sie ohne Einmischung von Interessen, die außerhalb der Arbeitswelt liegen, und in einem wahrhaft gewerkschaftlichen und technischen Geist durchgeführt wird, und egoistische Interessen sowie die verwerfliche Einmischung von Politik oder Parteiinteressen ausgeschaltet werden. Wir haben schon zu Beginn unserer Regierungszeit erklärt: Wir wollen die Unabhängigkeit und politische Neutralität aller provisorischen Vereinigungen gewährleisten."*
Pinochet bekräftigte die Absicht, durch die neue Arbeitsgesetzgebung (s.u.), den Prozeß der „Institutionalisierung" der Gewerkschaften einzuleiten: *„Ich habe große Sorgfalt walten lassen bei diesem Gesetz, welches gewährleistet, daß die Rechte der Arbeiter im Einklang mit den allgemeinen Interessen unseres Vaterlandes stehen. ..."*
„Ich versichere erneut allen chilenischen Arbeitern, daß ich an den Zielsetzungen festhalten werde, und daß uns weder wichtigtuerische Drohungen aus dem Ausland noch irgenwelcher Druck von dem Weg der Entwicklung und Gerechtigkeit abbringen werden, auf den wir uns begeben haben. ..."
(Alle Zitate nach: Radio Santiago de Chile, 1.5. 1979)

Gewerkschafter ausgewiesen

45 ausländische Gewerkschafter, die auf Einladung der 4 großen Gewerkschaftsverbände Chiles einreisen wollten, sind von den Behörden des Landes verwiesen worden, als sie auf dem Flughafen eintrafen. Die Gewerkschafter wollten an der verbotenen 1. Mai - Kundgebung teilnehmen. Die chilenische Regierung warf den ausländischen Gästen vor, die „Rune des Landes" empfindlich zu stören, da sie in ihren Heimatländern „an den internationalen Kampagnen gegen Chile" beteiligt seien.

Aus der offiziellen Erklärung des chilenischen Innenministeriums (Radio Santiago de Chile, 2.5.1979):
„Diese Maßnahme erscheint um so gerechtfertigter, wenn man bedenkt, daß diese internationale Kampagne einen Boykott gegen Chile vorsieht, um uns wirtschaftlich, geschäftlich und kulturell zu isolieren. Diese Aggression kennen sowohl diejenigen Personen, denen die Einreise in das Land nicht gestattet wurde, als auch die Gewerkschaftsverbände, denen sie angehören und deren Vertretung von ihnen erbettelt wurde."

Illegale 1.Mai - Demonstration in Santiago

Trotz Verbotes der 1.Mai - Demonstration versuchten mehrere Gruppen von Arbeitern an den Ort der geplanten Versammlung am Pedro - Aguirre - Cerda - Platz in Santiago zu gelangen. Dort trafen die Demonstranten auf starke Polizeieinheiten und zogen in einzelnen Kolonnen in Richtung Stadtzentrum. An der Plaza de Armas und anderen Stellen nahmen die Carabineros der bewaffneten Polizei mehrere Personen fest, die Parolen riefen und Flugblätter gegen die Militärregierung verteilten. Insgesamt wurden ca. 400 Demonstranten festgenommen, unter ihnen auch zwei führende chilenische Gewerkschafter — Eduardo Rios und Manuel Busto von dem „Coordinador Syndical". Daraufhin forderten die Präsidenten der 4 wichtigsten Gewerkschaftsverbände die nationalen und internationalen Gewerkschaften auf, sich für die Freilassung der Gefangenen des 1. Mai einzusetzen. Auch alle westeuropäischen Gewerkschaften und ihre Dachorganisationen wurden angeschrieben. In der BRD schloß sich u.a.der Präsident der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) und Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker, diesem Aufruf an und setzte sich in einem Telegramm an Pinochet für die sofortige Freilassung der festgenommenen Arbeiter ein.

In Chile fanden anläßlich des 1. Mai außerdem mehrere Solidaritätsstreiks von Studenten statt, unter anderem ein Hungerstreik von Theologiestudenten der Universität Santiago.
Wie inzwischen bekannt wurde, ist der größere Teil der Verhafteten nach internationalen Protesten aus „Mangel an Beweisen" freigelassen worden. 40 von ihnen wurden jedoch weiterhin gefangengehalten und wegen Verletzung des „Gesetzes zur Inneren Sicherheit" angeklagt.

Die Front der Studenten (aus: LAN Nr. 71)

Unter den Verhafteten vom 1. Mai befand sich nach Aussagen des Innenministers Fernández eine große Zahl von Studenten. Damit sollte gesagt werden, daß es gar nicht die Arbeiter seien, die den aufrührerischen Aufrufen der Gewerkschaftsverbände folgten.
Obwohl diese Wunschvorstellung des Innenministers grundfalsch ist, stimmt doch soviel, daß auch die oppositionellen Studenten heute sehr viel mehr Selbstbewußtsein und Kampfbereitschaft zeigen.
Die von der Militärjunta eingesetzten „Studentenführer" an der staatlichenn Universidad de Chile hatten schon vor längerer Zeit versprochen, daß in diesem Jahr Delegiertenwahlen



Clotario Blest vor der Basilika del Salvador

für den Studentenverband FECECH stattfinden sollten. Das für diese Wahlen vorgesehene Statut war so ausgeklügelt worden, daß eigentlich kaum etwas passieren konnte. Kandidaten sollte es nicht geben. Jeder Student sollte innerhalb seines Kurses die Kommilitonen auf einen Zettel schreiben, die ihm am meisten zusagten. Dann sollten die von oben eingesetzten Studentenfunktionäre die Gelegenheit haben, sich aus den vier meistgenannten Studenten die zwei auszusuchen, die ihnen als Delegierte des Kurses am besten paßten. Mit diesem System ist es, wie man sich leicht ausrechnen kann, immer möglich, aus einer verschwindenden Minderheit eine bequeme Mehrheit zu machen.

Innerhalb der Studentenschaft war es lange Zeit umstritten, ob man sich an so manipulierten „Wahlen" überhaupt beteiligen solle. Angesichts der allgemeinen Stimmung sahen sich die regierungstreuen Studentenfunktionäre schließlich gezwungen, das Versprechen abzugeben, daß in jedem Fall die beiden meistgenannten Studenten als Delegierte akzeptiert werden sollten.
Als nun die „Wahlen" — deren Charakter allem widersprach, was man in Chile unter freien Wahlen versteht — überraschend für den 24. April einberufen wurden, hatten sich die oppositionellen Studenten trotz aller Schwierigkeiten durch Absprachen gut vorbereitet. Das Ergebnis war eine sehr hohe Wahlbeteiligung, die von der Regierung und ihrer Presse in eine Anerkennung des von oben eingesetzten Studentenverbandes und seines Statuts umgefälscht wurde. Im Wahlergebnis selbst zeigte sich das Ergebnis einer erbitterten politischen Feldschlacht in den Hörsälen. Trotz aller Manipulationsmöglichkeiten eroberten die regierungstreuen Studenten nur 28 Prozent der Delegiertenmandate, während die oppositionellen Studenten fast 60 Prozent der Delegierten stellen.

In weiser Voraussicht hat man im Statut den Delegierten vorläufig nur eine beratende Funktion und keine Entscheidungsbefugnis eingeräumt. und die Regierung wird sicher zu verhindern wissen, daß die Führung des Studentenverbandes in die Hände der oppositionellen Studenten fällt. Wichtig ist aber, daß die Opposition jetzt an der Universtität erstmalig nach dem Putsch Sprecher hat, die — wie auch immer — von der Basis autorisiert sind und sich nicht ohne weiteres beiseite räumen lassen werden. Sie werden im Gegenteil darauf bestehen, das Recht auf freie Diskussion an der Universität und damit auch auf politische Diskussion, wo immer es geht, durchzusetzen.

Im Hintergrund: Kraftprobe zwischen Militärjunta und Gewerkschaften

Seit dem Versuch der Junta im Oktober 1978, mit überfallartig angeordneten „freien Wahlen" und durch das Verbot einer Reihe von bedeutenden Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden eine regierungstreue Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, hatte sich der Widerstand gegen neue Regierungspläne zur Beschneidung der Gewerkschaftsrechte weiter verstärkt. Angelpunkt der Auseinandersetzung ist die neue Arbeitsgesetzgebung („Plan laboral — Plan der Arbeit") und das angekündigte neue Streikgesetz. Offizielle Zweckbestimmung des „Plan laboral": Anpasung des Arbeitsrechts an die „marktwirtschaftlichen Regeln" (NfA 9.3.79) — „autonome" und „unpolitische" Gewerkschaften, deren Rechte jederzeit aus Gründen der Staatssicherheit aufgehoben werden können.
Die bedingte Aufhebung des Versammlungsverbotes für die Gewerkschaften (unter der Voraussetzung, daß keine „politischen" Themen behandelt werden) war zweifelsohne ein Erfolg, zu dem auch die (inzwischen zurückgezogene) Ankündigung von Boykottmaßnahmen durch den Inter - Amerikanischen Gewerkschaftsbund (IAO) beigetragen hat. Daß sie nicht mehr als ein taktisches Zugeständnis ist, zeigen die weiteren Bestimmungen, welche **Lohnverhandlungen nur auf Ebene der einzelnen Betriebe** zulassen — und zugleich neben der formalen Zulasssung von Streiks (unter bestimmten Voraussetzungen, z.Bsp. keine Gefährdung der Staatssicherheit...) auch die **Aussperrung** legalisieren.

Der Widerstand gegen diese Pläne geht bis zur von der Junta ins Leben gerufenen gelben Gewerkschaftsgruppe UNTRACH und den christdemokratisch beherrschten Gewerkschaften.
Gemeinsame Forderungen der Gewerkschaften:

- Aufhebung der — nach wie vor gültigen — Dekrete, die die Freiheit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung einschränken
- Freie Wahl von Gewerkschaftsvertretern
- Recht auf **überbetriebliche** Lohnverhandlungen
- Ablehnung der Aussperrung

Der Widerstand richtet sich dabei vor allem gegen die gesetzliche Verankerung der **Aussperrung.** Da Lohnverhandlungen nur auf Betriebsebene zulässig sein sollen — wodurch Lohnverhandlungen und Streiks auf Branchenebene verboten werden — bedeutet die Aussperrung ein Mittel zur systematischen Aushungerung der einzelnen Belegschaften, während die Unternehmer die Produktion in andere — nicht in Lohnverhandlungen stehende — Betriebe verlagern können.

— Wie die Lateinamerikanachrichten (70/1979) melden, sollen inzwischen im internationalen Transportarbeiterverband (dem die ÖTV angehört) Bestrebungen im Gange sein, durch weltweite Boykottaktionen gegen Waren und Dienstleistungen aus Chile die chilenischen Gewerkschaften zu unterstützen.

Handelsbilanz 1978:
„Freie Marktwirtschaft" in einem abhängigen Land

Zu den „marktwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen" der chilenischen Junta gehört die Demontage der letzten noch bestehenden Bestimmungen zum Schutz der chilenischen Wirtschaft. Wie in der Landwirtschaft, werden auch für Automobile die Importzölle nunmehr drastisch gesenkt (bei Automobilen bis 850 ccm auf 10%). Die Philosophie, die dahinter steckt: Nur wo Chile — durch seinen Rohstoffreichtum oder die billigere Arbeitskraft — billiger als die hochentwickelte imperialistische Konkurrenz produziert, soll die Produktion ausgebaut werden — die anderen Bereiche werden unter dem Druck der Importe aus dem Ausland ausgetrocknet, da sie ohne staatliche Schutzmaßnahmen nicht mehr konkurrenzfähig sind.
Diese Politik der radikalen Öffnung des chilenischen Marktes für die ausländischen Kapitale zeigt ihre Früchte in der Wirtschaftsbilanz 1978: Innerhalb eines Jahres stieg der Umfang der Importe um 25%, was sich auch in einem 1978 erheblich gestiegenen Defizit in der Handelsbilanz (wesentlich mehr Importe als Exporte) niederschlägt.
Trotz der Exportsteigerungen der letzten Jahre klaffen Exporte und Importe immer weiter auseinander, so daß für die Importe benötigten Devisen nur durch eine ständig zunehmende Auslandsverschuldung beschafft werden können. Zu einem Devisenfehlbetrag von 315 Millionen (Differenz Importe - Exporte) kommt 1978 eine Zinslast an die ausländischen Banken von 427 Millionen $ geführt, insgesamt also ein Devisenfehlbestand von fast einer dreiviertel Milliarde $. Ausgeglichen werden muß der Fehlbestand — um die Forderungen der Gläubiger erfüllen zu können — mit einer weiteren Steigerung der Verschuldung bei denselben Gläubigern: Die Verschuldung Chiles betrug — nach offiziellen Angaben — am 30.11.1978 6,6 Milliarden $ und hat alleine im letzten Jahr um 21 % zugenommen.
Der Kapitalzufluß nach Chile — Kredite und

Importe
(in Mio. $, nach erteilten Lizenzen)

Produktgruppe	1977	1978
Konsumgüter	474,5	565,1
darunter:		
Farbfernseher	—	42,3
PKW	108,8	40,7
Pharmazeut. Prod.	23,6	34,6
Radioempfangsgeräte	30,0	32,8
Bekleidung	12,7	22,1
Schwarzweiß-Fernseher	28,9	33,0
Raffin. Zucker	12,8	21,2
Kapitalgüter	476,8	591,6
darunter:		
Maschinen, Ausrüst.	321,9	327,9
Transportausrüst.	152,2	261,2
Zwischenprodukte	1 308,3	1 629,6
Landwirt. Rohstoffe	154,8	282,4
Rohstoffe f. Ind.	357,6	372,0
Industriezwischenprod.	178,2	284,3
Ersatzteile	127,0	171,7
Brenn- u.Schmierstoffe	446,3	470,2
Montageteile	44,4	76,6
Einfuhren der Codalco	107,3	170,5
Insgesamt	**2 366,9**	**2 956,8**

Quelle: Banco Central de Chile

Investitionen — stieg von 1,2 Milliarden $ (1977) auf 2,3 Milliarden $ (1978) — also in einem Jahr um fast 90%!

Durch die immense Verschuldung und den Druck der Importe auf die Zahlungsbilanz wird ein weiterer Prozeß der „Anpassung" Chiles an die Gesetze der Marktwirtschaft beschleunigt: Die Umstellung immer größerer Teile der Produktion Chiles auf die Bedürfnisse des Weltmarkts. Überdurchschnittliche Wachstumsraten im Export Chiles haben Fisch, Frischobst und Holz zu verzeichnen, und geplant ist der weitere Ausbau der Produktion von teueren Flaschenweinen. Produziert wird, was auf dem Weltmarkt teuer ist — aber unerschwinglich für die Masse der Chilenen. Gleichzeitig geht die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe — Weizen, Mais — zurück, sodaß viele Volksnahrungsmittel importiert werden müssen. (NfA 22.4.79, 4.5.79)

Der Ausverkauf des Landes geht weiter: Kupfervorkommen entdeckt — sofort verschachert

Die Ausverkaufspolitik der Junta zeigt sich v.a. in der Frage der Rohstoffe und deren Verwertung: Die „liberale" Wirtschaftspolitik der Abschaffung jeglicher Schutzmaßnahmen läßt einen konkurrenzfähigen Verarbeitungssektor nicht entstehen. Billige Rohstoffe werden aus Chile exportiert, das dann die teueren Endprodukte — über Kredite finanziert — importieren muß.
Jüngstes Schlaglicht auf die Folgen dieser Politik: Die Entdeckung eines ausgedehnten und qualitativ hochwertigen Kupfervorkommen in den Anden, 300 km nördlich von Santiago. Eine Gruppe chilenischer Geschäftsleute, die das Gebiet der Kupfervorkommen besaß, konnte das Kapital zu einer Erschließung nicht aufbringen und war gezwungen, die Rechte an der Mine zu verkaufen. Käufer: Die US - Gesellschaft Anaconda (sie gehört zur US - amerikanischen Rockefeller - Gruppe) — die unter den Regierungen Frei und besonders Allende enteignet wurde. Der Preis: 20 Millionen Dollar — ein Bruchteil der Profite, die nach wenigen Jahren Ausbeutung der Mine erwartet werden (AFP, span., 10.5.79). Der Lohnanteil bei der Kupferproduktion beträgt in Chile inzwischen ca. ein Drittel des Lohnanteiles in USA (LAN 69 / 1979).

„Emanzipation der Indianer" (aus: LAN 70, 1979)

Die Verabschiedung eines Gesetzesdekrets für die „Emanzipation der Indianer", das ebenfalls vom herrschenden Geist der „freien Marktwirtschaft" getragen wird, kommt nach übereinstimmender Meinung des Bischofs Contreras aus Temuco und des Mapuche - Kulturzentrums (CCM) einem legalen Mord am Volk der Mapuche gleich. Das Dekret, das ohne jede vorherige Konsultation mit den Mapuches oder ihren Vertretern verkündet wurde, sieht vor, daß jeder, der gegenwärtig ein Stück Land bearbeitet, das einer Indianer - Gemeinschaft gehört, die sofortige vollständige Aufteilung des gesamten Landes dieser Gemeinschaft an die dort ansässigen Individuen verlangen und durchsetzen darf. Bisher war den Mapuches immer versprochen worden, daß solche Landaufteilungen nur nach Einwilligung sämtlicher Mitglieder der jeweiligen Gemeinscahft durchgeführt werden würden. Mit der jetzt vorgesehenen Landaufteilung, die auch von Großgrundbesitzern durchgesetzt werden kann, die Land illegal besetzt haben, wird die Gemeinschaft als Grundlage der kulturellen Identität der Mapuches völlig zerstört. Diese „Emanzipation" der Mapuches bedeutet, daß es in Zukunft legal keine Mapuches mehr geben wird, und daß es für sie extrem schwierig sein wird, sich einzeln wirtschaftlich und gemeinsam kulturell zu behaupten. Vor den Gesetzen des Kapitalismus und den Prinzipien der „freien Marktwirtschaft" sind alle gleich. Die meisten Mapuches haben sich geschworen, sich gegen diese Art ihrer „Emanzipation" zur Wehr zu setzen.

Auch Pinochet im Kampf gegen „Terrorismus"

Neue Maßstäbe in der „Terrorismus - Bekämpfung" setzt die chileniche Militärjunta mit einem neuen Gesetzesdekret vom 28. April: Als „verbrecherische Organisationen" gelten nicht mehr nur Organisationen mit verbrecherischen Zielen — sondern auch jede Organisation, „ ... wenn eines ihrer Mitglieder eine Handlung begangen hat, die einen Angriff gegen die gesellschaftliche Ordnung, die guten Sitten, gegen Personen oder Eigentümer darstellt". Als der Mitgliedscahft in einer solchen terroristischen Vereinigung schuldig gilt nach dem Wortlaut dieses Gestzes jeder, der einer Organisation angehört, in der ein Mitglied ist, daß eine solche Handlung begangen hat, solange es nicht selbst seine Unschuld beweisen kann.
Unter diese Definition des Terrorismus fallen demnach Streiks, jede Form der politischen Betätigung gegen den Staat, die „Ordnung" oder die „guten Sitten". Jede Organisation — selbst ein Musikverein oder ein Fußballclub — kann zur terroristischen Vereinigung deklariert werden, indem man nur einem seiner Mitglieder eine terroristische Handlung vorwirft. Und schuldig ist nach diesem Gesetz nicht der, dem seine Schuld nachgewiesen wird, sondern der, der nicht imstande ist, seine Unschuld zu beweisen.
Diese Weiterentwicklung der Terrorismus - Gesetzgebung zielt — und insofern kann man sie keinesfalls als absurd abtun — darauf ab, prinzipiell **jede** Organisation — bis hin zu einer Kirchengemeinde — dann zu illegalisieren, wenn ihre Mitglieder gegen die Diktatur aktiv werden. (Zur Zeit der deutschen Sozialistengesetze waren es häufig Sport- oder Musikvereine, die von der Arbeiterbewegung zur halblegalen Arbeit genutzt wurden; in Chile werden heute teilweise kirchliche Einrichtungen und Aktivitäten, Selbsthilfe- und Kulturgruppen genutzt, um sich zu treffen und eine Zusammenarbeit zu organisieren).

Gleichzeitig mit der Verkündung des Terrorismus - Dekrets wird das Entstehen einer neuen halbstaatlichen Terror - Organisation berichtet: das „Comando Carevic" (CC), benannt nach dem DINA /CBI - Agenten Carevic, der ums Leben kam, als er eine vor dem DINA / CNI - Gebäude deponierte Bombe entfernen wollte. Ähnlich den argentinischen und brasilianischen Mordkommandos — die aus Polizeibeamten in Zivil bestehen — hat diese Terrorgruppe angekündigt, die Militärregierung gegen die Subversion zu unterstützen, und zahlreiche Morddrohungen verschickt (LAN 71).

Informationsmaterial zu Chile:

- Eine Broschüre mit Informationen vor allem über den Widerstand der chilenischen Gewerkschaftsbewegung hat das Stuttgarter Chile - Komitee zusammengestellt. Sie kann bestellt werden bei D. Haith, Römerstr. 70, 7 Stuttgart (DM 2.50 DM in Briefmarken)
- Regelmäßige Berichte über Chile und andere Länder Lateinamerikas finden sich in den Lateinamerika - Nachrichten (11 Nummern jährlich, 30.-DM).Bestelladresse: Lateinamerika - Nachrichten, Savignyplatz 5, 1000 Berlin (W) 12



Die Junta hat die chilenische Wirtschaft in 5 Jahren Militärdiktatur ruiniert und alle Errungenschaften des chilenischen Volkes auf seinem Weg zum Sozialismus zunichte gemacht. Die Zahl der Arbeitslosen ist groß. Viele Chilenen sind gezwungen, im staatlichen Arbeitsdienst für umgerechnet 50 DM zu arbeiten. Selbst die Grundnahrungsmittel sind für die meisten Chilenen nicht in ausreichendem Maße erschwinglich.
Aber die Chilenen haben in den 5 Jahren der Militärdiktatur gelernt, ihre Angst zu überwinden und sich wieder zusammenzuschließen. Sie sind nicht mehr bereit, ihre schlechten Lebensbedingungen, verursacht durch die Unterdrückungspolitik der Junta, einfach hinzunehmen.
Der Widerstand gegen die Militärdiktatur zeigt viele verschiedene Formen. Er äußert sich nicht nur im Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne, Organisierung von Streiks, Protestkundgebungen und der Organisierung des 1. Mai, an dem Tausende auf die Straßen gingen, um gegen die Junta zu demonstrieren.

Unterstützt Selbsthilfeorganisationen in Chile

Chilenen organisieren Selbsthilfe

Der Widerstand reicht bis in den Lebensbereich von Familien, Nachbarschaften und Stadtteilen. Überall im Land entstehen Selbsthilfeorganisationen. Ihr Ziel ist es, die menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu verbessern, aber auch über Gespräche und Erfahrungen der praktischen Solidarität, Mut zu finden und neue Formen des Widerstands zu entwickeln.

- Frauen von Verschwundenen haben sich zusammengeschlossen
- Arbeitslose haben Werkstätten errichtet, in denen sie gemeinsam Dinge herstellen
- es wurden Kulturgruppen gegründet
- und Volksküchen eingerichtet

Über diese Gruppen haben wir bereits in Nr. 74 (Dez. 1978) der blätter des iz3w berichtet.

Wir können diese Organisationen unterstützen

Bei einem Chile - Aufenthalt war es möglich, den Kontakt zu Werkstätten der arbeitslosen Arbeiter und einer Volksküche zu bekommen. Eine Initiative von Gewerkschaftern aus Freiburg hat sich das Ziel gesetzt, die regelmäßige Unterstützung dieser Gruppen zu organisieren. Wie wichtig Solidarität und Unterstützung aus dem Ausland ist und wie mit relativ kleinen Geldmengen die Arbeit einer ganzen Volksküche unterstützt werden kann, einer Gruppe von Kindern der Schulbesuch ermöglicht wird, zeigen die folgenden Auszüge aus 2 Briefen, die wir aus Chile erhalten haben.

Unterstützt die Selbsthilfeorganisationen in Chile durch Einzelspenden oder Daueraufträge (z.B. 10 DM im Monat) auf das Konto: Volksbank Freiburg, Konto Nr. 56 92 709 (Sandbothe) Chile Komitee Kennwort: Werkstätten

Zwei Briefe aus Chile

... aus einer Volksküche

eine Stadt in Chile, 7.1.1979

Liebe Freunde,

ich habe Euch so viel zu berichten, daß ich dies in zwei aufeinander folgenden Briefen tun werde ... Ich werde damit beginnen, zuerst einmal darüber zu berichten, was mit dem Geld für die Volksküche geschehen ist. Wir haben es (die Dezember - Überweisung v. 13.12.78) am 26.12. erhalten und nachdem die Leute sich lange über die Verwendung des Geldes beraten hatten, wurde beschlossen, Geschirr, das heißt 50 tiefe Teller zu kaufen für 1615 Pesos, und für den Rest des Geldes kam man überein, ein gemeinsames Abendbrot zum Jahreswechsel für alle gemeinsam zu machen, mit einer vollständigen Mahlzeit, eine Sache, die keiner von ihnen bei sich zuhause würde machen können.

Es war eine sehr schöne Erfahrung und sehr bewegend für uns: die Volksküche war voll mit Kindern, Müttern und Vätern, bis auf die Straße ... Es ist unmöglich, auf dem Papier die Bedeutung dieses Volksfestes zu übermitteln und die Kommunikation, die dabei zustande kam. Die Theatergruppe (der Werkstätten der arbeitslosen Arbeiter) war dort mit ihrem Kindertheaterstück. Zuerst kam die Aufführung des Stückes und anschließend haben wir mit den Kindern gesungen und gespielt und danach kam das Essen. Mit Eurer Hilfe habt Ihr der Poblacion einen unerwarteten Tag der Volksfreude gegeben.

...

Die Leute wissen, daß Ihr regelmäßig Geld für Lebensmittel schicken werdet, und sie sind voller Hoffnung. Gegenwärtig essen in der Volksküche 125 Personen: 115 Kinder und zehn Erwachsene.

Die Volksküche mußte zwei Monate aus Mangel an Lebensmitteln geschlossen bleiben. ... Gegenwärtig erhalten wir sie mit gesammelten Lebensmitteln aufrecht, die nicht für die minimalsten Bedürfnisse ausreichen.

Ich will Euch außerdem berichten, daß die Leute vorhaben, wenn Eure Hilfe monatlich kommt, die Priorität dem Kauf von Lebensmitteln zu geben, aber darüber hinaus einen Teil zu sparen ... um Holz und Baumaterialien zu kaufen, um einen Raum mit besseren hygienischen Bedingungen für die Kinder zu schaffen. Der gleiche Raum soll gleichzeitig ein Zentrum für Treffen der Arbeitslosen der Zone werden und damit ein doppeltes Ziel verfolgen, das weit über das hinaus geht, was Ihr ursprünglich mit dem Geld unterstützen wolltet. Wie Ihr seht, ist die Zielrichtung der Hilfe, die Ihr von drüben schickt, sehr wertvoll, wertvoller als Ihr das diesen Zeilen (unmittelbar) entnehmen könnt.

Man hat schon Versammlungen in der Poblacion durchgeführt, und alle Arbeitskraft, die man zur Verwirklichung dieses Planes braucht, wird kostenlos zur Verfügung stehen: die Väter der Kinder und die arbeitslosen Arbeiter (und das sind sie in der Mehrheit) wollen da mitarbeiten. Es ist eine lange und schwere Arbeit, die da vor uns liegt. Wir haben ein Jahr dafür angesetzt, und es wird auch davon abhängen, wieviel Geld in dieser Zeit zusammenkommt, aber die Leute sind bereit, es auf sich zu nehmen.

Im Namen der Mütter, Väter und Kinder des Comedors ... grüßen wir die solidarischen deutschen Genossen in einer brüderlichen Umarmung ...

X X X X.

... von einer Kulturgruppe

eine Stadt in Chile, 6. März 1979

Liebe Freunde,

Euer letzter Brief hat einen tiefen Eindruck bei uns hinterlassen durch all das Verständnis für unsere Arbeit. Es ist schwer, aus der Ferne die Bande zu knüpfen und die Aufgaben zu teilen, die wir uns vorgenommen haben.

Ich glaube, wir sind auf dem Weg, uns als eine einzige Organisation zu fühlen, mit e i n e m gemeinsamen Ziel. Wenn eines Tages die Verbindung abreißt, so könnt ihr die Gewißheit haben, daß es nicht durch unseren Willen geschehen ist; wir haben uns ein Ziel gesetzt, der Weg ist nicht einfach und gesät mit Hindernissen, und wenn Du fällst, wird es immer jemanden geben, der an Deine Stele tritt und die Frucht dessen, was Du geschaffen hast, aufhebt. Unser ganzes Programm ist so aufgebaut, damit nicht alles auf einmal zerstört werden kann und nur Asche übrig bleibt.

Habt Vertrauen, daß die Anstrengungen, die Ihr auf Euch nehmt und die die übrigen deutschen Genossen auf sich nehmen, nicht umsonst sind; über die Distanz hinweg „brechen wir zusammen auf".

Wir haben eine Koordination von Frauengruppen organisiert (aus dem) Empleo Minimo (dem Arbeitsbeschaffungsprogramm = Arbeitsdienst der Junta, d.Ü.), Hausangestellte, Angehörige von Verschwundenen und Arbeitslose; wir werden diese Woche eine Kulturveranstaltung haben mit Folklore und Theater, um den Internationalen Tag der Frau zu begehen.

In unserem Land ist der Mangel an Mitteln sich auszubilden von Mal zu Mal größer, viele Familien, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben nicht die Möglichkeit, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie nicht einmal das Geld haben, ihnen Schulutensilien zu kaufen, und so wird der Analphabetismus immer mehr ansteigen. Eine unserer Aufgaben ist es, zu verhindern, daß unser Volk in die Ignoranz zurückfällt; wir kämpfen mit allen unseren Kräften dagegen an — und Ihr helft uns dabei mit Eurem solidarischen Beitrag.

Morgen werden die Kinder des Comedors ihre Schulausrüstung erhalten, so wird es möglich sein, daß Kinder, die aus Mangel an Ausrüstung nicht hätten in die Schule gehen können, ihren ersten Schultag haben werden. Die Hilfe, die sie jetzt bekommen haben, ist sehr wenig, aber sie kann fortgesetzt werden, damit wir darüber wachen, daß unsere Kinder bewußte und würdige Glieder unseres Volkes werden. Die Jugendlichen der Folkloregruppe werden diesen Augenblick festlich gestalten, und die Mütter und Väter der Kinder werden dabei sein.

Laßt Euch brüderlich umarmen! Ein kräftiger Händedruck von der Kulturgruppe!

X X X X.



BRASILIEN

Brasiliens Indianer: „Wir haben das Recht, wir selbst zu sein!"

Brasiliens Indianer werden erneut in ihrer Existenz bedroht: Heimlich und ohne Mitwirkung von in Indianerfragen spezialisierten Fachleuten, geschweige denn den Indianern selbst, erarbeitete das brasilianische Innenministerium das Dekret zur „Emanzipation" der Indianer (gemeint ist die „Emanzipation zum brasilianischen Staatsbürger), das als Dekret das Indianerstatut vom 19.12.1973 ergänzen soll. Laut Art. 9 des Indianerstatutes war eine „Emanzipation" bisher nur individuell möglich, wenn der betreffende Indianer oder die Indianerin wenigstens 21 Jahre alt war, die portugiesische Sprache beherrschte, zu irgendeiner „nützlichen" Aktivität innerhalb der nationalen Gesellschaft befähigt war, und ein „vernünftiges" Verständnis nationaler Sitten und Gebräuche besaß.
Die wesentliche Änderung, die das neue Dekret beinhaltet, besteht darin, daß es nun für eine ganze Indianergruppe möglich sein soll, sich zu „emanzipieren". Dazu müssen mindestens zwei Drittel der Mitglieder dieser Gruppe, die die erwähnten Bedingungen erfüllen, die „Emanzipation beantragen. Wie der (mittlerweile nicht mehr im Amt befindliche) Innenminister Rangel Reis meint, integriere dieses Dekret den Indianer in die nationale Gesellschaft, so daß er in den vollen Besitz der bürgerlichen Rechte gelange. Damit „befreie" er sich, so wird behauptet, von dem „Regime der Schutzherrschaft", unter dem er sich die ganze Zeit befand. Die Indianer sollen „das Recht haben, so zu sein wie wir!"

Ökonomische und politische Interessen des brasilianischen Staates

Im Mittelpunkt ökonomischer Betrachtungen der Regierung steht das Land, das die Indianer bewohnen. Im Jahre 1973 wurde im Indianerstatut festgelegt, daß bis Ende 1978 alle Indianerterritorien vermessen und abgegrenzt sein sollen. Doch bis heute geschah dies nicht einmal bei der Hälfte der Gebiete. Folge der bisherigen Politik der FUNAI (der Indianer-Organisation der brasilianischen Regierung) war, daß die Indianer ständigen Invasionen von weißen Siedlern, Großgrundbesitzern und ausländischen Firmen ausgesetzt waren, die den dort lebenden Indianern die Lebensgrundlage für Ackerbau, Fischfang und Jagd entzogen. 1965 verpachtete die FUNAI das Reservat der Cadiveu-Indianer an neunzig weiße Farmer, die das Land inzwischen als ihren Grund und Boden betrachten und schon eine Vereinigung gründeten, die ihre „Rechte" mit Hilfe von Anwälten und staatlichen Autoritäten verteidigt.
Solche Vorkommnisse, die keine Einzelfälle darstellen, werden allgemein damit gerechtfertigt, daß die Indianer über Gebiete verfügten, die im Verhältnis zu ihrer Anzahl außerordentlich groß erscheinen, und daß sie darauf, außer für sich selbst, so gut wie gar nichts produzierten. Die Nutzung solcher Gebiete geht aber nach eigenen, nichtkapitalistischen Gesetzmäßigkeiten vor sich, da z.B. Jägergruppen für ihr Überlegen relativ große Flächen beanspruchen. Nach den Angaben der FUNAI gibt es ungefähr 180000 Indianer, die auf 16382900 Hektar leben. Das ist eine erstaunliche Fläche. (Aber es ist doch nur 5mal mehr als der amerikanische Millionär Daniel Ludwig in Amazonien besitzt. Von seinen 3–4 Millionen Hektar sind jedoch nur 250000 genutzt!) Die Indianer sind deshalb Objekt staatlicher und privater Interventionsmaßnahmen, weil sie auf Boden leben, der fruchtbar ist, Bodenschätze enthält, oder schlicht und einfach Geld wert ist.

Der Indianer lebt auf dem Land, das die brasilianische Regierung für die Vorantreibung des über alles geheiligten Fetisch Fortschritt dringend zu benötigen glaubt. Die „Emanzipation" soll jetzt die Lösung bringen. In dem dem Staatspräsidenten vorgelegten Text des Dekrets heißt es im Art. 14: „Die abgegrenzten Gebiete, in denen die zu emanzipierenden Indianer leben und arbeiten, stellen weiterhin unveräußerliche Güter des Staates dar ... wobei den Waldbewohnern (silvicolas: der Begriff „Indianer" wird gern vermieden) der ständige Besitz und das Recht auf ausschließliche Nutzung der darin vorkommenden Schätze und aller nützlichen Dinge zukommt." Sollte das Dekret verabschiedet werden, schlägt die Regierung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie braucht die noch zu bestimmenden Gebiete nicht mehr zu vermessen und gewinnt gleichzeitig Verfügungsrecht über die Indianergebiete.
In kurzer Zeit könnte auf diese Weise eine große Zahl von „emanzipierten" Indianern ihre Lebensgrundlage, das Land, verlieren. Für sie bleibe nur noch die Möglichkeit, sich als billige Arbeitskräfte bei den neuen Herren, Großgrundbesitzern und ausländischen Firmen, zu verdingen, oder in die „favelas" der brasilianischen Großstädte abzuwandern, wo sie Arbeitslosigkeit, Armut und Krankheit mit Millionen anderer Brasilianer teilen müßten. Genau das meinte Padre Iasi, Exsekretär der CIMI, als der die Argumentation des Innenministers Rangel Reis folgendermaßen zu Ende führte: „Wenn der Indianer das Recht hat, so zu sein wie wir, wie *wer* wird er dann sein, wie der Minister selbst, oder wie Millionen von Armen, aus denen die Weiße Gesellschaft auch besteht?"
Die „Emanzipation" hat aber auch noch einen anderen, nichtökonomischen Aspekt: da sich mit diesem Dekret ganze Stämme „emanzipieren" lassen, wird die indianische Kultur zerstört, Ethnozid begangen. Das Land ist nicht nur Quelle, aus der der Indianer die Voraussetzungen für sein physisches Überleben schöpft, sondern auch ein Faktor der einen integralen Bestandteil seiner Kultur darstellt. Der Landverlust heißt für eine indianische Stammesgesellschaft auch gleichzeitig das Ende ihrer gemeinschaftlichen Existenz, die Zersplitterung in lauter Individuen, die verzweifelt Anschluß an eine andere Kultur suchen müssen, weil es meistens keinen Weg mehr zurück gibt.

Die Reaktion der Betroffenen

Die Indianer lehnen dieses Dekret, das ihre soziokulturelle Vernichtung bedeuten würde, ab. Sowohl das paternalistische Verwalten der Indianer, wie es bisher geschah und das sie selbst im Grunde nur als unmündige Kinder betrachtet hat, als auch der wohlklingende Begriff „Emanzipation" werden den Vorstellungen der Indianer in keiner

Weise gerecht. Am besten drücken das die Worte des Xavante-Führers Aniceto des Indianerreservates San Marcos aus, der das Projekt folgendermaßen kommentierte: „Die Regierung muß dieses Dokument nehmen, zerreißen und auf dem Friedhof begraben, damit niemand mehr daran denkt, den Indianer zu emanzipieren. Wir wollen die Emanzipation nicht, weil wir nicht vorhaben, dasselbe Leben wie der Weiße zu führen. Euer Leben ist sehr kompliziert, es ist das Leben von lauter Hanswursten. Die Weißen denken nur ans Geld und viele Indianer haben davon überhaupt noch nichts gehört, deswegen sind sie auch nicht darauf vorbereitet, die FUNAI zu verlieren. Der Indianer ist Freiheit, ist Herrscher seines Landes, ist der wahre Braslianer. Wenn sie mit der Kultur des Indianers Schluß machen, wird er sterben; und der Schuldige wird die Regierung sein."

Die Indianer formulieren also das Motto des Innenministers „Die Indianer haben das Recht, so zu sein wie wir" genau ins Gegenteil um, indem sie auf ihr Recht pochen, so wie sie selbst zu sein. Erklärtermaßen ziehen sie in der gegenwärtigen Situtation das „Regime der Schutzherrschaft" einer „Emanzipation" vor, obwohl die FUNAI, das Indianerorgan der Regierung, keineswegs geliebt, sondem zurecht heftig kritisiert wird. Die Indianer sehen es augenblicklich nur als das geringste aller Übel an.
Unterstützung finden sie bei nahezu allen Stellen und Persönlichkeiten, die sich mit der Indianerfrage beschäftigen, sei es dem Indianermissionsrat der Katholischen Kirche Brasiliens CIMI, der nationalen Vereinigung der Sozialwissenschaftler, der brasilianischen Vereinigung für Anthropologie, der Vereinigung für Indianerhilfe, der Pro-Indianerkommissionen und der Abteilungen für Anthropologie der wichtigsten Universitäten Brasiliens. Bekannte Indianerforscher wie Darcey Ribeiro, Lux Vidal oder der Direktor des Xingú-Nationalparks Olímpio Serra wendeten sich ganz entschieden gegen das Projekt der „Emanzipation".
Dom Tomaz Balduíno, Bischof und Präsident der CIMI sprach von der „Emanzipation als einer Struktur des Genozids, der auf saubere Weise vollzogen wird, ohne daß sich jemand die Hände mit Arsen oder mit Waffen schmutzig macht!" Seiner Meinung nach wird das Dekret ein „verbrecherisches, mörderisches sein, das zwar nicht die Hände desjenigen, der es schuf, beschmutzen werde, aber für immer dessen Gewissen." – In einer offiziellen Erklärung der Nationalen Vereinigung für Indianerhilfe ließ deren Vorsitzender Assis Hoffmann sogar verlauten, daß dank dieser „verdammten Maßnahme der Innenminister Rangel Reis in die Geschichte eingehen wird wie es einst Hitler tat."
Diese für brasilianische Verhältnisse äußerst scharfen Reaktionen sind verständlich, wenn man sich darüber im klaren ist, daß das Dekret der „Emanzipation" nun die permanente Mißachtung indianischen Landes und indianischer Rechte gesetzlich absichem und damit vereinfachen soll. Die Frage ist nur, wie die Indianer dazu gebracht werden können, einen Antrag auf Emanzipation zustellen. Auch darauf läßt sich eine Antwort im Text des Dekrets finden: in Art. 10 sowie im einzigen Paragraphen des Art. 11 wird von der „unmittelbaren Durchführung eines wirtschaftlichen und sozialen Hilfsprogrammes" gesprochen, das den „emanzipierten" indianischen Stammesgesellschaften gewährt werden soll. Wie dieses Hilfsprogramm aussieht und wer es durchführen, bzw. woher das Geld dafür kommen soll, ist nicht zu lesen. Zu befürchten ist aber, daß dieses ominöse Programm nichts als eine leere Versprechung des Innenministeriums ist: mit seiner Hilfe will es die erforderliche Mehrheit der Indianer zu einem Antrag auf „Emanzipation" bewegen, d.h. mit den gängigen Propagandamethoden korrumpieren.
Die Verfasser des Dekrets lassen es sich darüber hinaus nicht nehmen, in Art. 12 zynisch zu erklären, daß die „Emanzipation" des Indianers oder der indianischen Gemeinschaft und ihrer Mitglieder nicht die Annulierung der indianischen Identität „beinhaltet". Hier wird Respekt vor der Eigenart indianischer Lebensformen und der Berechtigung indianischer Autonomiebestrebungen geheuchelt, der in Wirklichkeit nie existiert hat. Bei den zwei panindianischen Delegationen, die 1977 und 1978 in verschiedenen Städten der BRD die deutsche Öffentlichkeit über ihre Probleme informieren konnten, fehlten jedesmal die Vertreter der brasilianischen Indianer: ihnen wurde die Ausreisegenehmigung verweigert. In dem neuen Dekret tut die brasilianische Regierung so, als hätte sie bislang immer die indianische Regierung anerkannt; in Wirklichkeit war dies aber nie der Fall. „Emanzipieren" will die Regierung eigentlich nicht den Indianer, sondem dessen Land.



Auch wenn der Innenminister, der für die Erarbeitung des Dekrets verantwortlich ist, mittlerweile nicht mehr im Amt ist, so wird doch das Vorhaben des Dekrets weiterhin betrieben. Brasilianer, die gegen die Verabschiedung und Durchführung dieses Dekrets kämpfen, haben mitgeteilt, daß für sie eine Unterstützung aus Europa sehr wichtig ist. Wir bitten die Leser der „blätter des iz3w" Protestbriefe folgenden Inhalts an die Brasilianische Botschaft Kennedyallee 74, 5300 Bonn-Bad Godesberg zu senden.

Mathias Bauer

An die
Brasilianische Botschaft

Eure Exzellenz,

Es ist bekannt, daß indianische Gemeinschaften und Kulturen in Brasilien in den letzten Jahren durch die „Erschließung" das Amazonas und anderer Gebiete immer mehr von Großgrundbesitzern, Siedlern, Rohstoffkonzernen und Grundstücksspekulanten zurückgedrängt, bedroht und zerstört wurden. Welche Folgen diese Erschließung außerdem für das ökologische Gleichgewicht in diesem Teil der Welt schon bisher hatte, ist ebenfalls bekannt.
Vor einigen Monaten hat das Innenministerium ein Gesetzesdekret erstellt, daß unter dem Namen der „Emanzipation der Indianer" eine Auflösung indianischer Gemeinschaften und eine Zerstückelung gemeinschaftlich genutzten Landes ermöglicht. Damit wird eine weitere Zerstörung indianischer Lebensbereiche und Kulturen vorangetrieben.

Den Widerstand der Indianer gegen dieses Dekret unterstütze ich ebenso, wie ihn der Indianer-Missionsrat der Katholischen Kirche Brasiliens unterstützt.

Brasilienarbeitskreis
in der kath. Studentengemeinde
(KSG)
4400 Münster

Münster, 19.4.1979

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
auf Ihrer ersten Reise durch drei lateinamerikanische Länder schenkten Sie besonders Brasilien Ihr (wirtschaftliches) Interesse, denn „Brasilien ist jung, Brasilien ist kühn, Brasilien baut in die Zukunft" (Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 9.4.1979). Mit dieser Charakterisierung meinten Sie ganz offensichtlich Brasilien mit seinem „Wirtschaftswunder", oder? Ist Ihnen – als wohlinformiertem Bundeskanzler – die Kehrseite des brasilianischen Wirtschaftswunders noch immer unbekannt? Die Realität Brasiliens wird in Aussagen und Schriften brasilianischer journalisten, Gewerkschaftler, Rechtsanwälte und in den Dokumenten der brasilianischen Bischofskonferenz folgendermaßen charakteisiert: Die Ausbeutung und Verelendung der Massen ist die Kehrseite des brasilianischen Wirtschaftswunders, die Zerschlagung der brasilianischen Gewerkschaften, der Aufbau eines innerstaatlichen Repressionsapparates zur Verfolgung und Zerstörung demokratischer Oppositioneller sind kein zufälliges, sondern konstitutives Moment dieser Entwicklung.
Obwohl die brasilianische Regierung seit geraumer Zeit von Demokratisierung spricht, werden nach der Ernennung von General Figueiredo zum Präsidenten die Menschenrechte nach wie vor massiv verletzt: zurückgekehrte Exilbrasilianer werden verhaftet und gefoltert, die Todesschwadrone existiert noch immer, die institutionelle Willkür der Polizei bleibt nach wie vor unangetastet und ohne Unbedenklichkeitsbescheid des Geheimdienstes wird auch heute keiner Universitätsdozent.
Sie können natürlich entgegnen: keine Einmischung in innere Angelegenheiten! In Wirklichkeit geschieht dies auf massive Weise bereits schon lange: so hatte und hat z.B. das Eindringen multinationaler Firmen und damit auch bundesdeutscher, in die brasilianische Wirtschaft ernste Folgen für die brasilianische Gesellschaft. Am Beispiel VW do Brasil ließe sich die einseitige Interessenpolitik der ausländischen Unternehmen stahlhart nachweisen. Die multinationalen Firmen produzieren im Wesentlichen langlebige Güter des gehobenen Konsums, z.B. Autos, Elektrohaushaltsgeräte etc. Damit es nun für diese Güter eine Käuferschaft geben kann – z.B. ist ein VW in Brasilien teurer als in der BRD, trotz erheblich niedrigerer Lohnkosten – wurden durch staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik (Steuer- und Kreditpolitik) die Einkommen der privilegierten Gruppen der brasilianischen Gesellschaft bewußt gefördert. Die Benachteiligung der lohnabhängigen Massen spiegelt sich in der bewußten Senkung des Reallohns wider: Der staatlich festgesetzte Mindestlohn, der sich 1976 auf 175 DM belief, betrug 1959 noch rund 500 DM – dies bei steigender Produktivität der brasilianischen Wirtschaft.
Was dies für Arbeiter und deren Familien bedeutet, sollte Ihnen als langjährigem Gewerkschafter nicht ganz fremd sein. Ihre Unterredung mit Luis Ignacio da Silva, dem Streikführer von 200 000 in den Ausstand getretenen Metallarbeitern, läßt uns stark daran zweifeln.
Bischöf Pünder, als ein Kenner der brasilianischen Wirklichkeit im Nordosten zeigte sich jedenfalls sehr enttäuscht über Ihre Reaktion auf die von ihm geschilderten sozialen Mißstände. (vgl. SZ v. 9.4.1979).
Auch die Kritiker des deutsch-brasilianischen Atomvertrages überhören Sie geflissentlich. Außer den Militärs wird dieser Vertrag von allen Sektoren der brasilianischen Gesellschaft angefochten. Dem Regime wird vorgeworfen, es habe ihn hinter dem Rücken der einheimischen Akademiker abgeschlossen und dabei eine grundsätzlich falsche Wahl getroffen: eine Reaktorart, die mit angereichertem Uran funktioniert und das Land daher in eine neue Importabhängigkeit führt. Brasilien werde nicht nur finanziell sondern auch technologisch überfordert.
Von der nationalen Physikergesellschaft wird zudem befürchtet, daß die Sicherheitsmaßnahmen unzulänglich seien, was durch eine Serie von technischen Schwierigkeiten schon in der Bauphase der ersten beiden Reaktoren erhärtet wird. (Vgl. SZ 9.4.79)
Der Atomvertrag ist nur e i n Beispiel für die von Wirtschaftsinteressen diktierte Einmischung in die brasilianische Gesellschaft. Diese Tatsache wird auch nicht glaubwürdig dadurch widerlegt, daß Sie bei Ihrem Besuch die Absicht bekundet haben, sich nicht als 'Apostel der Welt' (zitiert nach der Wochenzeitung Movimento v. 2. – 8.4.1979) aufzuspielen. Vielmehr beurteilen auch brasilianische Kommentatoren (z.B. Ricardo Bueno, in: Movimento ebd.) die augenblicklichen deutsch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen so: „Bom para os alemaes, ruim para o Brasil" (gut für die Deutschen, Ruin für Brasilien/ vgl. ebd.).
Sie treten somit auch in Lateinamerika als d e r wirtschaftspolitische Lehrmeister auf, der sich sogar anmaßt, ein Land wie Peru zu rügen, weil es die Südafrika-Resolution der UNO mitunterzeichnet hat!
Wir meinen, es würde Ihnen und uns Deutschen besser anstehen, offen einzugestehen, daß wir weit hinter den von der UNO geforderten 0,7 % öffentlicher Entwicklungshilfe zurückbleiben, statt mit der manipulierten Zahl von über 1 % glänzen zu wollen (dies ist die Summe öffentlicher Entwicklungshilfe und privater Direktinvestionen).
Diese von Ihnen betriebene 'Entwicklungspolitik' hat für die überwiegende Mehrheit der Lateinamerikanischen Bevölkerung katastrophale Auswirkungen, ganz abgesehen davon, daß sie dem entwicklungspolitischen Anspruch der BRD zuwiderläuft:

> „Entwicklungspolitik soll Völkern helfen, sich zu helfen, damit sie sozial und wirtschaftlich aufholen, ihre Gesellschaften nach eigenen Zielen modernisieren und in der weltweiten Interdependenz über die gemeinsame Zukunft mitbestimmen können." (BMZ. Politik der Partner, S. 35).



Mit freundlichem Gruß
i.A. gez. A. Kösters

PS. Dieser Brief geht als 'offener Brief' u.a. an folgende Zeitungen/Zeitschriften: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Tageszeitung, Die neue, epd – Entwicklungspolitik, iz3w, Publik Forum, Lateinamerikanachrichten, Brasiliennachrichten und an die drei Fraktionen des deutschen Bundestages.

LESERBRIEF

Iran und Afghanistan: Zweierlei Maß...

Leserbrief zum Artikel "Koran und Gewehre gegen den Marxismus" ("blätter" Nr. 77, S. 11 ff.)

Liebe Freunde vom iz3w !

An Eurer Afghanistan-Berichterstattung in den letzten zwei Nummern ist mir einiges aufgestoßen: — trotz einiger lauter Kritikansätze stellt Ihr Euch eindeutig auf die Seite des Taraki-Regimes. Das machen schon die Überschriften deutlich: "Durchgreifende Agrarreform angekündigt" und "Großgrundbesitzer organisieren den Widerstand" (Nr. 76) oder "Koran und Gewehre gegen den Marxismus" (N. 77). Das Regime wird als 'sozialistisch' bezeichnet und die Reformen, die es durchführt, gelten Euch unhinterfragt als fortschrittlich. (die mangelnde Beweiskraft des Kastens aus dem 'Spiegel', der wohl die Volksverbundenheit der neuen Herren darlegen soll, springt ja wirklich ins Auge. Oder soll das ironisch sein?) An den wenigen kritischen Sätzen zum Regime haftet der Geruch der Unglaubwürdigkeit: "... die Gefängnisse von Kabul **sollen** mit -zigtausenden politischen Gefangenen ... überfüllt sein, die teilweise gefoltert **würden** ... den Machthabern in Kabul **wird** die Ermordung von mehreren tausend Moslems ... **vorgeworfen**. Diese und noch weitere Fakten werden übereinstimmend von der (von Euch als Quelle) zitierten Presse von 'le Monde' über 'NZZ' bis 'TAZ' angegeben. Aber sie passen nicht zum Bild eines 'sozialistischen Regimes' ...

— die massiven Bombardierungen von aufständischen Gebieten werden nur kurz in einem Satz erwähnt. Was unterscheidet denn Eurer Meinung nach diese Bombardierungen (wie u.a. am 11. und 12.4. in der bürgerlichen Presse breit dokumentiert wurden) von den amerikanischen Mordbomben in Vietnam oder vom sowjetisch-kubanischen Völkermord in Eritrea? Warum müssen wir uns als Antiimperialisten dagegen nicht empören?

— der Kern des ganzen liegt m.E. in Eurer Charakterisierung der Rolle der Sowjetunion in Afghanistan: zwar schreibt Ihr vom 'blutigen Putsch, der die Moskau-orientierten Kräfte unter der Führung von Taraki an die Macht gebracht hatte', das Regime bleibt aber dennoch 'sozialistisch' und fortschrittlich. Da fällt kein Wort von Ausbeutung oder Imperialismus: "Die Sowjetunion (will) ein sozialistisches Regime in ihrem kleinen Nachbarland mit allen Mitteln unterstützen ..." und "Besondere Feindseligkeit wird im Lande folglich (durch die mittleren und gehobenen Schichten! - C.K.) gegen die ca. 5.000 sowjetischen Berater der Regierung Taraki **geschürt** ..."

Die Tatsachen erklären, warum sich diese Feindseligkeit auf die Bauernmassen erstreckt und sich so hartnäckig in allen Schichten des Volkes hält: — Afghanistan ist heute ein sowjetischer 'Satellitenstaat vergleichbar der Mongolei' (Gerard Viratelle in 'Le Monde', 8.6.79). Nicht nur waffen und Munition der Armee stammen ausschließlich aus der Sowjetunion, die sowjetischen Berater unter Leitung von General Yepishev fliegen auch eigenhändig die MIGs, die die Dörfer bombardieren oder immer ausgedehntere Angriffe auf pakistanischem Territorium fliegen (LM, 8.6.79).

— die Sowjets haben bestimmenden Einfluß im Bergbau-, Gesundheits-, Erziehungs-, und Landwirtschaftsministerium. Sie sind an der Ausarbeitung des 5-Jahresplans beteiligt und kontrollieren sogar die Provinzverwaltungen (LM, 20./21.3.79). Im Norden des Landes soll (nach derselben Quelle) sogar ein sowjetisches Bataillon stationiert sein. — seit Anfang 1974 kauft die SU gegen Militärhilfe fast die gesamte Öl-und Gasproduktion, ¾ der Baumwolle und ein Großteil der Wolle. Der Verkaufspreis wird in der SU festgelegt (Kuwait Times, 15.4.79, LM, 20./21.3.79, 29.3.74).

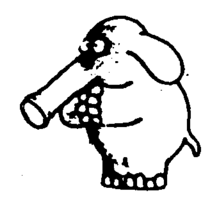
— als der frühere Staatschef Daoud sich trotz starker Annäherung an die SU weigerte, das Projekt des kollektiven asiatischen Sicherheitssystems zu unterstützen und die Streitigkeiten zum Nachbarstaat Pakistan beilegte, inszenierte die SU am 27. April 1978 einen Putsch.

— Afghanistan ist heute für die SU wegen seiner strategischen Lage, aber auch wegen der wichtigen Gaslieferungen, die das geplatzte Geschäft mit dem Iran kompensieren müssen, wichtiger denn je. Im Moment versucht sie noch mit aller Macht das arg gefährdete Taraki-Regime im Sattel zu halten, hat aber auch noch die 'Parcham'-Gruppe im Moskauer Exil in der Hinterhand. Führen diese wenigen Angaben bei Euch nicht zumindest zu dem Verdacht, daß Afghanistan von der SU **imperialistisch beherrscht und ausgeplündert** wird. Die Landreform muß m.E. unmittelbar im Zusammenhang damit gesehen werden und ist vergleichbar der Weißen Revolution des Schah, die die — auch für den US-Imperialismus — überholten Feudalstrukturen aufbrechen und dem isolierten Regime klassenmäßig eine neue Machtbasis geben sollte. Die damaligen Erhebungen der iranischen Massen standen auch unter der Führung religiöser Führer und waren stark vom Islam bestimmt. In diesem Fall war und seid aber auch Ihr der Meinung, daß es sich um berechtigte antiimperialistische Massenkämpfe handelt. Genauso habt Ihr den Sturz des Schahregimes durch die religiös dominierte Massenbewegung als großen antiimperialistischen Sieg begrüßt. (Wohl wissend, daß jede Religion reaktionäre und fortschritliche Elemente enthält und daß man analysieren muß, was im gegebenen Fall die Hauptseite ist). Wenn sich aber die afghanischen Massen in ihrer **überwiegenden Mehrheit** unter starkem islamischen Einfluß gegen die sowjethörige Politik der Taraki-Regierung, gegen die Bombardierungen durch sowjetische Flugzeuge, gegen die imperialistische Unterdrückung durch ihr großes Nachbarland erheben, dann ist das für Euch 'Kampf der Großgrundbesitzer gegen den Marxismus' ! Niemand bestreitet, daß sowohl im Iran, als auch in Af-

ghanistan reaktionäre Elemente in diesem Kampf mitmischen und keiner behauptet, die afghanischen Aufständischen seien 'proletarische Revolutionäre' (Das nimmt nur die Taraki-Regierung für sich in Anspruch). Aber es steht fest, daß die afghanische Bewegung die Fremdherrschaft beseitigen will und daß damit eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie und Sozialismus in Afghanistan überhaupt erst geschaffen wird. Mal ganz ehrlich: wendet Ihr nicht zweierlei Maß an, wenn Ihr den Kampf im Iran gegen den Schah unterstützt und Euch gegen die afghanische Opposition stellt? Hat das nicht damit zu tun, daß im einen Fall die USA, die BRD (und auch die SU!!) den Schah stützten und daß im andern Fall die Sowjetunion im 'sozialistischen Mantel' auftritt?
Für ein gemeinsames Eintreten gegen **jede** Art von Imperialismus

mit solidarischen Grüßen

Christiane Kayser (Köln)



Bundesweite Arbeitstagung

'Technologie und Entwicklungsländer'

6. - 8. Juli 1979
Bergisch - Gladbach
Gustav - Stresemann - Institut
Haus Lerbach, 5060 Bergisch - Gladbach

Veranstalter:
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen
Arbeitsgruppe Sozialpolitischer Aktionskreise
Community Action in Europe
Junge Europäische Föderalisten

Folgende Arbeitsgruppen sind geplant:

Arbeitsgruppen:

AG I : **Energiesysteme für Entwicklungsländer** (Atomkraftswerksexporte, Einsatzmöglichkeiten für erneuerbare Energiequellen, Art des Energiebedarfs etc.)

AG II : **Agrartechniken für Entwicklungsländer** (angepaßte Nahrungsmittelproduktionen, ökologischer Landbau, Mechanisierung, Verbesserung der Bodenqualität, Versteppung, Wüstenbildung etc.)

AG III : **Gesundheitspolitik in Entwicklungsländern** (natürliche Heilmethoden, Barfußärzte, Auswirkungen westlicher Operations- und Pharmamethoden, Zusammenhang zu Ernährung, Wohnsituation und Hygienemaßnahmen, Wasserversorgung etc.)

AG IV : **Architektur und Wohnungsbau in Entwicklungsländern** (Stadt - Land - Gefälle, Verstädterung, Siedlungswesen, Eigenbau - Kooperativen, Beseitigung der Slums, Hygienemaßnahmen, Sanierungsmethoden etc.)

AG V : **Transport- und Kommunikationssysteme für Entwicklungsländer** (Rolle des Autos, öffentliche Verkehrssysteme, pedal - power, Funktion von Rundfunk und Fernsehen, angepaßte Unterrichtsmethoden etc.)

AG VI : **Angepaßte Industrialisierung in Entwicklungsländern** (Kriterien für angepaßte Technologien, Industrialisierung und Beschäftigungsprobleme, exportorientierte Produktion, westliches Entwicklungsmodell, Entwicklung des Dorfes in der Dritten Welt etc.)

AG VII : **Technologietransfer und kapitalistische Weltwirtschaft** (Rolle der Multinationalen Konzerne, Patent- und Lizensbedingungen, Preispolitik, Börse für angepaßte Technologien, Rolle der Weltbank und IFM, Technologietransfer und Entwicklungshilfe etc.)

Bitte Anmeldung an:

1. BBU c/o Josef Leinen, Lindaustr. 8, 7815 Kirchzarten (07661/5757) oder
2. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Gruppen c/o Reinhard Pohl, Jägerhorst 6, 2300 Kiel 1 oder
3. Junge Europäische Föderalisten c/o Holger Behm, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1 (02221/639328)

PATENSCHAFTEN IN DER 3. WELT: HILFE ODER HINDERNIS?



Inhalt des Themenblocks
Patenschaften in der 3. Welt:
Hilfe oder Hindernis?

Die Institutionen wachsen, aber nicht die Kinder
Fallstudie: Patenkind und Heimatdorf
Alternatives Hilfsprogramm zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter
Aufruf zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter

Die Institutionen wachsen, aber nicht die Kinder

Motive für die Übernahme von Patenschaften
Andrea U. ist Schülerin in einem süddeutschen Kleinstadtgymnasium. Als sie konfirmiert wurde, hörte sie vom Pfarrer zum erstenmal über die Kindernothilfe:
„Mir hat das nicht gefallen bei der Konfirmation – daß der Konfirmant da lauter Sachen kriegt – für was eigentlich? Warum hat er das verdient? Da wollte ich halt lieber etwas Sinnvolles damit anfangen . . ."
Andrea, wie mittlerweile über 70 000 Bundesbürger, schrieb an die Duisburger Kindernothilfe und verpflichtete sich zu einer Patenschaft für ein notleidendes Kind in der Dritten Welt. Das Geld – immerhin 40 Mark im Monat – verdiente sie sich mit Geschirrwaschen zu Hause. Was noch fehlte, schoß die Mutter zu. Andrea bekam bald einen Personalbogen ihres Patenkinds zugeschickt und auch der erste Brief ließ nicht lange auf sich warten. Der kleine Jacob Chikury verdankt Andrea einen Platz im Schülerheim Nr. 2752 in dem südindischen Marktflecken Alir, nicht weit von der Landeshauptstadt von Andhra Pradesh, Hyderabad. Aus dem Personalbogen konnte Andrea entnehmen, daß Jacob eines von mehreren Kindern armer Landarbeiter – Kulis – war, aus dem Dorf Panegiri stammte und Arzt werden wollte. Einem Kind armer Landarbeiter zu helfen, einmal als Arzt für seine medizinisch kaum versorgten Landsleute wirken zu können – wer würde dies nicht für eine sinnvolle Hilfe halten?
So wie Andrea denken sicher die meisten der Pateneltern der Kindernothilfe. Natürlich sind nicht alle Motive selbstlos. Da möchten manche Eltern ihren Kindern etwas zu Weihnachten schenken – eben ein indisches Patenkind („Wir haben ihr den Personalbogen auf den Gabentisch gelegt . . ."), andere sehen in der Patenschaft eine erzieherische Maßnahme („Als unsere Kinder in das undankbare Alter kamen, habe ich ihnen das Taschengeld gekürzt und dafür eine Patenschaft übernommen, damit meine Kinder lernen, was Dankbarkeit heißt . . .").
Wieder andere bringen dadurch den Hauch der weiten Welt in die Wohnstube. Vielleicht das wichtigste aller Motive ist die Beruhigung des eigenen schlechten Gewissens, die Kehrseite der puritanischen Tüchtigkeit: Eigentlich sollte ich von dem Vielen, das ich habe, anderen, denen es nicht so gut geht, etwas abgeben. Meine Philosophie des „Glücks auf der Seite des Tüchtigen" hindert mich, das hier zu tun. Aber weit weg in Indien kann ich mit 40 Mark im Monat mein Gewissen beruhigen, ohne allzusehr gegen meine Lebenseinstellung zu verstoßen – so könnte man diese Haltung begründen.
All das erklärt aber noch nicht ganz den Erfolg der Patenschaftsprogramme. Zum puritanischen Schuldkomplex kommt noch die nicht minder puritanische Geschäftstüchtigkeit:
Um Patenschaftsprogramme erfolgreich „verkaufen" zu können, muß vor allem der individuelle Kontakt zwischen Spender und Empfänger perfekt organisiert werden. 2 Dankesbriefe pro Jahr garantiert die Kindernothilfe – das sind 2 schriftliche Beweise geleisteter Hilfe, 2 beruhigende Bestätigungen, daß die Gelder ihren Empfänger erreicht haben und nicht zuletzt 2 absetzfähige Steuerquittungen! Klappt diese Rückkoppelung nicht, dann springen die Spender bald ab. Deshalb liegt für das Management der entscheidende Ansatzpunkt nicht darin, den zu Helfenden eine ihren Bedürfnissen gemäße Hilfe zu organisieren, sondern darin, eine Form der Hilfe zu finden, die eine Befriedigung der Spenderbedürfnisse ermöglicht. Diese Form ist zweifellos das Heim.

Heime bedeuten Kasernierung

Die Kasernierung als gesellschaftliche Lebensform kann mehrere Ziele verfolgen: Isolierung aus Gründen der Hygiene (Aussätzigenheime), aus Gründen der ideologischen Beeinflussung (Kaderschulen, Kasernen, Internate, Klöster), zur billigeren Versorgung unproduktiver Minderheiten (Altenheime, Behindertenheime), zur Bestrafung (Gefängnisse), zur zwangsweisen Anpassung an herrschende Gesellschaftsnormen (Erziehungsheime) etc. ...

Heime sind in jedem Falle Orte der Isolierung. In Indien gehen die christlichen Schülerheime auf die britische Kolonialzeit zurück. Das Schülerheim ermöglichte den Missionaren, Kinder von klein auf christlich zu indoktrinieren und sie unbeeinflußt von hinduistischen Traditionen und Kultureinflüssen zu Muliplikatoren christlich-abendländischer Werte und Lebensweisen zu erziehen. Die Missionsschulen und mit ihnen die englische Kolonialverwaltung trafen jedoch keineswegs auf ein Land ohne Schulen. Das indische Schulwesen war nach Berichten der Engländer erstaunlich gut und breit organisiert. Neben den Eliteschulen für die höchsten Kasten existierte ein breites Netz von Dorfschulen für die Bauern – und Handwerkerkasten. In einer Studie stellte der Engländer W. Ward bereits 1818 fest: „Fast alle größeren Dörfer in Bengalen haben allgemeine Schulen.“ Dieses Schulnetz brachten die Engländer unter ihre zentrale Verwaltung und führten das englische Primär- und Oberschulsystem ein, das noch heute in kaum veränderter Form fortbesteht. Die Einführung des englischen Schulsystems wie auch der Missionsschulen sollte den indischen Kindern nicht nur die Überlegenheit der englischen Kolonialmacht beibringen, sondern sie durch den Übertritt zum Christentum auch weniger empfänglich für nationale, antikoloniale Bewegungen machen, die vor allem vom Hinduismus ausgingen. Noch heute sind die indischen Christen die verläßlichsten Freunde des Westens – und nicht nur aus der immer noch anhaltenden finanziellen Abhängigkeit von den europäischen und amerikanischen „Patenkirchen“.

Ende der 50er Jahre mußte sich die Mission aus Indien zurückziehen. Da die indischen christlichen Kirchen die Schülerheime aus eigenen Mitteln nicht halten konnten, wurden in mehreren Ländern Hilfsorganisationen speziell zur Fortsetzung dieser Erziehungsprogramme gegründet. In der Bundesrepublik war das die „Kindernothilfe“. Die Form der Hilfe als individuelle „Patenschaft“ erwies sich als äußerst erfolgreich – zumindest bei der Spendenwerbung. Hier einige Zahlen: (Quelle: Kindernothilfe)

Jahr	Heime	Patenkinder	Spendeneingang (DM)
1959	3	5	8.940,––
1964	45	1495	700.000,––
1969	136	4965	2.484.000,––
1974	492	28825	14.021.670,––
1976	727	46010	21.446.080,––
1977	822	52027	27.665.192,––
1978	909	60012	ca. 30.700.000,––

Allein im Januar/Februar 1979 meldeten sich bei der Kindernothilfe (KNH) über 12.000 Pateneltern für eine Patenschaft an, nachdem es im Vergleichszeitraum 1978 nur knapp über 2000 gewesen waren. Der Grund: Anfang Januar 1979 brachte das ARD-Fernsehmagazin „Report“ einen kurzen Bericht von „Report“-Chef Dr. Franz Alt über die Kindernothilfe, der die Zuschauer aufrief, diese Organisation zu unterstützen. Dr. Alt ist selbst jahrelanger „Patenvater“ der Kindernothilfe, was aus seinem Bericht jedoch nicht hervorging. Kritisches über die „Kindernothilfe“ und ihren Ansatz war in den Medien bisher so gut wie nicht zu hören oder zu sehen.

Dagegen schwelt schon seit Jahren ein innerkirchlicher Konflikt zwischen der Kindernothilfe und ihren Kritikern – vor allem in den Evangelischen Entwicklungshilfeorganisationen – über die Patenschaftsprogramme. Im „Jahr des Kindes“ ließ sich dieser Konflikt kaum mehr vor der Öffentlichkeit verstecken. So waren wir nicht überrascht, als wir in Indien die Heime für Besucher verschlossen fanden. Ein Rundbrief des Rates der Südindischen Kirche für Kinderhilfe (der für die Kindernothilfe in Indien die Patenschaftsprogramme durchführt) warnte alle Heimleiter:

„Es wurde uns zur Kenntnis gebracht, daß Besucher aus dem Ausland, die mit dem Kinderhilfsprogramm nicht in Zusammenhang stehen und die mit vorgefertigter Meinung kommen, die Heime besuchen und Informationen für ihre Zwecke zu sammeln suchen. Der Vorsitzende ... wies mich an, einen Rundbrief an alle Heime zu schicken ... mit der Anordnung, solche Besucher nicht ohne vorherige Genehmigung ... in die Heime zu lassen ... “.

Wir bekammen schließlich die Genehmigung, allerdings erst nach peinlicher Befragung, ob wir den Konflikt um die Patenschaften kennen würden, ob uns dieser oder jener Beteiligte bekannt sei u.s.w. Als man im Hauptquartier in Bangalore überzeugt war, daß unsere Naivität den Ansprüchen genügte, die man an Journalisten, die über die Kindernothilfe berichten, zu stellen gewohnt war, stand unseren Heimbesuchen nichts mehr im Wege.

Besuch in Heimen der Kindernothilfe

Es war nicht unser erster Kontakt mit den Heimen. Schon 2 Jahre zuvor hatten wir in der Gegend um Hyderabad einen Film gedreht und dabei Bekanntschaft mit Heimleitern gemacht und auch einige Tage als Gäste im Haus eines Heimleiters verbracht. An diese Kontakte konnten wir jetzt anknüpfen. Nach Besuchen in mehreren Heimen und Dörfern beschlossen wir, uns zunächst auf ein Dorf und ein Heim zu konzentrieren, in dem relativ viele Kinder dieses Dorfes als Patenkinder wohnten. Wir wollten den Gründen nachgehen, warum Eltern ihre Kinder ins Heim schicken, wollten die Kinder im Heim selbst befragen und dann der für uns wichtigsten Frage nachgehen – nämlich: was wird aus den Kindern nachher?

Das Schülerheim Nr. 2752 in Alir ist nicht schlechter und nicht besser als die meisten anderen KNH-Heime. Nach unseren Befragungen beherbergt es z.Zt. 76 Jungen zwischen 7 und 17 Jahren, davon werden 57 von der Kindernothilfe unterstützt. Das Personal besteht aus dem Heimleiter, der – was durchaus nicht üblich ist – die Heimleiter-Ausbildung des Rats für Kinderhilfe in Bangalore durchlaufen hat, dem „Aufseher“ (Warden, wird gern mit „Erzieher“ übersetzt) und dem Küchenpersonal. Das Heim machte äußerlich einen sauberen und ordentlichen, wenn auch ärmlichen Eindruck. Aber ärmlich ist auch die Herkunft der meisten Jungen und deshalb ist dieser Eindruck durchaus positiv zu verstehen.

Wir hatten uns angemeldet, allerdings keinen genauen Termin genannt. Wir wußten, was Heimkinder in aller Welt auch wissen: sage nie etwas Kritisches in Anwesenheit des Heimpersonals. Deshalb hatten wir mehrere Übersetzer mitgebracht, und während sich die einen mit dem Heimleiter und seinem Aufseher beschäftigten, sprachen die anderen unbeaufsichtigt mit einigen der Jungen.

Wir wollten zum Einen feststellen, wie die Zustände in den Heimen waren. Dann, welche Vorstellung die Kinder von ihrer Zukunft hatten, und schließlich, ob sich ihre Wertvorstellungen und ihr Verhalten im Heim verändert hatten.

„Wenn ihr filmen wollt, was hier wirklich los ist, dann müßt ihr filmen, wie der Aufseher uns verprügelt" – das war der erste mutige Satz außerhalb der Hörweite der Erzieher. Auch in anderen Heimen hatten wir Beschwerden über Prügelstrafen gehört. Auf der anderen Seite schienen die Erzieher zahlenmäßig weit überfordert zu sein. „Warum schreibt Ihr das nicht Euren Pateneltern?" wollten wir wissen. „Die Briefe werden vom Heimleiter zensiert. Wenn wir die Wahrheit schreiben, werden wir verprügelt und müssen die Briefe neu schreiben." Dann brach eine ganze Flut von Beschwerden über uns herein: Über Korruption im Heim, über kleine und große Ungerechtigkeiten, schlechtes Essen, über die Hackordnung, die noch vom britischen Erziehungssystem stammt und nach der der Heimleiter den Aufseher tritt, der wiederum die älteren Schüler die schließlich die jüngeren . . .
Aber auch über die Hausarbeit, wie Wasserholen, Abwaschen oder Getreidemahlen wurde geklagt: „Wir kommen nicht genug zum Lernen wegen der Hausarbeit." Erst die Frage nach den Berufsvorstellungen machte uns diese Klagen voll verständlich. Alle Heimzöglinge, vom Jüngsten bis zum Ältesten wollten in die Stadt und einmal akademische Schreibtischberufe ergreifen. Zurück ins Dorf wollte kein einziger. Aus den Söhnen armer Bauern und Landarbeiter waren in wenigen Jahren Wunschakademiker geworden, denen körperliche Arbeit – und sei es nur Wasserholen oder Hof fegen – nicht mehr zumutbar erschien. Wir bekamen den ersten Eindruck von der für uns fast unvorstellbaren Kluft zwischen Kopf- und Handarbeit in Indien.

Patenschaften nähren die Illusion vom besseren Leben

Die Kinder der Reichen erhalten schon im Vorschulalter Nachhilfeunterricht durch einen ehemaligen Lehrer. Dieser Unterricht wird auch von den Lehrern als Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch angesehen. Da er jedoch nicht billig ist (und auch während des Schulbesuchs weitergeführt werden muß), können ihn sich die Armen nicht leisten. Schon mit 5 Jahren ernährt sich ein armes Kind in Indien selbst – durch kleine Jobs wie Viehhüten, Dungsammeln, Getreidetrocknen etc. Ab 7 Jahren erarbeitet es bereits einen Netto-Überschuß und verbessert das Einkommen der Familie. Auch wenn für die Kinder der armen Schichten der Unterricht kostenlos ist, so entgeht den Eltern doch ein Teil ihres Einkommens, wenn sie die Kinder zur Schule schicken. Und da die Einkommen der Armen weit unter dem Existenzminimum liegen, kann auch der Verdienst eines Siebenjährigen eine Frage des Überlebens sein.
Neben der Armut spielt auch das indische Schulsystem selbst eine wichtige Rolle beim Rückgang des Schulbesuchs. Dieses Schulsystem ist im Grunde europäisch, von der englischen Kolonialmacht übernommen. Lehrinhalte und Lehrmethoden sind formalakademisch und an den Bedürfnissen der Stadt orientiert. Die Erfahrungen und Bedürfnisse des indischen Dorfes, wo immerhin über 80 % der Bevölkerung wohnen und arbeiten, finden in den Lehrplänen kaum Niederschlag. Wer durch dieses Schulsystem geht, wird ebenfalls auf die Stadt hin ausgerichtet. Bildung heißt in Indien – wie in vielen anderen Entwicklungsländern – immer noch Vorbereitung auf ein Leben in der Stadt. Und je höher die Bildung, desto weiter entfernt sich der Gebildete von der körperlichen Arbeit, vom Land, von seiner eigenen Kultur.
Doch die Schreibtischberufe sind beschränkt und den Kindern der Ober- und Mittelschichten vorbehalten. Landkinder, die mit Ach und Krach die Grund- oder Mittelschule



Schon mit 5 Jahren ernährt sich ein armes Kind in Indien selbst durch seinen Beitrag zum Einkommen der Familie *Foto: Schröder*

absolviert haben, sind bei der Städtischen Arbeitssuche ohne Chance, vor allem, wenn sie aus armen, d.h. Familien ohne Beziehungen, kommen. Auch aus dieser Erfahrung heraus sind immer weniger Arme bereit, ihre Kinder auf solche Schulen zu schicken.
Hier nun bieten die Patenschaftsprogramme eine – illusionäre Alternative: Die neuen weißen, europäischen „Eltern" (die Pateneltern werden offiziell mit „Daddy" oder „Mummy" angeredet) sind für die Kinder und ihre Eltern mehr als nur wohltätige Spender. Der Europäer, der sich so persönlich um sein Patenkind kümmert, was könnte er anderes sein als der Garant des persönlichen Aufstiegs seines Patenkinds?

da die Hoffnung auf ein besseres Leben doch stärker ist als die Bedenken gegenüber der Heimatmosphäre. „Wir nehmen sie so früh wie möglich, dann passen sie sich leichter an", sagte uns eine Heimleiterin erklärend. Es kann nach Aussagen von Kennern der Heime in Indien keinen Zweifel geben, daß auch und gerade in einem Entwicklungsland mit seinen intakten ländlichen Großfamilien die Heimerziehung mit schwerwiegenden psychischen und sozialen Schädigungen für das betroffene Kind verbunden ist. Was sie im Heim erlebt haben, erzählen uns ehemalige Heimkinder aus dem Dorf Panigiri mit einer plastischen Deutlichkeit, als sei es gerade gestern und nicht schon vor einigen Jahren geschehen:



Statt der Geborgenheit der indischen Großfamilie die autoritäre und reglementierte Welt des Heimes

So vertrauen viele Eltern den Versprechungen der Dorfpfarrer, die – sobald die eigenen Kinder mit Pateneltern der Kindernothilfe versorgt sind – vor allem die intelligentesten Kinder der Armen für die Schülerheime anwerben.
Den Heimen angeschlossen sind Schulen, die nach den Bestimmungen der staatlichen Schulbehörde geleitet werden. Die Gehälter der Lehrer bezahlt ebenfalls der Staat. Die ausgiebigen Gebetsstunden finden deshalb vor und nach dem gezwungenermaßen säkularen Unterricht statt. Die Qualifikation der Schüler ist auch im Heim kaum höher als in der Dorfschule. Das kann an vielerlei Faktoren liegen. Einmal verkraften die Kinder nur sehr schwer den Wechsel von der intakten indischen Großfamilie in die autoritäre und total reglementierte Welt der Heime. Nestwärme und liebevolle Bezugspersonen kennt ein Heim mit oft 80 Kindern auf 2 Erzieher nicht. Vor allem die Jüngeren laufen häufig weg, werden von ihren Eltern aber in der Regel zurückgebracht,

„Wir werden sehr ungerecht behandelt. Kommt Geld, bekommen wir einen kleinen Betrag und müssen Quittungen für einen höheren Betrag unterschreiben. Alles ist sehr ungerecht. Wenn wir protestieren, drohen sie uns mit Rausschmiß. ‚Alle diese Einrichtungen habt ihr uns zu verdanken', sagen sie. Sie schlagen uns auch. Wenn Geld für Kleider kommt, kaufen sie, was immer sie wollen und zwingen uns, eine Erklärung zu unterschreiben, daß wir die Kleider ausgesucht und gekauft hätten. Sie machen, was sie wollen – wir haben nichts zu sagen.
Wir haben nur in der Hoffnung gelebt, daß wir es ja eines Tages viel besser haben würden. Unsere Eltern hatten ebenfalls große Hoffnungen, daß wir eines Tages die 10. Klasse schaffen und der Familie Reichtum bringen würden. Wenn deshalb von der Kindernothilfe 100 Rupien für uns kamen und wir nur 50 bekamen, aber eine Quittung für 100 unterschreiben mußten, dann haben wir eben unterschrieben.
Wenn Briefe kamen, daß wir uns Kleider aussuchen könn-

ten, dann wurden uns die nur vorgelesen und die Kleider suchten die Heimleiter selber aus. Wir haben nie protestiert, nie ein Wort gesagt, aus Angst, sie würden uns hinauswerfen oder verprügeln. Deswegen haben wir alles hingenommen. Wir hatten das Gefühl, dies bei eben unser Schicksal, und einen anderen Weg gibt es nicht. So ging das, bis wir in der 10. Klasse durchfielen. Dann hieß es: „Jetzt, wo Ihr durch die Prüfung gefallen seid, ist auch die Unterstützung der Pateneltern zu Ende, Ihr könnt gehen. Mit diesen Worten wurden wir weggeschickt."

Die Patenschaft entfremdet von der sozialen Wirklichkeit

Mit der Beendigung der Schule – und damit verbunden dem Ende der Patenschaftsunterstützung – beginnen erst die wirklichen Probleme (s. dazu den Artikel „Fallstudie – Patenkind und Heimatdorf"). Denn Arbeitsplätze für die Schulabgänger aus den Dörfern gibt es nicht – weder im Dorf noch in der Stadt. Ein ehemaliges Patenkind:
„Als wir Arbeit suchen wollten, gab es ein neues Problem: Die Arbeitgeber sagten sarkastisch: ‚Was für eine Arbeit könnt Ihr überhaupt tun? Ihr seid zu nichts nütze, wir wollen euch nicht'."
Das bestätigen auch die indischen Kritiker der Patenschaftsprogramme. Einer von ihnen ist Bischof Poulose Mar Poulose von der syrisch-orthodoxen Kirche in Kerala (Südindien). Er führte uns durch ein kleines Dorf in Kerala, einem der reichsten Bundesstaaten Indiens. Trotz der niedrigsten Analphabetenrate ganz Indiens, trotz des großen Agrarreichtums dieser Gegend, die keine Wasserprobleme kennt und in deren tropischem Klima Tee, Bananen, Reis, Zukkerrohr, Gummi und Südfrüchte gedeihen wie sonst nirgends in Indien – trotz all diesem Reichtum waren die Hütten der Landarbeiter hier noch ärmlicher als im kargen Andhra Pradesh. Für uns ein Beweis, daß Bildung und Reichtum des Bodens – aber auch Mechanisierung der Landwirtschaft durch die „Grüne Revolution" noch lange nicht die Armut beseitigt.
Bischof Poulose: „Es gibt alle möglichen Revolutionen hier", sagt er uns, „aber die Armen haben nichts davon. Die Reichen werden nur reicher und die Armen ärmer." Bischof Poulose hat viele Schülerheime in Kerala besucht und sein Urteil ist vernichtend:

„Ich glaube nicht, daß die Kinder aus ganz uneigennützigen Motiven von ihren Eltern weg und in Heime gebracht werden. Ich habe sogar das starke Gefühl, daß in vielen Heimen große Korruption herrscht. Viele der Heime sind heute profitorientierte Institutionen, die weder für die Wohlfahrt noch dür die Entwicklung der Gesellschaft arbeiten.
Viele Schüler, die in diese Heime kommen, verlieren ihre schöpferischen Fähigkeiten. Sie werden zu Automaten oder einfach zu Gegenständen in den Heimen. Sie folgen gewissen Vorschriften und Regeln und nur, wenn sie all den „Tu das" oder „Tu das nicht" folgen, hält man sie für gut. Wer etwas Kreativität besitzt, wer etwas Initiative ergreift oder etwas aus Interesse heraus tut, der wird kritisiert, der verhält sich nicht richtig ... Allzu oft haben solche karitativen Werke nur den Zweck einer sozialen Betäubung."
Die indische Ärztin Dr. Lydia leitet in Panigiri die kleine (christliche) Gesundheitsstation. Als überzeugte Christin wurde sie zu einer der schärfsten Kritikerinnen der Patenschaften:
„Unser Erziehungssystem in den Heimen ist vollkommen westlich. Unsere westliche Erziehung zielt nur auf Schreibtischjobs und ähnliche Berufe ab. Alle möchten einen Bleistift und ein Stück Papier halten und an einem Schreibtisch sitzen. Viele haben Schwierigkeiten mit körperlicher Arbeit, denn ihre Erziehung hat ihnen dafür keinen Sinn vermittelt ... In den Heimen herrscht strikte Disziplin. Ich habe nichts gegen Disziplin, aber diese militärische Art des Gottesdienstes – jeden Morgen in aller Frühe – jeden Tag in der Woche und egal ob das Kind es mag oder nicht – vorwärts, marsch und hinsetzen und den Predigern zuhören! ... Bis sie die Schule verlassen, langweilt sie die Religion und sie verlieren jedes Vertrauen in sie. Diese jungen Leute werden die größten Unruhestifter ... Das sind die Leute, die mit dem Messer umherrennen und sogar Feuer legen. Für Arbeit haben sie keinen Respekt. Kürzlich kam einer der Kindernothilfe-Zöglinge zu mir – ich weiß nicht, was für einen Konflikt er hatte – er war total betrunken und drohte mir, mich zu erstechen ... Ich war entsetzt und überrascht. Das ist der Typ von Jugendlichen, die aus unseren Heimen kommen! Dieser junge Mann konnte nach der Mittelschule keine Arbeit finden. Er ging in die Stadt und versuchte sich als Wagenwäscher für Taxis.Er suchte einen Job und konnte keinen finden. Er war sehr unglücklich dort ..."

Besondere Schwierigkeiten für Mädchen

Nicht alle Patenkinder sind Jungen. Allerdings sind die Mädchen inderMinderheit. Das Vorurteil gegen Schulbildung der Mädchen ist in Indien sehr alt und sitzt tief. Früher heiß es, ein Mädchen mit Schulbildung werde bald Witwe ... Das Berufsziel der Kindernothilfe-Mädchen ist in meisten Fällen Krankenschwester. Vor allem der staatliche Abschluß wird angestrebt, denn er ermöglicht zumindest theoretisch die Auswanderung zu den gutbezahlten Jobs in Amerika und Europa. Doch nur ganz selten schaffen die Kindernothilfe-Schülerinnen diesen Abschluß. Sie werden nach nicht bestandener Prüfung vor allem an die Krankhäuser der Kirchen vermittelt, angeblich, um die Ausbildung zu erweitern, in Wirklichkeit aber um die Krankenhäuser mit billigen Arbeitskräften zu versorgen.
Andere Mädchen lernen Nähen, Sticken, die Herstellung von Puppen für den Export. Manchmal stiften die Pateneltern sogar eine Nähmaschine, die jedoch oft nicht lange zum Einsatz kommt. Zurück im Dorf nämlich ist weder genug Platz noch genug Licht in der Hütte, um die Nähmaschine aufzustellen. Vor der Hütte zu arbeiten, das erlaubt das patriarchalische Familiensystem den Mädchen nicht. Also bezahlt die Kindernothilfe in einigen Fällen sogar den Dorfschneider, damit er einige Mädchen bei sich nähen läßt.
Grundsätzlich werden die Kindernothilfe-Mädchen im Dorf nicht gern geheiratet, denn sie können ebenfalls wie die Jungen nicht mehr körperlich arbeiten. Feldarbeit und Kuliarbeit ist in Indien aber mindestens ebenso Frauenarbeit wie Männerarbeit. Außerdem spielt der Brautpreis, die Mitgift, noch eine sehr große Rolle. Die Eltern des Mädchens müssen für die Verheiratung den Eltern des Bräutigams nicht unbedeutende Beträge bezahlen. Ist das Mädchen gebildet, erhöht sich dieser Preis und die Eltern können ihn nur unter großen Anstrengungen aufbringen, vor allem dann, wenn die Tochter keine Arbeit gefunden hat.

Die ‚Church of South India' als Nutznießer der Kindernothilfe

Die Heimkinder entwickeln, was eine Heimleiterin die „Kindernothilfe-Mentalität" nannte. Mit dem europäischen Paten im Hintergrund erwarten sie, daß ihr Fortkommen garantiert ist. Was sie an Initiative, Selbstvertrauen und Eigenständigkeit mit ins Heim bringen, wird ihnen alsbald ausgetrieben. Heimleiter, die versuchen, dem durch Veränderungen im Heimbetrieb entgegenzuwirken, stoßen auf den Widerstand einer mächtigen Bürokratie, die keine Flexibilität

zuläßt. Eine Heimleiterin z.B. wollte mit ihren Heimschülern das heimeigene Land bewirtschaften und durch eine kleine landwirtschaftliche Produktion die Ernährungsbasis des Heims verbessern und es unabhängiger von der Hilfe aus Deutschland machen. Das Projekt scheiterte, weil es nicht in allen Punkten den Kindernothilfe-Regeln entsprechen konnte. Die meisten Heimleiter, die solche Probleme sehen, resignieren. Denn auch sie sind froh, eine bezahlte Stelle zu haben, die wiederum vom Wohlwollen ihres örtlichen Bischofs abhängig ist. Denn die „Church of South India", der Hauptpartner und Hauptnutznießer der Kindernothilfe in Indien – ist eine straff hierarchisch aufgebaute Organisation, in der allein die Bischöfe das Sagen haben. Kritik am Heimprogramm wagen die Heimleiter auf Versammlungen des Rats für Kinderhilfe in Bangalore (wo meist auch Vertreter der Kindernothilfe anwesend sind) kaum mehr zu äußern. Auch die vielen Korruptionsfälle kommen hier kaum zur Sprache. Dabei sollte der Kindernothilfe gerade auch an diesem Thema gelegen sein. Korruption findet nach unseren Erfahrungen auf hauptsächlich zwei Ebenen statt: einmal auf der Ebene der Heime, wo Erzieher und Heimleiter gelegentlich kleinere Beträge in ihre Taschen leiten. Mit erzwungenen Unterschriften der Kinder für nicht oder nur teilweise erhaltene Geldgeschenke etwa, oder Abzweigungen aus so unkontrollierbarn Töpfen wie dem „Freudenfond"(Joy-Fund), aus dem Spiele und Ausflüge finanziert werden sollen, lassen sich kleinere Veruntreuungen auch durch die staatlichen Rechnungsprüfer, die jährlich die Bücher durchgehen, nicht feststellen. Schlimmer wird es schon bei den schon institutionalisierten „Abschöpfungen". Davon munkeln die Heimleiter nur hinter vorgehaltener Hand. So soll die Church of South India einen in den Ruhestand gehenden Bischof ein Abschiedsgeschenk von 40.000 Rupien (immerhin der Gegenwert eines komfortablen Hauses) gemacht haben. Diese Summe wurde nach unserer Quelle dadurch aufgebracht, daß jedes Heim der Kindernothilfe aufgefordert wurde, 500 Rupien zu spenden. In der Duisburger Zentrale wußte man natürlich nichts davon.
Böse Zungen behaupten gar, die Church of South India könne morgen zumachen, wenn die Kindernothilfe keine Heimpatenschaften mehr bezahlen würde. Solche Anschuldigungen sind schwer überprüfbar, doch sie stützen sich auf so viele – z.T. mit dem Programm direkt befaßte – Quellen, daß sie nicht einfach ins Reich der Phantasie verwiesen werden können. Auch der langjährige persönliche Sekretär des Direktors des Rats für Kinderhilfe bestätigte uns, daß viele Korruptionsklagen bei der Zentrale in Bangalore, wo er arbeitete, einliefen. Er war im übrigen einer der wenigen, die Konsequenzen zogen: er kündigte und schloß sich einem Dorf-Entwicklungsprogramm an. „Die Institutionen wachsen, aber nicht die Kinder", war sein Urteil über seinen alten Arbeitergeber.

Zensierter Kontakt zwischen Patenkindern und Pateneltern

Wie kommt es, daß die Pateneltern in der Bundesrepublik nichts von alledem erfahren? Wie schon gesagt, werden alle Briefe aus dem Heim vom Heimleiter zensiert. In vielen Fällen schreiben die Erzieher die Briefe gleich selber oder diktieren sie. Auch wurden uns Fälle berichtet, wo größere Heime professionelle Briefschreiber anstellen, die in Fließbandarbeit die „persönlichen Brücken zu den Pateneltern" (Kindernothilfe) schlagen. Die Kindernothilfe warnt zwar in einem Merkblatt die Pateneltern vor der Gleichförmigkeit der Briefe, schreibt dies aber gleichzeitig der Ungeübtheit der Kinder zu. Was den Eltern nicht gesagt wird, ist z.B. daß jeder Heimleiter ein Handbuch erhält, in dem mehrere Musterbriefe abgedruckt sind. Einer davon lautet etwa:

„Meine lieben und liebevollen Pateneltern,
Ich bin sehr glücklich, Euch dieses Jahr zu Beginn des Schuljahres wieder zu schreiben. Dank der Gnade Gottes und Eurer täglichen Gebete bin ich bei guter Gesundheit. Ich hoffe dasselbe von Euch zu hören. Nach den Sommerferien bin ich ins Heim zurückgekommen und setze mein Studium fort. Hier hat das Schuljahr am 4. Juli angefangen. Ich bin sehr glücklich, Euch mitteilen zu können, daß ich die 9. Klasse geschafft habe. Während der Ferien habe ich meinen Eltern bei der täglichen Arbeit geholfen. Abends habe ich meinen jüngeren Geschwistern einige Choräle und Lieder beigebracht, die ich im Heim gelernt habe. Ich verbringe alle meine Ferien mit meinen Eltern.
Zum Schluß möchte ich Euch bitten, für unser Land zu beten. Ich bete auch für Euch. Ich danke Euch nochmals für all Eure liebe Hilfe. Meine Gebete sind immer mit Euch. Ich schließe diesen Brief mit meiner tiefen, von Herzen kommenden Dankbarkeit Euch gegenüber.
In Erwartung Eurer Antwort Euer liebendes Kind . . ."
Was an dem meisten Briefen auffällt, ist das schon peinlich penetrante christliche Pathos und die immer wiederkehrenden Dankbarkeitsphrasen. Es wäre allzu einfach, dafür allein die Gebräuche der indischen Christen verantwortlich zu machen. Vielmehr zeigen sich hier die Auswirkungen eines paternalistisch-kolonialistischen Abhängigkeitsverhältnisses, das die Beziehungen zwischen den indischen Kirchen und ihren reichen „Vätern" aus Europa prägt. Auch das Verhältnis zwischen Pateneltern und Patenkindern wird durch solche Strukturen bestimmt. Es wäre der Kindernothilfe sicher ein leichtes, diese Strukturen zumindest in Frage zu stellen, wenn nicht zu verändern. Das aber hieße, das ganze Programm vom Ansatz her zu überprüfen, die Pateneltern aufzuklären und auch die Idee der persönlichen Patenschaft zu hinterfragen. Dazu aber scheint die Kindernothilfe nicht bereit.

Das Heimsystem als Scheinlösung sozialer Probleme

Die Kritik aus den kirchlichen Reihen und wohl auch das wachsende Problem der arbeitslosen Heimabsolventen hat die Kindernothilfe immerhin bewegt, einen Sozialpsychologen, den Regensburger Professor Alexander Thomas, mit einer Studie über das indische Heimprogramm zu beauftragen. Schon die Wahl dieses Wissenschaftlers, der fünf Jahre lang als beratender Psychologe in einem SOS-Kinderdorf gearbeitet hatte, ließ erkennen, daß die Kindernothilfe ihr Programm höchstens reformieren, nicht aber grundsätzlich in Frage stellen wollte.Trotz seiner Grundannahme, Heimerziehung sei zwar immer eine Notlösung, aber dann notwendig, wenn die „Familie in ihrer Erziehungsaufgabe dem Kind gegenüber versagt", machte sich der Professor wenig Gedanken darüber, ob denn Armut allein schon bedeutet, daß die Familie ihre Erziehungsaufgabe nicht erfüllen kann, d.h. ob sich die Heimerziehung, von der ja zum allergrößten Teil Kinder aus armen, aber durchaus intakten Familien betroffen sind, überhaupt als „notwendig" rechtfertigen läßt.

Stattdessen beschränkt sich die Studie auf Ratschläge zur Verbesserung der Heimerziehung, vor allem durch bessere Qualifizierung der Erzieher und ein verbessertes Zahlenverhältnis Erzieher – Zöglinge. Bei der Untersuchung der Heime kam Prof. Thomas zu ähnlichen Ergebnissen wie unsere viel eingeschränkteren Stichproben. Allerdings zieht er ganz andere Schlußfolgerungen: Aus dem Problem der Arbeitslosigkeit z.B. folgert Prof. Thomas, man müsse die Kinder eben in Zukunft für selbständige Berufe ausbilden.

Man solle versuchen, schon während des Heimaufenthaltes eine sogenannte „Unternehmermentalität" zu entwickeln, denn diese „zeichnet sich aus durch Risikobereitschaft, Investitionsbereitschaft, Aktivität und Dynamik und Streben nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse mit dem Ziel der Gewinnsteigerung und Verantwortungsbereitschaft gegenüber den Mitarbeitern und dem investierten Kapital . . . Eine christliche Institution ist vielleicht besser als jede andere geeignet, eine solche Unternehmermentalität zu fördern, da sie von ihren christlichen Wertvorstellungen aus in der Lage ist, den Gedanken der Verantwortung gegenüber den Mitmenschen zu fördern und so das Entstehen einer Ausbeutermentalität verhindern kann . . "

Angesichts der Realität des indischen Dorfes und dem sozialen Hintergrund der Patenkinder, vor allem aber angesichts der europäischen Kolonial- und Wirtschaftsgeschichte, die sich ja nicht zuletzt im Namen des christlichen Unternehmertums vollzog, klingen solche Ratschläge wie eine sarkastische Satire.

Die Kindernothilfe steht vor einer unbequemen Alternative: Will sie wirklich den „Ärmsten der Armen helfen, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen" (KNH-Direktor Pfarrer Kosack), dann muß sie das Heimprogramm aufgeben und Dorfentwicklung betreiben. Dann aber riskiert sie, ihre anders motivierten Spender zu verlieren.

Ein Heimprogramm hat erfahrungsgemäß nur dann Erfolg, wenn es sich an eine Elite richtet und diese ausbildet. Anstatt 100 arme Dorfkinder in ein Heim zu stecken, könnte man 20 Kinder von Pastoren dort mit dem gleichen personellen und finanziellen Aufwand wahrscheinlich erfolgreich auf eine höhere Laufbahn innerhalb der Kirchen vorbereiten. Tatsächlich gibt es Überlegungen in dieser Richtung. Nur wäre dann kaum die Werbung mit der „Hilfe für die Ärmsten der Armen" aufrechtzuerhalten.



Armut läßt sich nicht durch die Illusion individuellen Aufstiegs beseitigen

Die Frage ist, inwieweit die Kindernothilfe durch die Konditionierung ihrer Spender und durch den Aufbau institutioneller Strukturen schon so an diese Strukturen gebunden ist, daß sie sich nur bei Strafe des eigenen Untergangs davon lösen kann. Anders als andere Hilfsorganisationen hat sich die Kindernothilfe von Anfang an mit Haut und Haar der persönlichen Patenschaft in Verbindung mit Heimerziehung verschrieben. Daran ändern auch kosmetische Operationen nichts, mit denen z.B. kombinierte Schul- und Ausbildungsheime in „New Life Centres" umgetauft werden. Die Antwort der Kindernothilfe auf die Nöte der Kinder in der Dritten Welt lautet bislang immer und an jedem Ort: Heim. Die Organisation unterhält Waisenheime, Kinderheime, Schülerheime, Berufsbildungsheime, Wohnheime, Behindertenheime und nun auch Tagesheime in 29 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Heime sind nach wie vor die einfachste Methode, schnell und effektiv Kinder für die in langen Wartelisten registrierten Pateneltern aufzutreiben. Dorfentwicklungsprogramme dauern länger, erfordern mehr und geschultes Personal und nicht zuletzt hohe persönliche Motivation. Wir haben in den Heimen, die wir besuchten, nur ganz wenige Erzieher oder Heimleiter getroffen, die über den bezahlten Job hinaus motiviert schienen. Allerdings scheint sich auch in Duisburg kaum jemand Gedanken, die über das Wohlergehen der Institution Kindernothilfe hinausgehen, zu machen. So hielt es in den 20 Jahren des Wirkens noch niemand für notwendig, einmal eine Studie oder Statistik zu erarbeiten, um den Erfolg der Heimerziehung zu überprüfen. Auf die Probleme der Arbeitslosigkeit und Entwurzelung der Heimabsolventen angesprochen, wird in Duisburg lapidar darauf verwiesen, 1000 negativen Fällen könne man ebensogut 1000 positive gegenüberstellen. Als Beweis wird dem Zweifelnden dann der überschwengliche Dankesbrief eines früheren Patenkinds erreicht, der es heute bis zum Mathematiklektor gebracht hat. Nur wer genauer hinsieht, entdeckt, daß dieser Marcus Diepen, der aus Dankbarkeit zum christlichen Glauben konvertierte und den Familiennamen seiner deutschen Paten-„Mutter" annahm, Voraussetzungen mitbrachte, die ihn deutlich von den „Ärmsten der Armen" abheben: Marcus Diepen kommt aus einer Großgrundbesitzerfamilie . . .

Bedrohung der Familienstruktur

Die Eltern der Patenkinder sind die vielleicht eindrucksvollsten aber auch oft am meisten geschädigten Kritiker der Patenschaftsprogramme. Sie hatten ihre ganzen Hoffnungen auf baldige Erlösung aus Armut und Hunger in ihre Heimkinder gelegt. Man kann sich hierzulande kaum vorstellen, was es für eine arme indische Landarbeiterfamilie bedeutet, plötzlich einen Arzt in der Familie zu haben. Die Kluft zwischen Stadt und Land, Handarbeiter und Kopfarbeiter, ist so gewaltig, daß ein Verwandter, der es zum Arzt oder Ingenieur gebracht hat, Sicherheit und Wohlstand für seine ganze Großfamilie bedeutet. „Wenn nur einer in der Familie eine Schulbildung bekommt, kann er ein besseres Leben führen und allen anderen helfen. Mit dieser Hoffnung habe ich meinen Jungen ins Heim geschickt" – so ein Vater eines ehemaligen Heimkinds. Heute muß er einen gescheiterten, entwurzelten Jugendlichen durchfüttern:

„Was kann er schon tun? Er wohnt eben bei mir. Wenn er irgendwann einmal körperlich gearbeitet hätte, könnte er es jetzt tun. Aber es ist nicht daran gewöhnt – was soll er also tun? Wenn er versucht, mit einer Axt oder einer Sichel zu arbeiten, verletzt er sich nur. Wir lassen ihn eben tun, was immer er kann, und finden uns mit dem Wenigen ab, das er tut."

Die Eltern riskieren ihren letzten Pfennig für ihre Heimkinder. Denn auch ein von der Kindernothilfe unterstütztes Heimkind ist teurer: Da es in der Vorstellung der Eltern (und bald auch der eigenen) schon einer höheren Schicht angehört, muß es auch entsprechend gekleidet und ernährt werden. Schicke ausgestellte Hosen und gemusterte Hemden nach der letzten Mode gelten in Indien als Statussymbole der Gebildeten und gehören ebenso zur Grundausstattung der Heimkinder wie gepflegte Hände, die möglichst keine Spuren von Handarbeit aufweisen sollten. Kommen die Heimkinder zu Besuch nach Hause, genießen sie eine Sonderbehandlung. Einige Mütter berichten:

„Wegen der Heimansprüche geben wir den Heimkindern



Foto: M. Kunz
"Wir nehmen sie so früh wie möglich, dann passen sie sich leichter an."

besseres Essen, wenn sie zu Besuch kommen, als ihren Geschwistern. Sie bleiben vier oder fünf Tage und gehen dann ins Heim zurück. Wir behandeln sie als Gäste. Wir hungern lieber selbst und geben ihnen eine Vorzugsbehandlung. Wir ernähren sie gut, wir umarmen sie und überschütten sie mit Zuneigung. Wir hoffen, daß sie eines Tages für uns sorgen werden. Jetzt sind sie in der Klemme und wir auch."
Als die Söhne nach Schulabschluß keine Jobs fanden, aber immer mehr Geld für die Aufrechterhaltung ihres höheren Lebensstandards und für die teure Arbeitssuche in der Stadt brauchten, verkauften die Eltern zuerst die goldenen Armreifen, die Sparbücher der Armen. Dann ein Stück Land, dann noch eines, bis sie auch kein Land mehr hatten. Aber wozu auch Land, wenn in Kürze ein Schreibtischberuf winkt? Ein Staatsangestellter bringt auf jeden Fall mehr Einkommen als das kleine Stück unbewässerten Landes, das ein armer Bauer vielleicht besitzt. Wenn kein Land mehr da ist, bleibt nur noch der Geldverleiher, aus dessen Klauen es dann kaum ein Entrissen gibt. Auch wir waren zuerst verdutzt, als uns mehrere ehemalige Heimkinder auf die Frage, ob sie Waisen seien, antworteten, sie seien es erst nach dem Heimaufenthalt geworden. Warum? Entweder sei der Vater oder die Mutter an „Armut" gestorben (sprich: verhungert) oder aber an „gebrochenem Herzen". Erst nach mehrmaligem, zweifelndem Nachfragen ergab sich folgendes Muster: Die Eltern hatten sich mit ihrer ganzen existenziellen Hoffnung an die bessere Zukunft ihrer Heimkinder geklammert. Als nichts daraus wurde, zerbrachen sie.
Die Heimkinder, aber auch ihre Eltern, Verwandten und die übrigen Dorfbewohner sehen in ihrem Scheitern nicht das Versagen eines untauglichen Systems der Hilfe, sondern persönliches Versagen der Betroffenen.

Patenschaftsprogramme fördern die Unterentwicklung und Armut
Indische und deutsche Entwicklungsarbeiter haben ihre Kritik an den Patenschaftsprogrammen in 12 Punkten zusammengefaßt, der sich auch die Kindernothilfe stellen sollte:
„1. Die Programme richten sich ausschließlich an Individuen, die auf der Basis der Armut, häufig jedoch auch nach Religion und Beziehungen ausgewählt werden. Die Auswahl wird als Privileg propagiert und somit bereits von Anfang an ein Gefühl der Überlegenheit in den Kindern und hohe Erwartungen bei den Eltern etabliert.
2. Die Programme basieren auf dem Prinzip institutioneller Dienstleistungen. Im Mittelpunkt steht die Institution, das Heim, und die Menschen müssen sich dieser Institution unterwerfen. Nach dieser Struktur dienen die Menschen der Institution, nicht die Institution den Menschen. Die Institution ist vorgegeben, die Menschen müssen sich ihr anpassen.
3. Die Schulausbildung ist formal-akademisch. Obwohl dies auch für die meisten Regierungsschulen zutrifft, wird die entfremdende Wirkung dieser akademischen Erziehung durch die Isolation von traditionellen Werten und nicht-akademischen Erfahrungen in den Heimen um ein Vielfaches verstärkt.
4. Die Ordnung und die pädagogischen Richtlinin in den Heimen fördern individuelles Konkurrenzdenken, Egozentrismus, unkooperattives Verhalten, Abhängigkeit, Unehrlichkeit, blinden Gehorsam und einen falschen Individualismus in den Kindern. Die Hackordnung – Heimleiter tritt Aufseher, Aufseher tritt die älteren Kinder, diese wiederum die Jüngeren – fördert totalitäre Führungsmethoden und Radfahrermentalität.
5. Die Heimatatmosphäre ist allzuoft geprägt von paramilitärischer Disziplin, Prügelstrafen, offener Korruption und

blätter des iz3w

Register der Nummern 59 - 75

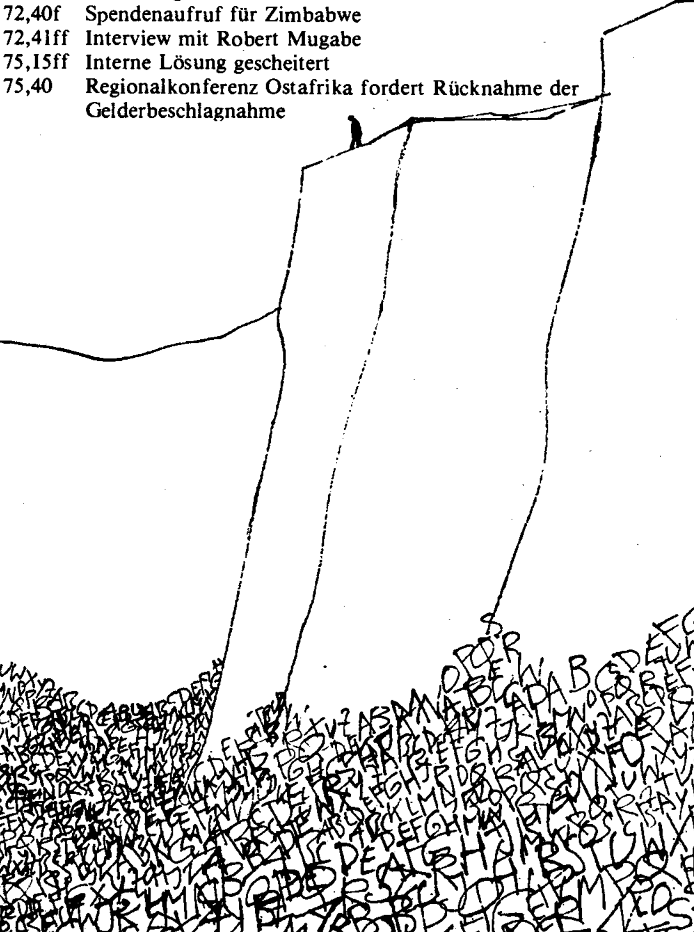
Februar 1977 - Februar 1979

Innerhalb der beiden Registerteile sind die Stichwörter jeweils alphabetisch geordnet (ä = ae, ü = ue). Die Stichwörter des ersten Teils sind Eigennamen von Ländern, Institutionen, Firmen, Personen, usw. (Namensregister), die Stichwörter des zweiten Teils sind Sachbegriffe (Sachregister). In der Regel erscheint eine wichtige Textstelle unter mehreren Stichwörtern.
Die Ziffer vor dem Komma gibt die Nummer des Heftes, die hinter dem Komma die Seite an. Ein "k" deutet auf eine bemerkenswerte Kürze der Textstelle hin, ein "(Th)" dagegen auf eine Behandlung als Themenschwerpunkt eines ganzen Heftes.

NAMENSREGISTER



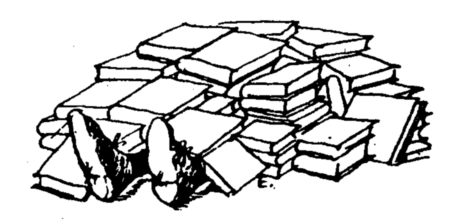




SACHREGISTER

Entwicklungshilfe, Entwicklungspolitik

Erziehungswesen



Erwachsenenbildung

Exportproduktion

Familienplanung

Filme

Fiskalabgaben

Flüchtlinge

Frauen

Fremdenverkehr

Gesundheitswesen

Gewerkschaften

Ideologiekritik

Indianer

Industrialisierung

Kapitalfluß

Kirche



Rezensionen

Rohstoffe

Rüstungsgeschäft

Russell - Tribunal

Sozialistische Gesellschaft

Strukturdaten

Technologie

"Terms of Trade"

Traditionelle Gesellschaften

Ujamaa

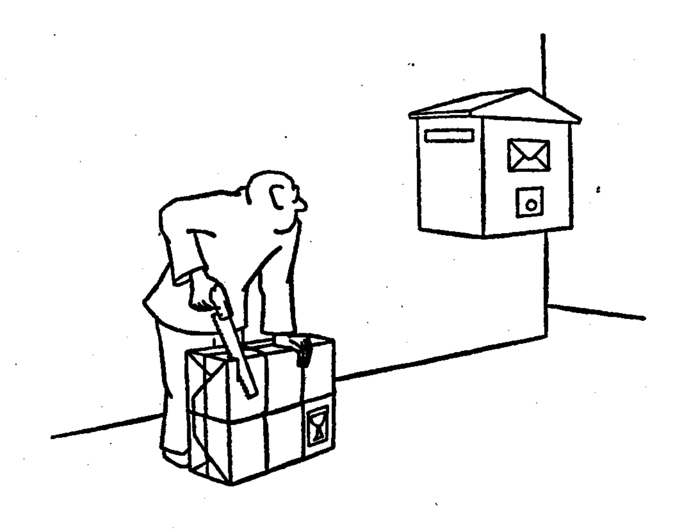
Unabhängigkeitsbewegungen

Weltwirtschaftsordnung

Weltmarkt

Wohnung

Zensur





Sonder-drucke

Die „blätter des informationszentrums dritte welt"

- berichten über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- geben Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

Die THEMENSCHWERPUNKTE einzelner Nummern sind nun als preiswerte SONDERDRUCKE erhältlich. Diese Sonderdrucke sind vor allen Dingen für finanziell schwache Gruppen, Seminare, Schüler, Studenten ect. gedacht. Die Sonderdrucke können im Unterricht, in Seminaren und in Dritte-Welt-Veranstaltungen Verwendung finden.

Folgende Sonderdrucke der „blätter des iz3w" sind bis jetzt erhältlich:

Folgende Sonderdrucke sind inzwischen erschienen:

Titel		Einzelpreis
• Welthandelskonferenz IV (1976): Veränderungen für die Dritte Welt?		1,00
• VR China: Modell für die Dritte Welt?		1,00
• Frauen in der Dritten Welt (Broschüre)		1,70
• Ägypten: Experimentierfeld für Technologische Großprojekte		0,50
• Landwirtschaft in der Dritten Welt	Teil 1: Hunger aufgrund kapitalistischer Unterwerfung	1,00
	Teil 2: Strategien zur Überwindung des Hungers	1,00
• Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung		1,00
• Argentinien: Unterdrückung und Widerstand – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft		0,50
• Energieversorgung der Dritten Welt		1,00
• Chile-Faschismus im fünften Jahr		0,50

Bitte einsenden an: iz3w, Postfach 53 28, D-7800 Freiburg

 **2. Auflage** 

Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg (Hg.)

ENTWICKLUNGSPOLITIK - HILFE ODER AUSBEUTUNG?

Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe 320 S., mit vielen Schaubildern und Tabellen, DM 10,80

— für mehr als 10 Exemplare 20 % Rabatt

Aus dem Inhalt:

- ★ Zum Begriff von Entwicklung
- ★ Entwicklungspolitik - Kind des Kalten Krieges ?
- ★ Gesundheitshilfe: Westliche Medizin gegen armutsbedingte Krankheiten ?
- ★ Rindfleischproduktion für die Reichen in Lagos
- ★ "Militärhilfe" und Waffenexporte in Spannungsgebiete
- ★ Profitable Textilproduktion - Entwicklungshilfe für den Tschad ?
- ★ Hafenbau - Förderung des Raubbaus in den Wäldern der Elfenbeinküste
- ★ Die Außenhandelspolitik der BRD im Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Zielen
- ★ Entwicklungspolitik der BRD - Politik im Dienste des Kapitals ?
- ★ Alternative Entwicklungspolitik: Kampf um den Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten
- ★ Was können wir in der BRD tun ?
- ★ im Anhang:
  Erfolgsaussichten kapitalistischer Industrialisierung in der Dritten Welt
  Multinationale Konzerne in Entwicklungsländern
  Liste wichtiger Literatur
  Begriffserläuterungen / Sachwortregister

Umseitig bestellen!

Bestellschein

Absender (bitte in Druckschrift)

____

______________________________ ....

(Unterschrift)

____

Ich/wir bestellen hiermit:

Stück	Nr.	Autor/Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
......	1	Hg.: iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Anzania" (Südafrika) Dez. 1977, 32 S.	1,50	....
......	2	Hg.: iz3w und OK Südl. Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976, 52 S.	1,50	....
......	3	Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung, 12 S.	0,60	....
......	4	E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972, 232 S.	4,00	....
......	6	S. Gervasi, Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972, 124 S.	1,00	....
......	7	Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von André Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977, 65 S.	2,00	....
......	8	Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas, 85 S.	0,60	....
......	12	J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung, 58 S.	2,50	....
......	13	iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1978, 41 S.	1,50	....
......	14	iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977, 46 S.	2,00	....
......	15	Plakat „Ordnung muß sein"	1,00	....
......	16	Frances Moore Lappe und Joseph Collins, Zehn Legenden um den Hunger in der Welt - „Food First" Comic, 1977, 94 S.	2,50	....
......	17	Probleme der Dritten Welt — Das Beispiel Guatemala, 8 S.	0,30	....
......	18	iz3w, Entwicklungspolitik, Hilfe oder Ausbeutung? — Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, Oktober 1978, 320 S.	10,80	....
......	19	Bernauer / Freitag, Poder popular in Chile am Beispiel Gesundheit, 1974, 168 S.	6,80	....
......	20	Plakat „Rohstoffe in der Dritten Welt"	1,00	....
....		blätter des iz3w, Nr. ......, Themenschwerpunkt	2,50	....

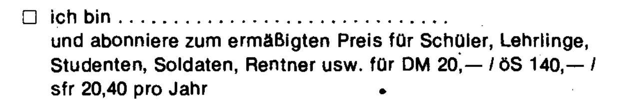
Bei Bestellungen unter 5,00 DM bitte Briefmarken beilegen!
Porto- und Versandkosten (mind. DM 1,—) werden gesondert in Rechnung gestellt.
Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.
Bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!

Abonnierzettel

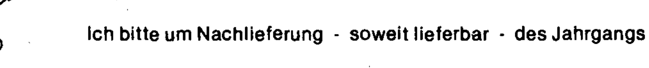
Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres
☐ ab der letzten erschienenen Nummer
☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,- / öS 200,00
sfr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)



☐ ich bin ....
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. für DM 20,— / öS 140,— / sfr 20,40 pro Jahr



Ich bitte um Nachlieferung - soweit lieferbar - des Jahrgangs

☐ 1973 (Nr. 21/22 - 30)	Normalpreis 18,00;	Erm. Preis -
☐ 1974 (Nr. 31 - 40)	Normalpreis 18,00;	Erm. Preis -
☐ 1975 (Nr. 41/42 - 50)	Normalpreis 25,00;	Erm. Preis 18,00
☐ 1976 (Nr. 51 - 58)	Normalpreis 28,00;	Erm. Preis 20,00
☐ 1977 (Nr. 59 - 66)	Normalpreis 28,00;	Erm. Preis 20,00
☐ 1978 (Nr. 67 - 74)	Normalpreis 28,00;	Erm. Preis 20,00

Absender (bitte in Druckschrift)

fortgesetzter Demütigung der Kinder, die immerzu an ihre Unwürdigkeit erinnert werden. Ihr Selbstbewußtsein, ihre Solidarität und Selbstwertgefühl werden zerstört. Gemeinschaftswerte wie gemeinsamer Kampf um Verbesserungen für alle werden ebenso unterdrückt wie Werte der Ehrlichkeit, harter Arbeit und Vertrauen auf die eigene Kraft. Den Kindern wird Verachtung für körperliche Arbeit anerzogen.

6. Die Heimprogramme im Zusammenhang mit den Patenschaftsprogrammen etablieren wahllos westliche Werte und Vorstellungen in den Kindern, ohne Rücksicht auf deren Wert für die Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinschaften und Länder.

7. Der Standard der Heimerziehung genügt meist nicht einmal den akademischen Ansprüchen, und die so in isolierten Umgebung für Schreibtischberufe ausgebildeten Kinder werden in einen völlig übersättigten Arbeitsmarkt geworfen, auf dem sie kaum eine Chance auf Beschäftigung haben.

8. Die Produkte der Heimerziehung sind weder dem städtischen noch dem ländlichen Leben gewachsen. Der Arbeitslosigkeit überlassen, fallen sie den Eltern und der Gesellschaft zur Last und kommen leicht mit dem Gesetz in Konflikt. Psychisch instabil und verunsichert, gehen sie dem Entwicklungsprozeß des Landes verloren, wenn sie nicht durch lange und teure Programme rehabilitiert werden.

9. Die Eltern der Kinder, soweit sie arme Bauern oder landlose Landarbeiter sind, werden durch dies Programme noch mehr verarmt: Um ihre Kinder während, vor allem aber nach dem Heimaufenthalt zu unterstützen und zu ernähren, müssen sie Land verkaufen oder sich verschulden. Manche Eltern hungern lieber mitsamt den anderen Geschwistern, um ihr Heimkind zu unterstützen. Nicht selten stirbt ein Elternteil während oder nach dem Heimaufenthalt eines Kindes, entweder aus Hunger oder aus Enttäuschung darüber, daß das Kund die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Statt Waisen zu helfen, werden so Waisen produziert!



10. Die Heim- und Patenschaftsprogramme tragen so eher zur Unterentwicklung anstatt zur Entwicklung bei, sie fördern Abhängigkeit statt Unabhängigkeit auf individueller, kommunaler und nationaler Ebene.

11. Die Pateneltern werden nicht oder falsch über die wirklichen Zustände in den Heimen, über die wirklichen Bedürfnisse in den Dörfern und Ländern, aus denen ihre Patenkinder kommen, informiert. Indem die Organisatoren dieser Programme die Ursachen der Armut verschweigen oder falsch interpretieren, erzeugen sie bei den Pateneltern die Illusion, sie würden wirklich einem Kind helfen. Der gute Wille der Pateneltern wird somit für meist egoistische Zwecke von Institutionen ausgenutzt. Außerdem werden paternalistische Formen der Wohltätigkeit ermutigt, die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Gebern und Empfängern etablieren.

12. Nachdem so Öffentlichkeit und Pateneltern in den Geberländern falsch informiert werden, während gleichzeitig die Ursachen von Armut und Unterentwicklung weder anerkannt noch angepackt werden, was bleibt? Ein Geschäft riesigen Ausmaßes, das einigen etablierten Interessen in den Geber- wie den Empfängerländern dient. Ein Geberwie den Empfängerländern dient. Ein Geschäft, das auf der Ausbeutung der Armut von Kindern und ihren Familien in der Dritten Welt ebenso beruht wie auf der Ausbeutung der Hilfsbereitschaft von Pateneltern, denen ein schlechtes Gewissen suggeriert wird, um desto leichter an ihre Geldbörse zu kommen."

Diese Kritik kann erst durch Gegenvorschläge produktiv werden. Es geht nicht zuletzt auch darum, den vielen gutwilligen, wenn auch uninformierten und naiven Spendern eine Alternative zu bieten, die nicht nur sinnvollere Helfen gewährleistet, sondern auch den Spender in einen „Entwicklungsprozeß" einbezieht. Dieser Prozeß muß vor allem das „Analphabetentum der Industrieländer" abbauen helfen, das in der Uninformiertheit über die Ursachen von Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt besteht. Das Gute wollen, aber das Böse schaffen – das ist nicht notwendige Tragik menschlichen Wollens, sondern vielmehr mehr oder weniger vermeidbares Produkt menschlichen Unwisens. Hilfe für die Dritte Welt, die sich nur an den einzelnen Menschen richtet, ohne seine soziale, politische, ökonomische, kulturelle und soziale Situation innerhalb seiner Gesellschaft zu sehen, mag zwar in ihrer schlagenden Einfachheit und Direktheit äußerst attraktiv für den Hilfegeber sein, für den Betroffenen kann sie – siehe Patenschaften – mehr Schaden als Nutzen anrichten. Deshalb haben Kritiker der Patenschaften aus den Erfahrungen zumindest indischer Entwicklungshilfe heraus ein Alternativprogramm entwikkelt, das vor allem an den Ursachen der Armut ansetzt und das bereits in mehreren Entwicklungsländern in verschiedenen Varianten erfolgreich praktiziert wird. Ein „Aufruf zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter" (s. Kasten) zirkuliert derzeit in Indien und in der Bundesrepublik und soll helfen, Hilfsorganisationen und Einzelpersonen für die Unterstützung eines Programms zu gewinnen, das „Barfußlehrer" – dörfliche Entwicklungsarbeiter – ausbilden und in den Dörfern, aus denen sie auch rekrutiert werden, stationieren will. Die Patenschaft für einzelne soll dabei ersetzt werden durch die Partnerschaft mit den Armen eines ganzen Dorfes.

Es muß bezweifelt werden, ob sich die Kindernothilfe von ihrer Struktur und auch ihre personellen Zusammensetzung und ihren Partnerorganisationen in der Dritten Welt jer je in eine Richtung, wie sie in dieser Resolution angegeben wird, überhaupt bewegen kann. Andere Organisationen, die früher Patenschaften vermittelten, sind jedoch bereit, dieses Modell zu überdenken oder haben es bereits durch Dorfentwicklungsprogramme ersetzt. „Terre des Hommes", die „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" in Berlin, aber auch „Brot für die Welt" und „Misereor" gehören dazu.

40 Mark im Monat sind viel Geld in der Dritten Welt. Man kann damit eine ganze Familie ruinieren – oder die Selbstbefreiung eines ganzen Dorfes unterstützen.

Peter Krieg

Fallstudie: Patenkind und Heimatdorf

Das Dorf Panigiri

Panigiri ist ein kleines Dorf in Südindien. Dort wohnen 800 Familien, von denen nur zwei Drittel eigenes Land besitzen. Zum Dorf gehören 1150 Hektar kultiviertes Land, wovon ein Viertel ganzjährlich bewässert wird. 6 Dorfbrunnen versorgen die Bewohner mit Trinkwasser.

250 Hektar des besten Bodens gehören fast ausschließlich den Angehörigen der Brahmanenkaste und den katholischen und hinduistischen Reddi-Kasten (insgesamt 80 Familien). Der größte Grundbesitzer allein hat 80 Hektar Land.

Über die Hälfte der 1600 Arbeiter von Panigiri bestellt die Felder der Landbesitzer; sie sind landlos und abhängige Tagelöhner, die nur einige Monate im Jahr Arbeit finden. Alle wirtschaftliche und politische Macht liegt in Händen der Brahmanen und der (hinduistischen und christlichen) Reddis. Sie stellten bisher auch immer den Dorfbürgermeister (Sarpanch). Auch in allen Parteien haben sie das Sagen: bei den Kommunisten, in der konservativen Partei und in der regierenden Volkspartei (Janata).

Zwar wurde nach einem Bauernaufstand 1940 in diese Gegend Südindiens Land an die Armen verteilt – aber es ist längst wieder in Händen der Reichen.

Wiederholt gab es in der Vergangenheit in Panigiri Unruhen unter den Arbeitern, die gerechte Entlohnung und mehr Rechte forderten. Aber obwohl der gesetzliche Mindestlohn 8 Rupien pro Tag beträgt, erhalten Tagelöhner immer noch bloße 5 Rupien pro Tag. Ihr Kampf um höhere Löhne und mehr Rechte hat die Armen allerdings bewußter und kritischer werden lassen, auch wenn ihnen noch die Führer aus ihren eigenen Reihen fehlen.

Auch von der christlichen Mission im Dorf erwarten sie wenig. Denn sie stützt die Macht der katholischen Reddis, die auch in der Kirche die Einflußreichsten sind.

Panigiri hat eine Grund- und eine Mittelschule. Außerdem eine Gesundheitsstation, ein Postbüro und eine Telefonverbindung. Nur 22 % der Dorfbewohner können lesen und schreiben, und ihr Anteil nimmt ab, denn immer weniger Kinder besuchen die Dorfschulen. Von 91 in der 1. Klasse bleiben nur noch etwa 17 in der 5. Klasse. Von den Wenigen, die schließlich in die Mittelschule überwechseln, sind so gut wie alle Kinder von Großgrundbesitzern. Derzeit sind 50 Jungen des Dorfes arbeitslos, trotz längeremSchulbesuch (meist ohne Abschluß). Viele arme Familien haben ihr letztes Stück Land und Besitz verkauft, um ihren Kindern in Heimen eine „gute Schulbildung" geben zu können – immer eine unerfüllte Hoffnung, die nur zu größerer Armut führte.

Esudas, der Sohn des Steinmetz Paulu in Panigiri

Das Leben eines Steinmetz ist schwer und seine Arbeit ist hart. Steinmetze sind arm. Sie haben nur etwa fünf bis sechs Monate im Jahr Arbeit.

Wir sprachen mit Esudas Vater. Er hat fünf Kinder, die alle im Heim erzogen worden sind. Der Vorschlag, die Kinder in ein Heim zu schicken, kam vom Pastor. Paulu stimmte zu, weil er wollte, daß seine Kinder einmal ein besseres Leben führen sollten, als er es hatte.

Als seine Söhne ‚gut gekleidet' und ‚wohlerzogen' aus dem Heim zurückkamen, war er zuerst stolz und glücklich. Jetzt, nachdem sein Sohn Esudas versagt hat, ist Paulu klar geworden, daß das allein sehr oberflächlich und völlig nutzlos ist. Gute Kleider füllen den Magen nicht, sie verringern sogar die Nahrung, weil das knappe Einkommen noch stärker aufgeteilt und für unnötigen Konsum ausgegeben wird. Heute weiß er, daß sein Sohn weder für das harte Leben eines Steinmetz geeignet ist, noch für das anspruchsvolle Leben eines Gebildeten. Der Junge kann nicht mit den Händen arbeiten und hat den Standard nicht erreicht, der für eine Anstellung in der Stadt verlangt wird. Wie ihm, geht es tausenden indischen „Patenkindern".

Während des ersten Jahres, nachdem der Junge 1975 die zehnte Klasse nicht geschafft hatte, bemitleidete ihn Paulu wegen seiner Unfähigkeit zu arbeiten. Inzwischen hat er eingesehen, daß Mitleid und Verständnis ihnen nicht weiterhilft. – Esudas muß arbeiten, und Paulu zwingt ihn, zur Arbeit zu gehen. Esudas wird von seinem Vater in dem traditionellen Beruf der Familie ausgebildet, und Paulu ist klar, daß damit, daß der Junge in ein Heim geschickt worden ist, viel Zeit verschwendet wurde. Wäre er zu Hause geblieben, hätte der Junge brauchbare Arbeit leisten und die Familie unterstützen können. Jetzt ermüdet er schnell, seine Hände bekommen Schwielen und er ist eher eine Last als von Nutzen.

Esudas, der von seinen Erfahrungen im Heim in Alir berichtet, sagt, daß er sich, nach drei Jahren Privatunterricht in der Schule der Dorfkirche, zusammen mit zehn anderen Jungen zur Aufnahmeprüfung angemeldet hatte. Alle zehn bestanden die Prüfung.

Die ersten vier Jahre hatte er großes Heimweh und dachte ständig über Möglichkeiten nach, wieder aus dem Heim herauszukommen. Erst gegen Ende der fünften Klasse hatte er sich an das Leben im Heim gewöhnt. Was Esudas ärgerte, war die Tyrannei der älteren Schüler und besonders der Klassensprecher, der ‚Führer', wie sie genannt wurden. Der Heimleiter kommandierte das Hilfspersonal herum, das Hilfspersonal die älteren Jungen und diese wiederum die jüngeren. Als Grundschüler fanden sich die Jungen am unteren Ende dieses hierarchischen, autoritären Systems wieder. Von Solidarität der Armen lernten die Kinder nichts, das war höchstens im heimatlichen Dorf möglich. Die Heimleitung in Alir hatte sogar Spione unter den Schülern, die es sofort weitergaben, wenn die Schüler daran dachten, sich zu organisieren, um wirkungsvoll protestieren zu können. Den Schülern wurde ständig angedroht, daß die Patenschaft aufgelöst würde, falls sie sich in irgendeiner Weise widersetzten.

Bevor Esudas durch die Prüfung fiel, hatte er vorgehabt, weiter zu studieren und sich einen Titel zu erwerben, oder der Armee beizutreten und General zu werden.

Als er (wie die meisten Schüler) die Abschlußprüfung nicht bestand, war er verzweifelt. Er verbrachte dann ein Jahr zu Hause und versuchte vergebens, die Arbeit eines Steinmetz zu erlernen. Das Resultat waren nur schmerzhafte Schwielen an seinen Händen und hohes Fieber. Schließlich gab er den Versuch auf.

Auf die Frage nach der Haltung seiner Eltern und der anderen Dorfbewohner sagt Esudas, daß seine Eltern ärgerlich sind und an ihm herumnörgelten und daß die Dorfbewoh-

ner über ihn spotteten. Zuerst machte ihm das Schwierigkeiten, aber jetzt, nach drei Jahren, hat er sich daran gewöhnt. Er meint, daß alle Heimschüler mehr oder weniger dem gleichen Problem gegenüberstehen wie er. Dem Dorfleben sind sie durch das Leben im Heim entfremdet. Ihre formale Schulbildung im isolierten Schülerheim hilft weder ihnen noch den im Dorf Zurückgebliebenen. Die mißlungene Prüfung stempelt sie zu Gescheiterten, die sich nirgends eine besser Zukunft schaffen können.



"Früher haben uns unsere Brüder beneidet — jetzt bemitleiden sie uns."

Die meisten sind durch die Heimerziehung so geschädigt, daß sie kaum in der Lage sind, ihre Situation realistisch einzuschätzen. Sie sehen sich als Versager, aber können es auch nicht zugeben. Sie haben gelernt, Druck von oben nach unten weiterzugeben. So rotten sichdie ehemaligen Heimkinder im Dorf zusammen, von den anderen Dorfkindern isoliert. Sie halten sich für etwas Besseres – aber sind doch im Dorf zu nichts nutze. Und es waren einmal die vielleicht intelligentesten Kinder der Armen . . .
Nur zwei fanden den Weg zurück zur Landarbeit, beinahe schamvoll gestehen sie uns, daß sie wieder auf dem Feld arbeiten. „Früher haben uns unsere Brüder beneidet – jetzt bemitleiden sie uns", faßt einer von ihnen seine Lage zusammen.

(nach einer Studie von A. Bhaiya, L. Rao und R. Bordia, Indien 1979)

Alternatives Programm zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter

Eduard Wolf

Die Notwendigkeit alternativer Entwicklungsarbeit

Über 2 Milliarden DM jährlich bringen Spender in den westlichen Industrienationen für die Dritte Welt auf. Eine Vielzahl von Hilfsorganisationen finanziert mit diesem Geld Projekte verschiedenster Art in den Entwicklungsländern. Die Duisburger 30 Mill. Mark-Organisation „Kindernothilfe" ist eine von ihnen.
Als Patenschaftsorganisation hat sie sich schon im Ansatz auf ein nicht verantwortbares Konzept karitativer Entwicklungshilfe festgelegt; aber zugleich ist dies unabdingbare Voraussetzung für ihr finanzielles Überleben als Spendenorganisation. In diesem Dilemma bleibt ihr in der Tat nur die unnachgiebige Verteidigung einer schädlichen Hilfspraxis – mit Scheinreformen am Rande. Die Angst vor einer Verringerung des Spendenaufkommens fesselt die Kindernothilfe an „Spendenwillen" und „Spendenmentalität". Derartiges allerdings ist auch anderen Entwicklungshilfeorganisationen nicht gänzlich unbekannt. Dort klagt man darüber hinter vorgehaltener Hand. Oder man unterbindet Kritik und Reformversuche (kritische Bewußtseinsbildung oder Unterstützung progressiver Gruppen in der Dritten Welt) mit dem Hinweis darauf, daß alles, was dem Spender als politisch oder ideologisch „radikal" erscheinen könnte, tunlichst zu vermeiden sei. Spendenmaximierung wird zum Maßstab des Erfolgs der Hilfsorganisation. Der konservative „Spenderwille" bestimmt, was mit europäischem Geld in der Dritten Welt getan werden darf und soll.
Das Unbehagen darüber ist groß, sowohl unter fortschrittlichen Kräften innerhalb der großen kirchlichen und freien Entwicklungshilfeorganisationen, als auch an der Basis in den Entwicklungsländern selbst. Nur selten allerdings dringen kritische Stimmen durch den Filter der Spendenlobby; und wer von der gegenwärtigen Geldvergabe profitiert, schweigt meist sowieso.
Dennoch ist dreierlei deutlich:
1. Nicht Geldmangel sondern eher zuviel Geld – „Mitteldruck", wie es Insider nennen – ist für die großen Hilfsorganisationen ein Problem; auch und gerade „weil der Erfolgszwang der Spendenorganisation immer größere Einnahmen verlangt. Auf Prestige angelegte und entwicklungshemmende Projekte verschlingen einen großen Teil der Spendengelder. Kleine, effektive Projekte zur Selbsthilfe und Selbstorganisation lassen sich nur schwer verwalten (kosten- und personalintensiv!) und haben fast immer einen „radikalen" Beigeschmack.

2. Entwicklungsarbeit in der Dritten Welt *ohne* europäische Gelder fällt völlig aus dem Bezugsrahmen aller Spendenorganisationen. Denn: Solidarität mit finanziell und personell nicht an Europa orientierten Projekten der Selbsthilfe und Selbstorganisation ist so lange nicht „vermarktbar", wie sie ohne Kosten für die Spendenorganisation bleiben. Selbst dann nicht, wenn sie auf ausländische Solidarität und nichtmaterielle Unterstützung angewiesen sind. Auch ist es unbedeutend, daß in der Regel gerade von diesen „sozialen Aktionsgruppen" die entscheidenden Entwicklungsimpulse ausgehen, während europaorientierte Projekte nur zu häufig echter Entwicklung zuwiderlaufen.
3. Es ist für Selbsthilfeorganisationen in der Dritten Welt in der Regel eine selbstverständliche Einsicht, daß Unterentwicklung ein weltweiter Zustand ist, der in Abhängigkeit und Ungerechtigkeit gründet und entsprechend weltweite Entwicklungsarbeit notwendig macht. Solche Denkansätze können Spendenorganisationen aber bestenfalls am Rande in ihre Öffentlichkeitsarbeit aufnehmen, nie aber zum Grundsatz ihrer Arbeit machen. Denn der „Spenderwille" gilt der „Not in der Dritten Welt", nicht den Ursachen dieser Not in Europa.

So eignet sich folgende, selbstbewußte Stellungnahme einer thailändischen Selbsthilfeorganisation denn auch wenig für die Spendenwerbung europäischer Organisationen:
„Sie müssen einsehen: wir wissen genau, wann und warum wir Ihr Geld wollen! Eigentlich interessiert uns Geld wenig. Uns interessieren vielmehr die Ursachen, die dazu führen, daß einige zu viel und andere weiterhin zu wenig haben. Wir versuchen, solche Hilfen auszumachen, die dem Geber mehr helfen als dem Empfänger, denn diese Art der Hilfe wollen wir aufdecken und diskreditieren. Verstehen Sie: wir sitzen nicht da und warten bis irgendein Hilfsangebot auf den Tisch flattert! Wenn wir Geld und andere Resourcen brauchen, und das ist durchaus noch der Fall, dann wollen wir sie gerne von denen erhalten, die denselben Übeln auf der Spur sind wie wir! . . . Wir wollen wissen, wessen Hand wir schütteln!"
Wie Spendenorganisationen ihren Besitzstand verteidigen, wenn sie massiver Kritik ausgesetzt sind, hat die Auseinandersetzung um die Kindernothilfe gezeigt. Zugleich aber wurde deutlich, wieviel offensiver als bisher sinnvolle Hilfe für die Dritte Welt propagiert werden kann und muß. Denn der anonyme „Spenderwille" war bislang die unbesiegbare Waffe der Konservativen aller Hilfsorganisationen gegen ihre internen Kritiker. Es hat sich nun gezeigt, daß eben dieser „Spenderwille" der eigentliche Schwachpunkt der Hilfsorganisationen ist. Durch die Patenschaftsdiskussion angeregt fragen immer mehr Leute nach Alternativen – nicht nur nach Alternativen zu Patenschaftsprogrammen, sondern nach Alternativen allgemein. Entwicklungshilfeorganisationen sind frag-würdig geworden. Diese Fragen müssen positiv aufgenommen werden, einmal um so Veränderungen in diesen Organisationen zu bewirken (um der Betroffenen in der Dritten Welt willen!), zum andern, um alternative Wege der Hilfe zu demonstrieren und damit ein besseres Verständnis der wirklichen Probleme in der Dritten Welt zu ermöglichen.
An sinnvollen Entwicklungsinitiativen in der Dritten Welt fehlt es nicht; es bedarf dazu weder europäischer Anstöße, noch würden sie zu bestehen aufhören, bliebe etwa europäisches Geld aus. Im Gegenteil, viele dieser Initiativen und Bewegungen scheuen den Kontakt nach außen, zur europäischen Hilfsorganisation: um der eigenen Integrität willen oder auch um der eigenen Sicherheit willen. Man möchte wissen, wessen Hand man schüttelt.

Alternative Entwicklungshilfe setzt eine andere Bezugsebene voraus als sie in der üblichen Beziehung zwischen Hilfsorganisation und Hilfsempfänger gegeben ist. Geld und Resourcen werden hier sekundär, oft sogar überflüssig.

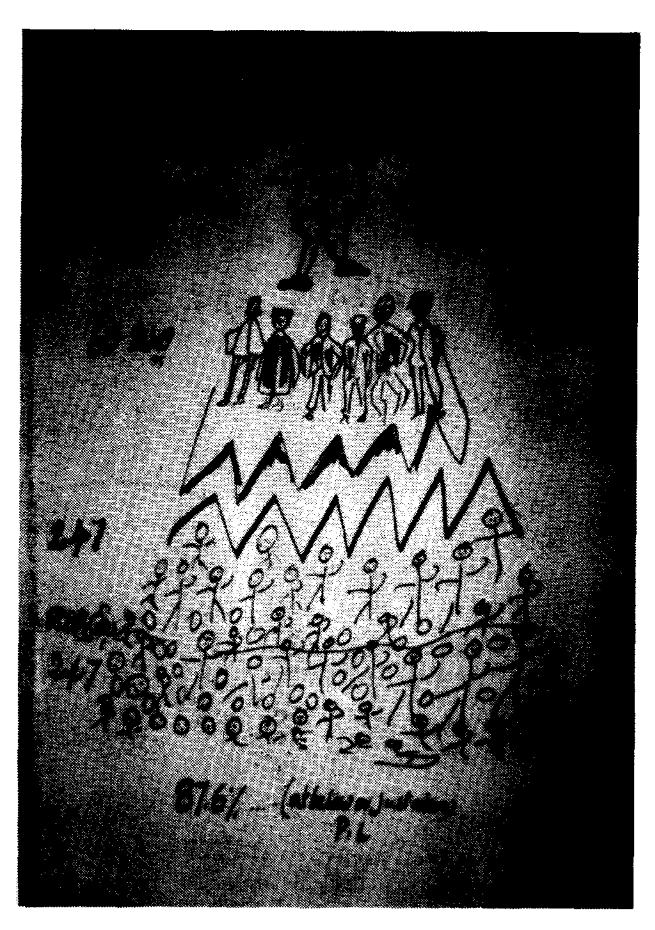
Ansatzpunkt der alternativen Entwicklungsarbeit
Alternative Entwicklungsarbeit kann weder karitative Linderung von Not sein, noch bloßer Transfer von Kapital und know-how, dessen Fehler vermeintliche Ursache der Not in der Dritten Welt sind. Von wirklicher Entwicklungsarbeit kann nur die Rede sein, wo die sozialen Ursachen von Not und Armut angegangen werden, wo den Betroffenen Selbsthilfe und Solidarität ermöglicht wird und wo keine neuen finanziellen, technologischen und ideologischen Abhängigkeiten entstehen. Dies ist allein bei Selbsthilfeorganisationen (social action groups – sozialen Aktionsgruppen) gegeben. Aus dem asiatischen Raum seien hier einige Beispiele ländlicher sozialer Aktionsgruppen angeführt.
Gemeint sind damit nicht Organisationen *für* Bauern (so nützlich diese oft sein mögen), sondern Organisationen der Landbevölkerung selbst, Selbsthilfeorganisationen verarmter Kleinbauern, kleiner Pächter, von Landarbeitern oder Bauern in Schuldknechtschaft, von Plantagenarbeitern oder von kleinen Fischern. Zwei Arten der Selbsthilfeorganisation finden sich hier.

1. Soziale Aktion zur Verbesserung der Lebensverhältnisse:
Arme Bauern schließen sich z.B. zu einer Handels- oder Produktionskooperative zusammen. So können sie ihre Einkünfte oder (etwa durch gemeinsame Bewässerung) ihre Erträge verbessern. Die Betroffenen organisieren sich hier selbst und bestimmen, auf welche Weise sie ihre Lebensverhältnisse verbessern wollen. Je geringer die Abhängigkeit von außen (ausländische Gelder, Absatzmärkte, etc.), je langfristiger kann diese Art der Selbsthilfe sein.

2. Soziale Aktion für Recht und soziale Gerechtigkeit
Tagelöhner eines Dorfes schließen sich z. B. zu einer gewerkschaftsähnlichen Organisation zusammen, Plantagenarbeiter organisieren sich zur Sicherung ihres gesetzlichen Mindestlohns. Oder eine Dorfgruppe unternimmt gemeinsame Aktionen gegen Schikanen und Ungerechtigkeiten der Großgrundbesitzer, besetzt Land, das ihnen von Großgrundbesitzern vorenthalten wird.
Zwar verlangen solche Aktionsformen starken persönlichen Einsatz der Betroffenen und ihrer Organisatoren, doch es entstehen praktisch keine Abhängigkeitsbeziehungen finanzieller Art nach außen.
Nicht wenige Selbsthilfeorganisationen durchlaufen einen Wandlungsprozeß von der ersten Art der sozialen Aktion zur zweiten, wenn sie in ihrer Arbeit immer neu die eigentlichen Ursachen ihrer Probleme erfahren. Die südindische Selbsthilfeorganisation CROSS (Comprehensive Rural OperationsService Society) hat in den letzten Jahren diese Entwicklung durchgemacht.

Beispiele für ländliche Entwicklungsarbeit in Indien und Sri Lanka
CROSS arbeitet heute in über 30 Dörfern in Andhra Pradesh. In jedem Dorf organisieren sich „Sanghams" (d.h. Vereinigungen) der ärmsten Bauern. Sie wählen aus ihrer Mitte junge Männer und Frauen, die eine Ausbildung als dörfliche Entwicklungsarbeiter erhalten. Sie helfen den Bauern, sich zu organisieren und gemeinsam ihre Rechte durchzusetzen, auch wenn das oft zu Auseinandersetzun-

gen und harten Konflikten mit den Grundbesitzern und Geldverleihern führt, die über Jahrhunderte im Dorf unangefochten das Sagen hatten. „Wir glauben nicht länger, daß es unser angeborenes Schicksal ist, von anderen herumkommandiert zu werden", sagen nun die kastenlosen Harijans, die Unberührbaren.



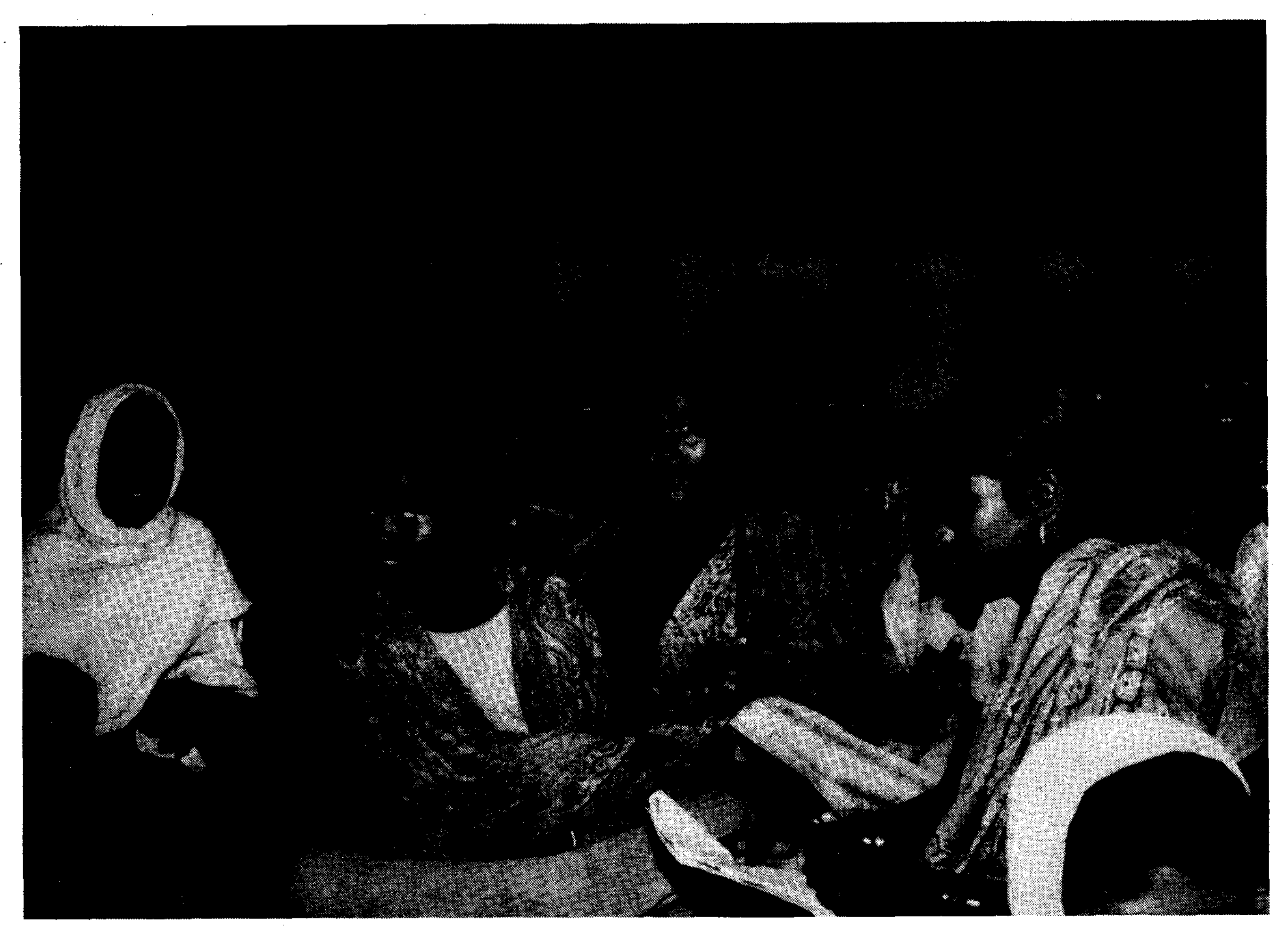
Unterrichtsposter: "Großgrundbesitzer und städtische Elite leben auf unsere Kosten!"

CROSS versucht, den Bauern bei der Entwicklung von alternativen Einkommensquellen zu helfen, die sie von Geldverleihern und Großgrundbesitzern unabhängiger machen. In der Abendschule mit selbstgewählten Lehrern lernen nach getaner Arbeit Eltern und Kinder gemeinsam Lesen und Schreiben und welche Bürgerrechte sie haben. Das Lernen geht hier nicht von künstlicher Schulbuchweisheit aus, sondern von der Umwelt der Harijans und ihren Problemen. Nach dem Unterricht tagt dann noch die „Sangham": man diskutiert und beschließt, wie man eigenverantwortlich, nach seinen eigenen Bedürfnissen handeln, die eigene Sache selbst in die Hand nehmen kann.
Einige Jahre erhielt CROSS finanzielle Hilfe von ‚Brot für die Welt'. Es ist eines der fortschrittlichsten Projekte, die die kirchliche Spendenorganisation unterstützt, aber bei weitem nicht typisch für unterstützte Projekte schlechthin – vor allem aber nicht unumstritten als richtungsweisender Projekttyp der Organisation. Konservative Kräfte sähen Unterstützungsgelder nur zu gerne in anderen Händen.
Auf jede Unterstützung von außen hat bisher eine andere ‚Soziale Aktionsgruppe', ebenfalls in Südindien tätig, verzichtet. Man will in keiner Weise abhängig werden, könnte aber in naher Zukunft an Grenzen in der Arbeit stoßen, die eine gewisse finanzielle Unterstützung von außen empfehlen – solange man weiß, „wessen Hand man schüttelt": die ‚People's Education for Action and Liberation' (PEAL) in Madurai.



Abendschule der Armen: Solidarität und Selbsthilfe, nicht Privilegien für Einzelne!

Als Anfang der 70er Jahre Katenhindus alle Häuser ihres Dorfes, die den Kastenlosen gehörten, in Brand steckten, nur weil diese gerechte Entlohnung für ihre Arbeit gefordert hatten, da begannen sich Studenten der nahegelegenen Stadt für die Vorfälle zu interessieren. Schon in den letzten Jahren davor hatten sie sich–angeregt durch ihren Studienleiter – im Slumviertel Madurais um die Ausgestoßenen der Gesellschaft gekümmert. Regelmäßig wohnten einige von ihnen dort, lebten und arbeiteten mit den Slumbewohnern, lernten mit ihnen, wie ein menschenwürdiges Dasein erreicht werden kann, das ihnen die Gesellschaft verweigerte. Vom Slum führt sie dann ihr Weg in die umliegenden Dörfer, wo quasi-Leibeigenschaft und Wucherzinsen von 300 % für die Ärmsten noch an der Tagesordnung sind. Die Studenten begannen, Selbsthilfeorganisationen anzuregen und mit aufzubauen. In über 60 Dörfern haben sich die Armen bisher organisiert und lernen in immer neuen Auseinandersetzungen, ihre Rechte besser zu behaupten.
Häufig haben Selbsthilfe- und soziale Aktionsgruppen untereinander Verbindung, teilen ihre Erfahrungen und Resourcen. Dabei treffen Gruppen verschiedenster ideologischer und politischer Ausrichtung zusammen. Ein Beispiel für derartige Kooperation ist das ceylonesische ‚Koordinationssekretariat für die Plantagengebiete' (CSPA) in Kandu, das die Verbindung zwischen über 20 Aktionsgruppen aufrechterhält, die im Teehochland Sri Lanka tätig sind. Seine Zielsetzung beschreibt das Koordinationssekretariat als eine doppelte: direkte Arbeit auf Plantagen und in Dörfern im Teegebiet: Gemeinwesenzentren, „Barfußärzte", Arbeiterschulung, Organisatorentraining. Durch dieses direkte Engagement will man eine Verbürokratisierung der Organisation verhindern. Dazu kommen die eigentlichen Koordinationsaufgaben: Dokumentationsarbeit für die einzelnen Aktionsgruppen, Schulungs- und Diskussionstreffen, Kontakte zu den Gewerkschaftsorganisationen, finanzielle Hilfe für Einzelgruppen, Öffentlichkeitsarbeit in Sri Lanka über die Probleme der Teeplantagenarbeiter, Initiativen bei Parteien und Politikern.
Ähnliche Koordination findet auch in anderen Regionen und Ländern statt oder sie ist im Entstehen. Soziale Aktionsgruppen werden, vor allem im asiatischen und lateinmaerikanischen Raum, zunehmend zu ernstzunehmenden Bewegungen, die Armut und Not von der Wurzel her bekämpfen, statt sich auf karitative Hilfe von außen zu verlassen. Daß eine solche Entwicklung in Gange gekommen ist, deutet darauf hin, welches Ausmaß die wirtschaftliche Randstellung der ländlichen Bevölkerung erreicht hat und wie dringlich die Selbstorganisation der Betroffenen geworden ist.



Indische Frauen in der Schule

Struktur eines alternativen Hilfsprogramms

Wo sich Bauern nun selbst organisieren, steht für sie außer Zweifel, daß die Ursache ihrer unerträglichen Armut weder Traditionsbefangenheit – wie man in den Industrienationen gerne glauben machen will – noch kulturelle und technologische Rückständigkeit sind. Ihre Alltagserfahrung ist Abhängigkeit, Rechtlosigkeit, Ausbeutung durch Landbesitzer, Händler und städtische Elitee. Darin liegt für sie die Grundursache für ihre Not.

Wie muß ein alternatives Hilfsprogramm aussehen, das solche ländlichen Selbsthilfeorganisationen unterstützen kann? Unterstützung durch Spenden, so wichtig sie weiter bleibt, kann nicht der einzige Weg sein. Die Bereitschaft, finanziell zu helfen, muß schon für den Spender gekoppelt sein mit der Bereitschaft, auch nichtmateriell zu helfen: etwa durch sein Engagement in einer Aktionsgruppe; durch Informationsweitergabe und Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten: durch öffentliche Kampagnen, wo den politischen Gruppen Verfolgung und Verhaftung drohen.

Angesichts der Tatsache, daß die Ursachen für Not und Armut nicht in ungerechten Gesellschaftsstrukturen innerhalb der Entwicklungsländer liegen, sondern vor allem in den Ausbeutungsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, ist solidarisches Handeln in den Industrieländern gefordert. Dort muß genauso gegen die Ursachen von Not und Armut angegangen werden wie durch Selbsthilfeorganisationen in den Ländern der Dritten Welt. Davon kann man sich nicht mit Spenden freikaufen.

Mit dem indischen AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG LÄNDLICHER ENTWICKLUNGSARBEITER vom Februar 1979 (vgl. Kasten) liegt ein Dokument aus der Dritten Welt vor, das Anregung und Ausgangsbasis für die Schaffung eines *alternativen Unterstützungsprogramms* in Deutschland sein kann. Ausführlich werden darin die Grundprinzipien der Arbeit ländlicher Selbsthilfeorganisatoren (Dörflicher Entwicklungsarbeiter) dargestellt, so wie sie sich aus den bisherigen Erfahrungen vor allem im asiatischen Raum entwickelt haben. Die politische und soziale Wirklichkeit in anderen Regionen (Afrika/Lateinamerika) wird andersartige Atkionsformen prägen, die entsprechend in diesem alternativen Unterstützungsprogramm berücksichtigt werden müssen. Auch die Arbeit von Befreiungsbewegungen gehört in diesen Kontext. In jedem Falle aber bleiben die Grundprinzipien dieselben: Selbsthilfe, Basisorientierung und -kontrolle, möglichst weitgehende Außenunabhängigkeit.

Drei voneinander nicht trennbare Aufgabenbereiche wird ein solches alternatives Unterstützungsprogramm aufnehmen müssen:

1. Einrichtung eines alternativen Hilfs- und Solidaritätsfonds für ländliche Entwicklungsarbeiter und Aktionsgruppen, deren Arbeit den geannten Prinzipien folgt. Dieser Fonds wird eingerichtet im Wissen, daß finanzielle Hilfe nur *ein* Aspekt der Unterstützung für diese Gruppen und Bewegungen ist, der andere Formen der Unterstützung er-

gänzt. Zugleich ist es ein Fonds, der demonstrieren soll, daß es Alternativen gibt zur Arbeit etablierter Hilfsorganisationen, die sich vor allem an der Spendenmaximierung orientiert.

2. Ein enges Kontaktnetz zwischen Aktionsgruppen in Deutschland und Selbsthilfeorganisationen in der 3. Welt (ebenso wie dieser untereinander) muß aufgebaut werden. Nur so kann gewährleistet werden, daß angemessene Unterstützung materieller und/oder nichtmaterieller Art auch wirklich geleistet wird.

3. Durchführung intensiver Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit Aktionsgruppen und Spendern in Deutschland, um dadurch die Grundprinzipien selbstorganisierter Hilfe und sozialer Aktion unter den verschiedensten politischen und sozialen Gegebenheiten verständlich zu machen und für sie Unterstützung zu gewinnen.

Ein Komitee, daß die konkrete Planung und Durchführung dieser Arbeit überwacht, wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt gebildet. Die Vorbereitungen für das geplante alternative Unterstützungsprogramm werden mehrere Monate in Anspruch nehmen, eine überstürzte Durchführung wäre weder den Aufgaben angemessen noch langfristig eine Alternative zu Bestehendem.
In den ‚Blättern' wird regelmäßig über die Arbeit dieses alternativen Unterstützungsprogramms und auch über die unterstützten Projekte berichtet werden. Informationen können jederzeit über die ADW angefordert werden, die bis auf weiteres Kontaktstelle dafür sein wird. Bis zur Einrichtung eines Sonderkontos für den Fonds können Einzahlungen für alternative Hilfe geleistet werden auf das Konto

Aktion Dritte Welt Freiburg
Postscheckamt Karlsruhe
Konto-Nr.: 115 00 – 754
Kennwort: „Alternatives Unterstützungsprogramm"

Aufruf zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter

Wir rufen Entwicklungsarbeiter, Einzelpersonen und Hilfsorganisationen auf, alternative Ansätze der Hilfe in Entwicklungsländern zu bedenken und zu schaffen!
Denn: **Armut, Hunger und Krankheit, Analphabetentum und Arbeitslosigkeit**, das ist die Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen in vielen Teilen der Welt.
Wir erkennen eine doppelte Ursache für diese fortgesetzte Verelendung:

1. die ungleichen Beziehungen zwischen ‚Entwicklungsländern' und Industrieländern,
2. die sozialen Ungerechtigkeiten innerhalb vieler Länder der Dritten Welt.

Wir fordern alternative Ansätze der Hilfe in der Einsicht, daß bisher die Ursachen der Armut weitgehend ignoriert wurden und man sich stattdessen auf Erleichterungen für einige Wenige konzentriert hat. Solche Anstrengungen haben nicht nur keine Entwicklung in Gang gesetzt, sondern sie haben diese sogar allzuoft verhindert.

Wir sind der Überzeugung,
daß Entwicklung ohne soziale Gerechtigkeit nur Entwicklung für die bereits Wohlhabenden bedeutet,
daß Hilfe ohne Hilfe für den Kampf der Armen und Unterdrückten um Gleichheit und Freiheit nur ihre Abhängigkeit vergrößert,
daß Hilfe nur für einige ausgewählte Individuen lediglich zur Aufspaltung der Armen geführt hat, wo doch Einheit am wichtigsten wäre,
daß zahlreiche derartige Programme – wie z.B. Heimpatenschaften – vor allem eine große Zahl entfremdeter Jugendlicher produziert haben, die weder zurück ins Dorfleben, noch Arbeit in der Stadt finden.

Wir sind jedoch immer noch der Überzeugung, daß Hilfe, vor allem in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer, gebraucht wird und von Nutzen sein kann.
Aufbauend auf den Erfahrungen von Entwicklungsarbeitern in aller Welt schlagen wir ein alternatives internationales Hilfsprogramm zur Unterstützung dörflicher Entwicklungsarbeiter vor.
Ausgebildet und angeleitet von örtlichen freiwilligen Entwicklungsorganisationen und sozialen Aktionsgruppen sollten diese Dörflichen Entwicklungsarbeiter einheitlichen Prinzipien und Richtlinien folgen, wie sie in dieser Erklärung vorgeschlagen werden:

1. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollen durch und aus der Gemeinschaft der Dorfarmen – Bauern, Handwerker und Landarbeiter – gewählt werden und ausschließlich dieser Gemeinschaft dienen.
2. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollen mit Ausnahme kurzer Ausbildungsperioden in ihren Gemeinschaften bleiben, wo sie verwurzelt sind und funktionieren können. Sie sollten durch ein Verbindungsnetz von ländlichen Entwicklungsorganisatoren und ländlichen Ausbildungszentren ergänzt werden.
3. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollten eine grundlegende funktionale und nicht-formale Ausbildung in Alphabetisierung, Dorforganisation und einem weiteren Fach, z.B. Basismedizin, erhalten, die sie an ihre Gemeinschaften weitergeben.
4. Die Arbeit der Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollte durch Vereinigungen der armen Bauern, Handwerker und landarbeiter auf Dorfebene kontrolliert werden, so daß demokratische Formen der gesellschaftlichen Kontrolle etabliert werden.

→

5. Die Ausbildung der Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollte sie in die Lage versetzen, kritisch traditionelle und moderne, einheimische und ausländische Ideen, Werte und Technologien zu beurteilen und das auszuwählen, was den Bedingungen, Werten und Bedürfnissen ihrer Gemeinschaften und Länder angepaßt erscheint.
6. Die Ausbildung der Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollte den Geist von Solidarität und Zusammenarbeit stärken, des Vertrauens auf die eigene Kraft und Unabhängigkeit fördern, von Kampf und harter Arbeit, von Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit geprägt sein, sie sollte aufgabenbezogene Disziplin und die gemeinschaftliche Arbeit aller stärken. Sie sollte den Aufbau demokratischer Führungsmethoden schaffen und den Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit verringern.
7. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollten ihre ursprüngliche Arbeit als Bauern, Handwerker oder Landarbeiter zumindest in einem Teil ihrer Zeit weiterführen, damit sie nicht ihre primäre Einkommensquelle und ihre Wurzeln in der Gemeinschaft verlieren. Unterstützung von außen für ihre Gemeinschaftsarbeit sollte zum frühest möglichen Zeitpunkt durch Unterstützung aus ihrer Gemeinschaft ersetzt werden.
8. Die Rolle der Dörflichen Entwicklungsarbeiter ist die von „ländlichen Animatoren", die Entwicklung und Veränderung in Gang setzen, indem sie ihre Gemeinschaften organisieren und unterrichten und so ein neues Bewußtsein, neue Perspektiven und Herausforderungen eröffnen. Umgekehrt sollen sie von ihrer Gemeinschaft getragen und unterstützt werden.
9. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter können ungeachtet ökonomischer Hilfsprogramme von außen Entwicklung fördern, denn ihre Arbeit für Aufklärung, Bewußtwerdung, Vertrauen auf die eigene Kraft und soziale Gerechtigkeit wird ihre Gemeinschaften sozial, geistig wie auch ökonomisch stärken.
10. Die Dörflichen Entwicklungsarbeiter sollen helfen, die Anstrengungen ihrer Gemeinschaften und ihrer Länder für Entwicklung, Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit auf säkularer Grundlage zu unterstützen.
11. Unterstützungsprogramme für Dörfliche Entwicklungsarbeiter sollten die Partner wie auch die Öffentlichkeit im betreffenden Land selbst und in den Industrieländern über die Ursachen der Armut und über die wirklichen Bedürfnisse und Probleme der Entwicklungsländer aufklären.
Organisatorische Kosten solcher Programme sollen auf ein ab solutes Minimum beschränkt werden, um Bürokratie und Korruption auszuschließen.
12. Unterstützungsprogramme für Dörfliche Entwicklungsarbeiter sollten die Partner und die Öffentlichkeit ermutigen, paternalistische Strukturen der Wohltätigkeit durch Strukturen der solidarischen Unterstützung zu ersetzen. Unterstützungsprogramme sollten auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt und Unabhängigkeit und mit einem Maximum an Flexibilität für die unterstützten Organisationen (nach beiderseitig akzeptierten Prinzipien) durchgeführt werden.

Indien, Februar 1979
(deutsche, sprachlich überarbeitete Fassung)

Adressen und Informationsmaterial

Medien:

Film: „PATENKINDER – Hilfe mit beschränkter Haftung" Ein Film von Heidi Knott und Peter Krieg, 30 Minuten, 16 mm Lichtton, Farbe
Verleih: Neue Welt, Hansaring 80, 5 Köln 1
Verkauf: (DM 950,–) Teldok Film, Schillerstraße 52, 7800 Freiburg

Diareihe: „Wir haben ein Patenkind" (Medienpaket mit 24 Dias, Poster, Arbeitshilfen, Tonband)
Verleih: AVZ, Clemensstr. 120, 8 München 40
Verkauf: K. Biere, Lerchenfeldstr. 29, 8 München 22

Ausstellung: „Alternative Entwicklungsarbeit". Die Ausstellung umfaßt großformatige Farbfotos mit Texten. Sie orientiert sich vor allem an Indien und stellt als Alternative zu den Patenschaften Dorfentwicklungsprogramme vor.
Verleih: Wolfgang Sonn, Schwimmbadstr. 3, 78 Freiburg

Gruppen: Arbeitsgruppe „Kinder in der Dritten Welt"
Filderbahnstr. 47, 7024 Filderstadt

Publikationen:

„Die Not der Kinder und was Erwachsene daraus machen" Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK) 6/78 DM 2,50, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19
Ev. Pressedienst (EPD): „Zur Problematik von Patenschaften für Kinder in der Dritten Welt" EPD-Dokumentation 6/78, DM 4,00
Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M.

Alternativprojekte:

„Selbsthilfefond 3. Welt" oder „Solidaritätsfond 3. Welt"
Der Selbsthilfefond unterstützt Selbsthilfeprojekte und -Bewegungen in der Dritten Welt.
c/o Aktion Dritte Welt, Kronenstraße 16. 7800 Freiburg

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
Ist dabei, sich von Patenschaften zu lösen und Selbsthilfeprojekte zu unterstützen.
Friedrichstraße 246, 1000 Berlin 61

Alternativprojekte unterstützen z.T. jedenfalls: „Brot für die Welt" (Stuttgart)
„MISEREOR" (Aachen)
„Terre des Hommes" (Osnabrück).

Entwicklungshilfe von Volk zu Volk: Ein Projekt der dänischen Tvind-Schulen

„Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" ist der Name einer Organisation, die im November 1977 in Dänemark auf die Initiative von Lehrern der Tvind - Schulen hin ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist, Entwicklungshilfe in der dänischen Bevölkerung zu sammeln und an Völker und Volksbewegungen in Entwicklungsländern weiterzuleiten, an Entwicklungsprojekten mitzuarbeiten oder diese zu unterstützen und Informationen über Entwicklungsländer und deren Probleme zu verbreiten.
„Die Sache ist in all ihrer Einfachheit die, daß 1 Milliarden Menschen hier auf der Erde an oder unter der Hungersgrenze leben, mit Krankheiten, in Armut und Not. Diese Menschen leben oft in Ländern, wo eine Handvoll Familien die politische und ökonomische Macht haben.
Diese Macht wird gebraucht, um die hungernden Menschenmassen zu unterdrücken und an ihnen zu verdienen, wo immer es möglich ist.
In einer solchen Situation ist es schwer, dagegen zu protestieren. Trotzdem sehen wir vielerorts, wie sich mutige Menschen aus der Erniedrigung erheben. Mitten in all dem Elend wagen sie es, den Kampf aufzunehmen, für ein Leben ohne Hunger, ohne Armut, Krankheit und Not; frei von Unterdrückung, in Gleichheit und Freiheit. — Das ist der Kampf, der u.a. im südlichen Afrika vorgeht.
Sie kämpfen nicht nur für sich selbst und ihre eigenen Familien. Sie nehmen den Kampf für ihr Volk auf und genießen daher auch großes Ansehen beim Volk.
Diese Leute und Volksbewegungen sind es, die „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" unterstützen will. ...
Wir sind der Meinung, daß die Unterstützung der Volksbewegungen, die sich zum Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit erhoben haben, eine gute Art von Unterstützung ist. Was gebraucht wird, ist Kleidung, Medizin und Geld, also humanitäre Hilfe. Auf längere Sicht wird Unterstützung für die landwirtschaftliche Produktion gebraucht, die die Bevölkerung ernähren soll: Bewässerungsmaschinen und Bücher für den grundlegenden Unterricht in den Landgebieten.
Das ist Entwicklungshilfe von Volk zu Volk. Das ist eine Aufgabe für uns alle."

Hilfe für Flüchtlingslager in Mozambique
Alle Leute, die mit den Zielen des Vereins einverstanden sind, können Mitglieder werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 100 kr (40 DM) im Jahr, und man bekommt laufend Materialien über die Arbeit des Vereins und die Entwicklung in den Ländern, an die die Unterstützung geht, zugeschickt. Außerdem faßt „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" die Ergebnisse von Unterstützungsarbeiten verschiedener Gruppen zusammen. So wurde im März 1978 eine umfangreiche Sendung an die Flüchtlingslager in Mozambique verschifft: 5 große Lastwagen, 4 Landrover, zu Ambulanzen umgebaut, 90 m^3 Hospitalinventar, 5m^3 Hospitalausstattung, Proteinkekse, 1½t Kunstdünger, 2½ t Saatgut, 26 t Kleidung und Schuhe, 33 große Zelte, eine Windwasserpumpe, eine Kornmühle und 100 gute Fußbälle wurden an die ca. 90 000 Flüchtlinge geschickt, die von der weißen Minderheit in Rhodesien aus ihrem Heimatland vertrieben wurden, das sie selber Zimbabwe nennen. Beschafft wurden die Mittel von Müttergruppen, verschiedenen Solidaritätsgruppen, Kindergärten und Schulklassen; „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" arrangierte die Versendung und stellte in Zusammenarbeit mit den Gruppen Informationsmaterialen her. „Wenn es um konkrete Unterstützungsarbeit geht, ist es nicht schwer zusammenzuarbeiten." Und es soll nicht bei dieser einen Unterstützungsaktion bleiben: „Wir wollen mehr werden und unsere Unterstützungsaktivitäten erweitern. Wir wollen mehr LKW's und Landrover beschaffen und dafür sorgen, daß sie instand gesetzt sind und Ersatzteile und Werkzeuge beschafft werden.
Wir wollen kleine und große Traktoren beschaffen und reparieren. Wir wollen landwirtschaftliche Geräte sammeln und Pflüge und Eggen schleifen. Wir wollen doppelt so viele Kleider sammeln und viel mehr Geld. Wir wollen mit noch mehr Leuten zusammenarbeiten. Auf diese Weise können wir eine langfristige Unterstützungsarbeit aufbauen, auf die man sich in den Flüchtlingslagern verlasen kann."

Solidarität ist gegenseitige Hilfe zwischen Kräften, die für das gleiche Ziel kämpfen.
Die eine Seite dieser Arbeit ist, daß durch die Anregung und Freisetzung so vieler Aktivitäten eine effektive Unterstützung der betreffenden Entwicklungsländer möglich wird. Die andere Seite ist folgende: die praktische Arbeit für die materielle Unterstützung der Bevölkerung in Entwicklungsländern, die für ihre Befreiung kämpft, kann ein persönliches Verhältnis herstellen, eine direkte Betroffenheit von den Kämpfen, die in der Welt geführt



Suche Materialien und Hinweise zur Thematik „Entwicklungspädagogik", besonders unter sozialpädagogischen Gesichtspunkten.
Martin Liening, Blumenstr. 123, 446 Nordhorn

Nürnberger Initiativgruppe unterstützt die Finanzierung eines selbstverwalteten Bewässerungsprojektes in Peru und will deshalb eine Tournee mit einer südamerikanischen Folklore-Gruppe organisieren. Dazu brauchen wir noch Gruppen, die an verschiedenen Orten als Veranstalter auftreten. Nähere Informationen bekommt Ihr bei „Tupac Amaru e.V."
c/o ESG
Hans-Sachs-Platz 2, 8500 Nürnberg

werden. Man hört oder liest nicht mehr nur von mehr oder weniger fremden, merkwürdigen Dingen, die in fernen Ländern passieren und einen nicht richtig betreffen, sondern erfährt die Möglichkeit und vielleicht die Pflicht, selbst aktiv zu werden und trifft damit eine konkrete Entscheidung, auf wessen Seite man sich stellt — z.Bsp. im Kampf zwischen der weißen Minderheit und der Mehrheit der unterdrückten Bevölkerung in Zimbabwe. Und für einige der Leute, die mit dieser Arbeit praktische Erfahrungen machen und ihr Bewußtsein darin entwickeln, endet dies in der Erkenntnis, die Samora Machel so umschreibt: „Solidarität ist nicht ein Akt der Wohltätigkeit, sondern der gegenseitigen Hilfe zwischen Kräften, die für das gleiche Ziel kämpfen." Ein derartiger Lernprozeß wird durch die Verbindung der Arbeit von „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" mit der Arbeit an den Tvind - Schulen einer großen Zahl junger Menschen ermöglicht.

Das Prinzip der Tvind - Schulen
Die Lehrergruppe der Tvind - Schulen hat inzwischen 5 efterskolen aufgebaut - Schulen für 14 - 18jährige, wo sie zusammen leben, lernen und arbeiten. All diese efterskolen arbeiten nach dem gleichen Prinzip: die praktischen Arbeiten, die sich im Zusammenleben im Schulbetrieb ergeben, sind auf Erwerbsgruppen aufgeteilt; so kümmern sich die Bauhandwerker um die notwendigen Reparaturen an den Häusern, die Lebensmitteltechniker erledigen die Essenseinkäufe und bereiten die warmen Mahlzeiten für die ganze Schule, die Bürogruppe arbeitet in der Verwaltung usw. In diesen Erwerbsgruppen studieren die Schüler auch zusammen — wo es möglich ist, in Verbindung mit der praktischen Arbeit. Ergänzt wird dieser Lernprozeß durch Untersuchungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse; es werden Fabriken und Institutionen besucht, in denen die Produktion in grossem Maßstab erfolgt, für die man im kleinen an der Schule verantwortlich ist. Die Lebensmitteltechniker besuchen Großküchen und stellen Fragen nach Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die Bürogruppe Großbüros usw. Durch die Rotation alle 5 - 6 Wochen, in der Schüler und auch Lehrer sich einer neuen Erwerbsgruppe zuordnen, bekommen alle von jedem Erwerbszweig einen Eindruck. Durch diese Verbindung von Arbeiten, Lernen und Leben und das entschiedene Eintreten der Lehrer und mehr und mehr auch der Schüler für solidarisches Verhalten und gegenseitige Kritik wird die soziale Seite des Lernens mit der wissensmäßigen Seite auf (in unserer Gesellschaft) optimale Weise verbunden.
1977 wurde an allen efterskolen eine neue Erwerbsgruppe eingeführt: die „klunsergruppe". Kluns bedeutet: Kram, Altmaterial und meint hier die Weiterverwendung bzw. Instandsetzung gebrauchter Gegenstände, um entweder auf Flohmärkten damit Geld zu verdienen oder sie an Entwicklungsländer zu schicken, sofern die dort gebraucht werden.
So hatte die klunsergruppe der Bustrup - efterskole durch Flohmärkte u.ä. 9 226,86 kr (ca. 4 000 DM) für die Versendung nach Zimbabwe im März 78 zusammenbekommen.

Die Praxis der Entwicklungshilfe von Volk zu Volk
Die klunsergruppe der Julesminde - efterskole hatte in Absprache mit „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" die Aufgabe übernommen, einen gebrauchten Landrover zu reparieren und als Ambulanzwagen einzurichten. Das bedeutete: Flohmärkte veranstalten, um Geld für Ersatzteile, Einrichtungsgegenstände usw. zu bekommen; herumtelefonieren, um die Firmen herauszufinden, die billig liefern (von einer Firma bekamen sie sogar die gesamte medizinische Ausrüstung für eine Ambulanz umsonst); am Auto arbeiten und Informationen über die Situation in Zimbabwe sammeln und verbreiten. Als die Gruppe dabei war, Kittel für Krankenpfleger zu verpacken, kam ein Arzt aus Zimbabwe auf einer Vortragsreise durch Dänemark nach Julesminde. Er freute sich über die Arbeitsresultate der klunsergruppe, bat aber die Schüler, die Kittel einzufärben. Diese reagierten etwas befremdet: wieso denn die Farben so wichtig seien, — und erfuhren, daß dies nichts mit Mode zu tun hat. Obwohl sie gehört und gelesen hatten, daß in Zimbabwe Krieg ist, konnten sie ihre Vorstellungen nicht so weit konkretisieren, daß es unter solchen Umständen gefährlich ist, mit leuchtend weißen Kitteln herumzulaufen. Erst dadurch, daß sie ihre praktische Unterstützungsarbeit nach den Anforderungen der Betroffenen ausrichten, bekommen die Schüler eine konkrete Vorstellung von der Lebenssituation in den Flüchtlingslagern, nehmen die Begriffe Unterdrückung, Krieg und Befreiung Konturen an.
Die Reisenden Volkshochschulen, die ebenfalls Teil der Tvindschulen sind, unternehmen im Rahmen eines jeden (mindestens 9 - monatigen) Kurses eine mehrmonatige Reise in Entwicklungsländer. In den 8 Jahren des Bestehens der Reisenden Hochschule blieb es den Teilnehmern selbst überlassen, ob und wie sie nach dem Kurs mit den Erlebnissen und Kenntnisssen, die sie auf der Reise gewonnen hatten, weiterarbeiten.
Zwar wurden in den Hochschulkursen im Anschluß an die Reise Berichte, Bücher und Diaserien hergestellt, aber es bleibt dabei, daß man sich das Elend in den heißen Ländern anguckt, darüber berichtet und im übrigen nicht richtig weiß, was man damit anfangen soll. Die Arbeit der „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" bietet die Möglichkeit und ist zugleich eine Aufforderung für diese jungen Menschen, die Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu unterstützen in ihrem Kampf gegen das Elend, das sie selbst auf ihrer Reise gesehen haben. So haben die Teilnehmer des Kurses „September 76" der Reisenden Hochschule sich verpflichtet, gemeinsam moantlich 8 - 9 000 kr (3 200 - 3 600 DM) als Entwicklungshilfe von Volk zu Volk aufzubringen.

Daß die Solidaritätsarbeit der „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" von Anfang an materiell so effektiv und so lehrreich ist und so viele Menschen erreicht, liegt an den Erfahrungen, die dort zusammenkommen: die jahrelangen Erfahrungen der Tvindschulen mit der Verbindung von Theorie und Praxis durch das Lernen von der Wirklichkeit und die jahrelangen Erfahrungen von Solidaritätsgruppen mit effektiver materieller Unterstützung. Dabei spielen auch die Möglichkeiten, die das liberale dänische Bildungssystem bietet, eine Rolle; — das ist jedoch kein Grund, nicht aus diesen Erfahrungen zu lernen und die Möglichkeiten auszuschöpfen, die es hier in der BRD noch gibt.

Die „Entwicklungshilfe von Volk zu Volk" will auch mit deutschen Gruppen zusammenarbeiten, die Unterstützungsarbeit leisten wollen.

Kontaktadresse: Udviklingshjælp fra folk til folk
Tvind
DN - 6990 ULFBORG
Dänemark

KAMPUCHEA-VIETNAM

Genesis eines Konflikts

Dieser Artikel ist eine gekürzte und leicht veränderte Fassung des Artikels von Stephen Heder aus dem South East Asia Chronical, Nr. 64, Sept. / Okt. 1978, dessen vollständige Fassung in den „ESG-Materialien: Der Konflikt Vietnam – Kampuchea" erschienen ist. Die Kursiv gesetzten Teile sind Zusammenfassungen der Redaktion.

Traditionelle Feindschaft, die Strategie der Kolonialmächte und unvereinbare Ideologien haben zum offenen Krieg geführt

Hinter dem gegenwärtigen Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam und ihren regierenden kommunistischen Parteien verbergen sich Unterschiede, die so tiefgreifend sind, daß jede Revolution eine implizite Kritik der anderen darstellt. Daß die Existenz jedes der beiden revolutionären Modelle die Grundvoraussetzung des anderen in Frage stellt, ist das Resultat einer komplizierten Verknüpfung von Geschichte, Geographie und Politik. Damit zwei so verschiedene Nachbarn einen Konflikt vermeiden könnten, bedürfte es außerordentlich guten Willens und des gegenseitigen Wunsches nach Kooperation und Kompromiß. Solche Elemente haben jedoch die Beziehungen zwischen den beiden Parteien oder denen von ihnen regierten Staaten nie charakterisiert. Darüberhinaus ist, historisch gesehen wie im Augenblick, die Frage, wie eng die beiden Parteien und Staaten zusammenarbeiten, immer eine Quelle der Spannung gewesen. Dies, vielleicht mehr als alles andere, ist das zentrale Problem, das den Hintergrund des jetzigen Krieges ausmacht. Prüft man die verschiedene Geschichte der beiden Parteien und die verschiedenen Situationen der beiden Staaten, wird klar, warum dies so ist.

Nachrevolutionäre Krise

Schon der Blick auf die beiden Nachbarländer zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme zeigt zwei völlig verschiedene Situationen, die ihren Teil zur Ausformung zweier entgegengesetzter Modelle für den Wiederaufbau beitrugen. Der unterschiedliche Charakter der Krisis, mit der sich jede Partei nach der Befreiung konfrontiert sah, vergrößerte den Abstand zwischen ihnen. Wie in den meisten anderen revolutionären Situationen standen die siegreichen Parteien unmittelbar vor dem Problem, ihre Macht zu befestigen und sich vor ihren Feinden zu schützen. Für eine solche Situation ist typisch, daß eine radikale und oft gewaltsame Kampagne gegen mögliche Feinde der Revolution eingeleitet wird – unter denen sich ehemalige Mitglieder einer Einheitsfront oder sogar Fraktionen innerhalb der Partei selbst befinden können. Aber die Drohungen, mit denen sich die vietnamesischen und kampucheanischen Kommunisten 1975 konfrontiert sahen, hatte nicht dasselbe Ausmaß.

Bedingungen des Wiederaufbaus in Vietnam

Die vietnamesischen Kommunisten kamen im Süden unter weit gesicherteren Umständen an die Macht, als es die des KPK-Siegs in Kampuchea waren. Nicht nur hatte sich das Regime Thieu völlig aufgelöst, sondern die Existenz eines stabilisierten sozialistischen Staates im Norden bildete für die neue Regierung im Süden eine mächtige Hilfsquelle. Tatsächlich hatte die vietnamesische Partei ihre eigentliche Krise 1956 während der radikalen Landreform im Norden durchgemacht, einer Episode, die allgemein als der Abschnitt der vietnamesischen Revolutionsgeschichte anerkannt wird, der mit der größten Gewalt verbunden war. (zu einer detaillierten Kritik der übertriebenen Darstellung der hier eingesetzten Gewalt vergl. D. Gareth Porter: The Myth of the Bloodbath: North, Vietnam's Land Reform Reconsideres, Cornell, 1972)

Dieser Kampf gegen reaktionäre Gruppen zeichnet sich durch ernsthafte parteiinterne Auseinandersetzungen aus. Schließlich ebbte der Kampf und sein gewaltsamer Charakter ab und wurde einer teilweisen Kritik unterzogen; es folgte eine Periode relativer Ruhe. Im Süden ist eine vollausgebildete nachrevolutionäre Krise noch nicht aufgetreten, obwohl der Angriff auf bürgerlichen Handel in Ho Chih Minh Stadt ein Vorzeichen oder ein erster Schritt sein mag. Die Zurückhaltung beim Angriff auf mögliche Feinde und das schrittweise Vorgehen bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwandlung im Süden sind möglich, weil mit einer im Norden fest im Sattel sitzenden sozialistischen Regierung im Rücken es keine akute Drohung eines Gegenangriffs gibt, der die Revolution vernichten oder unterminieren könnte.

Kampuchea: Akute Nachkriegskrise

In Kampuchea jedoch gab es eine akute Krise nach dem Krieg. Die letzte Schlacht zwischen den Streitkräften von Lon Nol und der revolutionären Armee war die größte und blutigste des Krieges gewesen und die revolutionäre Armee war schwer angeschlagen aus ihr hervorgegangen. In Kampuchea gab es keinen sozialistischen Staat im anderen Teil des Landes, der die Früchte des Sieges hätte garantieren können und den Kommunisten wie ihren Feinden war klar, daß eine reale Möglichkeit bestand, den im Krieg errungenen Sieg durch Auseinandersetzungen in der Nachkriegsära zu sabotieren. Ohne Erfahrung bei der Verwaltung größerer Städte und mit einer verzweifelten Lebensmittelknappheit konfrontiert griff die KPK zu einem schnellen und drastischen Mittel um ihre Position zu sichern. Die Evakuierung der Städte – radikal durchgeführt trotz ernsthafter Opposition aus den Reihen der Einheitsfront und von vielen Stadtbewohnern – löste das unmittelbare Sicherheitsproblem, indem sie die Feinde der KPK zerstreute. Sie lieferte auch ein Mittel zur Bekämpfung der Lebensmittelkrise. Es waren jedoch nicht nur die dringensten Bedürfnisse des Augenblicks, aus denen heraus sich die Parteiführung für diese besondere Form des Kampfes entschied. Die Evakuierung und schließlich Integration von Kriegsflüchtlingen und Stadtbewohnern in das Netz der ländlichen Kooperativen war als radikaler Schritt auf eine Lösung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land hingedacht, eine Lösung, die geschichtlich gesehen für die KPK zum zentralen Probelm geworden war.

Unterschiedliches Herangehen in der Verwaltung des Staates

Es gibt einen weiteren historischen Faktor, der die beiden revolutionären Staaten in gegensätzliche Richtungen geführt hat. Die vietnamesischen Revolutionäre haben seit beinahe einem Vierteljahrhundert im Norden die Macht des Staates ausgeübt. Daher – in einem Muster, das für regierende revolutionäre Parteien typisch ist – haben die Routineprobleme bei der Verwaltung eines Staates nach und nach ihre revolutionäre Dynamik verändert: entweder zu administrativer Effizienz oder zu administrativer Stagnation. Diese Tendenz zur Bürokratisierung hat sogar die südlichen Kader stark beeinflußt, die vom Guerillakampf direkt zur Verwaltung des Staates übergingen.

In Kampuchea ist andererseits die primäre Erfahrung aller Kader ein erst kurz zurückliegender und intensiv geführter militärischer Kampf und Klassenkampf. Ihre Administrative Erfahrung ist begrenzt, und die Verwaltungsmaßnahmen behalten ihren ad hoc-Charakter. Revolutionärer Eifer ist auch bei der Verwaltung das zentrale Thema. Experiment und Chaos scheinen, anstelle von Effizienz oder Stagnation, die herausragenden Merkmale des kampucheanischen Staates zu sein.

Wirtschaftliche Alternativen

So wie ihre verschiedene politische Geschichte die kommunistischen Parteien von Vietnam und Kampuchea in ganz verschiedener Weise prägte, so sahen sie sich im Hinblick auf die ökonomischen Bedingungen, die sie übernahmen, mit verschiedenen Möglichkeiten und Grenzen für die Wiederaufbauperiode nach dem Krieg konfrontiert. Obwohl die Wirtschaft beider Länder relativ unentwickelt und von Mangel gekennzeichnet ist, sind die beiden Länder in Wirtschaftsprofilen durchaus nicht identisch. Sowohl auf dem Lande wie in den Städten war die südvietnamesische Ökonomie 1975 durchaus „moderner" – d.h. höher industrialisiert und kommerzialisiert – als die Kampucheas. Entsprechend war die Wirtschaft des sozialistischen Nordvietnams auf einem höheren Niveau als die der befreiten Zonen in Kampuchea. Andererseits führten die Überbevölkerung und der Mangel an Land in Vietnam zu einer bedrohlicheren Situation des Mangels als in dem unterbevölkerten Kampuchea, das relativ viel Land zur Verfügung hat. Dieser Kontrast verschärfte sich, da sowohl Nordvietnam, mit einer sehr großen Bevölkerungsdichte, als auch die befreiten Zonen im Süden (die nur eingegrenzte Flächen einnahmen) Reis importieren mußten, während die befreiten Zonen in Kampuchea, die sich über große Gebiete erstreckten, einen Reisüberschuß produzierte. Der doppelte Kontrast zwischen ökonomischer Entwicklung, verbunden mit einem Reisdefizit, in Vietnam und andererseits, ökonomischer Unterentwicklung, verbunden mit einem Reisüberschuß in Kampuchea, erklärt zum großen Teil die verschiedenen Wege, die die beiden Regierungen nach dem Krieg bei der Revolutionierung und dem Wiederaufbau ihrer Länder eingeschlagen haben.

Vietnam: Umwandlung und Eingliederung vorhandener Strukturen in sozialistisches System

In Vietnam kam man bei einer Analyse der verschiedenen Elemente der vorhandenen Ökonomie auf eine Strategie der Transformation im Süden, die versuchen sollte, die modernen Produktionsanlagen in Teile eines Staatssozialistischen Systems umzuwandeln. Relativ fortgeschrittene Handelsnetze, städtische Infrastrukturen und industrielle oder semindustrielle Anlagen standen bereits sowohl im Norden wie im Süden zur Verfügung. Indem man Personal und, in einigen Fällen, materielle Hilfsmittel aus dem Norden bezog, war es möglich, Elemente der alten Ökonomie des Südens einfach zu übernehmen, ein neues sozialistisches Management einzusetzen (oder eine sozialistische Kontrollinstanz dem alten kapitalistischen Management vorzuordnen), und sie in ein staatssozialistisches Plansystem zu integrieren.



Nachkriegsentwicklung in Vietnam: „Neue ökonomische Zonen" (Vietnamesische Nachrichtenagentur)

Die Hintergrundsituation des allgemeinen Mangels ließ den Wert dieser überkommenen wirtschaftlichen Resourcen umso schärfer hervortreten – was die vietnamesischen Kommunisten wahrscheinlich allgemein veranlaßt hatte, Brüche oder radikale Maßnahmen bei der wirtschaftlichen Neuordnung nur mit größter Vorsicht in Erwägung zu ziehen. Gleichzeitig schien ein nur relativ geringes politisches Risiko damit verbunden zu sein, die alten Kapitalisten in den von einer staatssozialistischen Ökonomie gesetzten Grenzen weiterarbeiten zu lassen, da ihre enge Bindung an ausländische Wirtschaftsinteressen dazu geführt hatte, daß sie nun nur eine sehr geringe einheimische politische Basis hatte. So schien es hinreichend, ihre Kapitalien zu nationalisieren und ihre Unternehmen einer staatlichen Wirtschaft einzuverleiben, um ihre politische Macht zu brechen.

Kampuchea: Konzentration auf Umwandlung und Erweiterung der Landwirtschaft

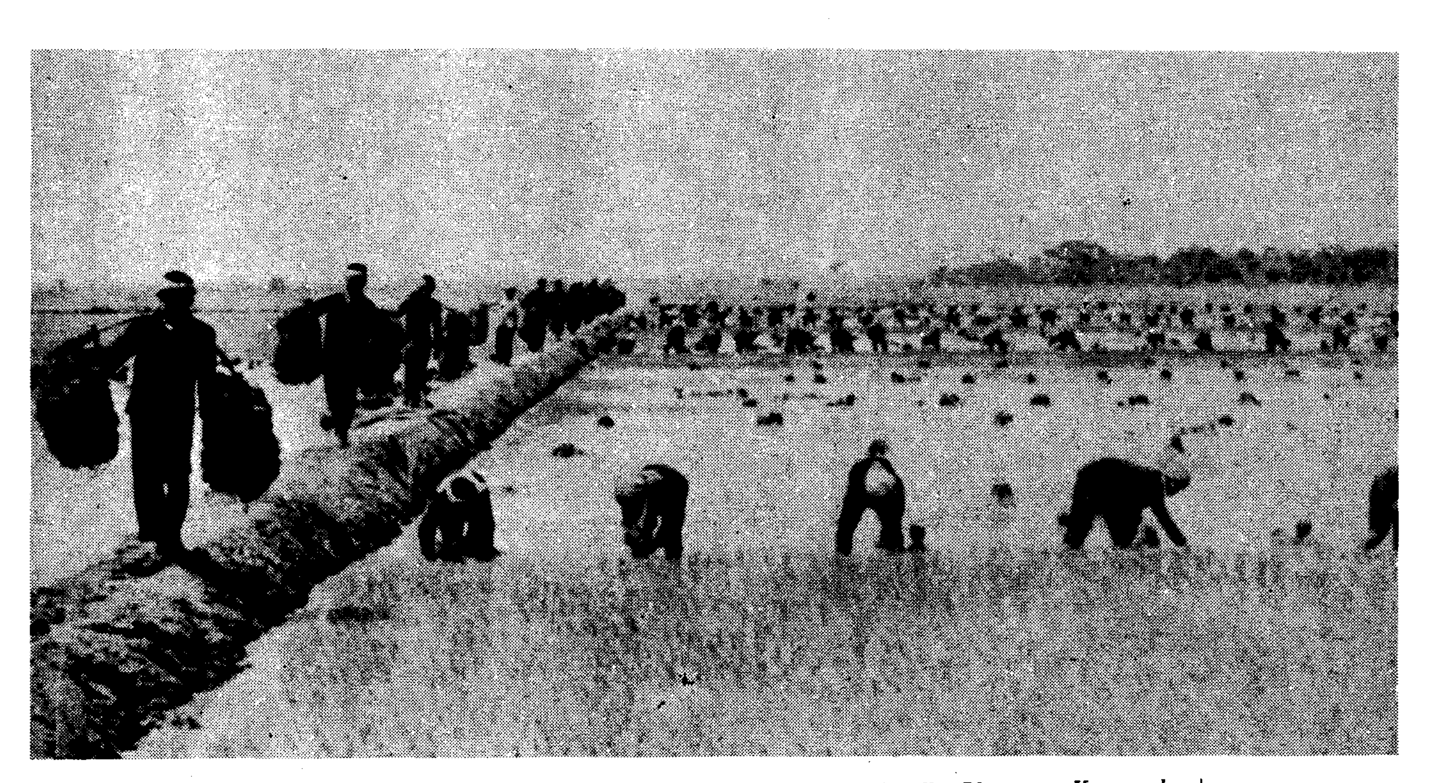
Kampuchea besaß jedoch 1975 nur wenig, das man nützlicherweise unmittelbar in Teile einer modernen sozialistischen Wirtschaft hätte umwandeln können. Kampuchea war unentwickeltes koloniales Hinterland geblieben, während die französischen Versuche zur Modernisierung sich auf Vietnam konzentriert hatten. Später hatte die Regierung Sihanouk weder ausländische Investoren herangezogen noch die Bevölkerung erfolgreich zu ökonomischen Leistungen mobilisiert. Obwohl das Land einige Industrieanlagen aus der Sowjetunion und aus China erhalten und einige Elemente einer modernen Infrastruktur aufgebaut hatte, waren diese während des Krieges, der hier in Kampuchea noch verheerender wirkte als in Vietnam, schwer beschädigt worden.

Da nur ein so geringer Sektor der Wirtschaft modernen Charakter hatte, war es für die kampucheanischen Kommunisten möglich, eine Strategie des Wiederaufbaus zu wählen, die die Produktionsmittel, die man für nützlich und für aus dem Zusammenbruch zu retten ansah, rasch rekonstruieren würde, während man einige der ehemals avancierten Teile der Ökonomie, die jetzt zumeist unproduktiv und beschädigt waren, ignorierte. Darüberhinaus lag es für die neue Regierung nahe – bedenkt man die Lebensmittelkrise bei Kriegsende und das überaus günstige Verhältnis von Territorium zu Bevölkerung – die Wiederaufbauenergieen auf die rasche Umwandlung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion zu konzentrieren, ohne dabei die momentanen Produktionsverluste zu fürchten, die mit der Politik eines radikalen Bruches verbunden sein mußten.

Vom politischen Standpunkt aus wurde die Entscheidung, einen großen Teil der entwickelten Ökonomie des alten Regimes abzustoßen umso attraktiver, als die fraglichen Anlagen und Strukturen Teile des alten politischen Machtapparates waren. Viele stammten von Sihanouks staatskapitalistischem System und einige waren wegen ihrer direkten Verbindungen zu ausländischem Kapital suspekt. Da Sihanouk in der Einheitsfront war, gab es realen Grund zur Befürchtung, daß die Wiederinbetriebnahme dieser Teile der Wirtschaft innerhalb eines sozialistischen Systems im Grunde nur den politischen Einfluß von Sihanouks Staatskapitalisten restaurieren könnte. Die Tatsache, daß die Wirtschaft der befreiten Zonen ausschließlich auf landwirtschaftliche Produktion ausgerichtet war und keine sozialistische Industrie als Gegengewicht zur ökonomischen Macht des alten industriellen Sektors bieten konnte, verstärkt diese Befürchtung. Daher waren im Gegensatz zu Vietnam die Nationalisierung und direkte Umwandlung der vorhandenen ökonomischen Struktur in ein sozialistisches System nicht ausreichend, um die Macht der alten Feinde der Revolution zu brechen.

Beziehungen zwischen den Parteien

Alles in allem wirkten eine Vielzahl von Faktoren zusammen, um die kampucheanische und vietnamesische kommunistische Partei in völlig verschiedene Richtungen zu führen, vor allem, nachdem sie jeweils in ihrem Land die Macht ergriffen hatten.



Nachkriegsentwicklung in Kampuchea: „Landwirtschaftliche Kooperativen" (offizielles Photo aus Kampuchea)

Ihre jeweilige Geschichte, vor und nach der Herausbildung einer unabhängigen KP von Kampuchea 1960, war gekennzeichnet durch häufige und oft sehr tiefgreifende Interessenkonflikte, die sich aus den verschiedenen Bedürfnissen der revolutionären Bewegung in jedem Land ergaben. Es war unvermeidlich, daß sich in diese Konflikte die jeweilige Macht der beiden Nationen widerspiegelte wie auch die verschiedenen Ansichten der beiden Parteien, was zur Vertreibung zuerst der Franzosen, dann der Amerikaner aus Indochina notwendig sei. Diese Geschichte trägt viel zur Erklärung der Vietnamfeindlichkeit der KPK bei.

Die Indochinesische Kommunistische Partei (IKP)

1930 formierte sich die neu gegründete Indochinesische Kommunistische Partei (IKP), geführt von Ho Chi Minh, als kommunistische Bewegung sowohl in Laos wie in Kampuchea. Bis 1945 hatte man jedoch in Kampuchea wenig erreicht; es war lediglich gelungen, die dort ansässigen Vietnamesen zu rekrutieren. Nach dem II. Weltkrieg ermutigte die IKP eine kampucheanische Unabhängigkeitsbewegung, welche kommunistisch und in die IKP integriert war und versorgte sie mit Kadern.

Da jedoch in den 30er Jahren wenig erreicht worden war, mußte die Organisationsarbeit buchstäblich beim Nullpunkt anfangen, und es gelang schließlich nichtkommunistischen Gruppen als erste 1945 die Unabhängigkeit Kampucheas auszurufen. Die Franzosen kehrten nach Kampuchea zurück und lösten die Unabhängigkeitsregierung auf; ihre Anhänger flohen in die Grenzgebiete von Vietnam und Thailand, wo IKP-Kader versuchten, sie erneut anzuwerben. Dieser Versuch wurde in Vietnam durch die Konflikte belastet, die zwischen den Vietnamesen und Kampucheanern 1946 entstanden, als es darum ging, welcher Grad der Autonomie der größeren Volkseinheit der Khmer im Süden Vietnams gewährt werden sollte. Darüberhinaus wurde dies durch erfolgreiche Militäroperationen der Franzosen gegen Basen der Vietminh erschwert. In Thailand, wo eine Linksregierung den Kommunisten einen Zufluchtsort geboten hatte, unterbrach ein Militärputsch von rechts 1947 die IKP-Rekrutierung.

Schwierigkeiten der kommunistischen Bewegung in Kampuchea

Ihrer Basen an der Grenze beraubt, unterstützten die Vietnamesen eine kommunistisch geführte Widerstandsbewegung in drei relativ autonomen Zonen innerhalb Kampucheas. Rivalitäten und Spannungen zwischen den Zonen schwächten die Bewegung offensichtlich und verhinderten die Konsolidierung ihrer kommunistischen Führung. Als weiterer Nachteil machte es sich bemerkbar, daß die Vietnamesen oft, durch ihre bloße Präsenz als Berater und Ausbilder antivietnamisischen, kampucheanischen Nationalismus erzeugten. König Sihanouk, eine zunehmend dynamische Figur, nützte die Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung aus, um Unterstützung für seine konkurrierende Strategie zu gewinnen, die Unabhängigkeit Kampucheas ohne bewaffneten Kampf und ohne bedeutende Sozialreformen herbeizuführen.

Als Ergebnis solcher Probleme war die kommunistische Bewegung, die sich in Kampuchea schließlich herausbildete, gekennzeichnet durch innere Konflikte und dadurch, daß auf höchster Ebene Kommunisten der Bewegung den Rücken kehrten; die Bewegung konstituierte sich nie formell als kommunistische Partei. Unter vietnamesischer Aufsicht wurde 1951, als sich die IKP offiziell auflöste und in Vietnamesische Arbeiterpartei (VAP) umbenannt wurde, eine Organisation mit dem Namen Partei des Khmer Volks gegründet. Doch diese Organisation war eine, offensichtlich als Vorstufe zu einer KP angelegte, Volksfrontorganisation.

Zwischen 1954 und 1960 – von der Genfer Konferenz bis zur Gründung der KPK – erlitten die kampucheanischen Kommunisten eine Serie von Rückschlägen und Katastrophen, für die sie häufig ihren vietnamesischen Lehrern die Schuld gaben. Unter sowjetischem und chinesischem Druck hatten die Vietnamesen zugestimmt, Sihanouk als Repräsentant Kampucheas in Genf zu akzeptieren. In der Schlußübereinkunft von Genf wurde den vietnamesischen Kommunisten gestattet, ihre Macht im Norden zu konsolidieren, während Kampuchea die Unabhängigkeit unter Sihanouk erhielt, ohne daß die Kommunisten anerkannt worden wären.

Wahl zwischen Untergrund und Exil

Die Vietnamesische Arbeiterpartei, die nun in Nordvietnam die Macht im Staat hatte, gab den Kampucheanern den Rat, ihre Widerstandsbewegungen aufzulösen und zu parlamentarischen und journalistischen Formen des Kampfes zurückzukehren. Vor eine Situation, ähnlich der der Kader der vietnamesischen Arbeiterpartei (VAP) in Südvietnam, gestellt,



Pol Pot

hatten die kampucheanischen Kommunisten die Wahl zwischen dem Exil in Nordvietnam, wo sie von ihrer Gesellschaft und deren Politik abgeschnitten gewesen wären, und der Unterdrückung in ihrer Heimat, wo ihnen geringe oder gar keine Mittel zur Selbstverteidigung zur Verfügung standen. Ein großer Teil der Führung der kommunistischen Bewegung Kampucheas wählte die relative Sicherheit des Exils. Als sich das Exil Jahr um Jahr hinschleppte und immer deutlicher wurde, daß es wahrscheinlich zum permanenten Exil würde, wurden sie stark demoralisiert und verloren den Kontakt mit der heimatlichen Wirklichkeit. Viele von den Zurückgebliebenen waren andererseits nicht viel mehr als Opfer dieser Realität.

Wie auch in Südvietnam folgte auf die Opfer, die man in Genf für den Frieden und die Errichtung eines sozialistischen Staates in Nordvietnam gebracht hatte, sehr viel Schlimmeres. Nachdem man sich teilweise ins Exil zurückgezogen hatte und eine beinahe völlige Entwaffnung stattgefunden hatte, folgte in Kampuchea Unterdrückung und

Liquidierungen. Parlamente, Zeitungen und Zeitschriften, juristische Aktivitäten internationaler Organisationen, die öffentliche Meinung und die starke nordvietnamesiche Basis im Rücken – dies alles bot nur einen sehr geringen Schutz. Nach einigen Jahren der Respression reduzierte sich das, was von der kommunistischen Bewegung in Kampuchea aus der Zeit vor der Genfer Konferenz übrig geblieben war, auf eine Handvoll verbitteter Kader. Verloren war das mit vietnamesischer Hilfe und mit vietnamesischem Rat bis 1954 Erreichte. Diese Verluste konnte man plausibel dem zur Last legen, was die Vietnamesen in Genf und seither getan hatten.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Kampucheas (KPK)

Während dieser Zeit füllte sich die Lücke, die in der kommunistischen Bewegung Kampucheas entstand teilweise aus neuen Quellen, wobei die französischen Universitäten die wichtigsten waren. Seit 1953, als ein junger Kampucheaner, der später den Namen Pol Pot annehmen würde, aus Frankreich zurückkam und sich dem Untergrund anschloß, bis zur Heimkehr von Khieu Sampan 1959, wurde die kommunistische Bewegung durch Kampucheaner verstärkt, die nicht aus der Tradition der IKP kamen.

In der Zeit nach der Teilung der IKP in drei nationale Bewegungen und nach der Genfer Konferenz konnten sich diese Kader nicht formell an die vietnamesische Arbeiterpartei anschließen. Das Ergebnis von alledem war, daß auf dem ersten nationalen Kongreß der kampucheanischen Kommunisten im September 1960 sehr viele waren, die gegenüber der VAP Bitterkeit oder Gleichgültigkeit empfanden. Obwohl zweifellos einige ehemalige Kader der IKP trotz allem was geschehen war, loyal zur „IKP-Tradition" standen, zogen es andere vor, dies zu vergessen. Für viele der kampucheanischen Kommunisten, die in Frankreich studiert hatten, war diese Tradition einfach irrelevant oder ein Gegenstand des Hohns.

Neue Streitpunkte

Trotzdem hätte die Gründung der KPK eine neue Ära relativer Freundschaft und Herzlichkeit zwischen kampucheanischen und vietnamesischen Kommunisten einleiten können. Indem sie einer Linie des politischen Kampfes mit bewaffneter Selbstverteidigung folgte, ließ die neue KP eine der stärksten Gründe für die Verbitterung der Ära nach der Genfer Konferenz wegfallen: Die ausschließliche Konzentration auf den friedlichen politischen Kampf unter Bedingungen der Unterdrückung. Doch ein Prozeß, der alte Wunden hätte heilen können und alte Fehler vergessen machen können, wurde bald unmöglich. Sihanouk beantwortete die Gründung der KPK mit einer Verschärfung seiner antikommunistischen Kampagne, während die Vietnamesische Arbeiterpartei sich nicht in der Lage sah, oder nicht Willens war, materielle oder auch nur propagandistische Unterstützung für die kampucheanischen Kommunisten zu mobilisieren. Schlimmer noch, die vietnamesischen Kommunisten wurden Sihanouk gegenüber zunehmend freundlicher.

Interessenkonflikt und gegenseitiges Mißtrauen nehmen zu

Genau in dem Maße, in dem die steigende Unterdrückung durch die Regierung Sihanouks es immer schwieriger machte, Volksfrontaktivitäten zu organisieren, die Möglichkeiten der legalen Opposition auszunützen und die Untergrundarbeit in den Städten voranzutreiben, wurden die Beziehungen zwischen VAP und Sihanouk immer herzlicher. Für die Vietnamesen war die Notwendigkeit, bei ihrem Kampf zur Befreiung des Südens – der 1960 einsetzte – ihre Flanke abzusichern, zur zwingenden Priorität geworden und korrekte und sogar betont gute Beziehungen zu Sihanouk waren von vitaler Bedeutung. Demgemäß hatten sie das Gefühl, daß es den kampucheanischen Kommunisten gelingen müßte, einen gangbaren Weg zum Aufbau ihrer eigenen Macht zu finden, und gleichzeitig mit Sihanouks antiimperialistischer Außenpolitik zu kooperieren und diese zu unterstützen. Dies konnte oder wollte die KPK nicht, und die Beziehungen zwischen den beiden KP's waren zunehmend durch Interessenkonflikte und gegenseitiges Mißtrauen gekennzeichnet anstatt durch Herzlichkeit und Freundschaft.

Eine politische Krise in Pnom Penh Anfang 1963 führte dazu, daß die KPK sich mit ihren Aktivitäten auf das Land zu konzentrieren begann, und bei der Organisation der Bauern gegen Sihanouk wurde vollends die Pose aufgegeben, daß eine Volksfrontstrategie mit Sihanouk in Unterstützung seines Antiimperialismus zu befolgen sei.

Inzwischen schlug Sihanouk, der Unterstützung gegen die von den USA getragenen Regimes in Südvietnam und Thailand suchte, einen schärferen Kurs gegenüber den Vereinigten Staaten ein und wies gegen Ende des Jahres alle Wirtschafts- und Militärhilfe aus den USA zurück. In dem Maße, in dem die USA ihre Intervention gegen die vietnamesische Revolution im Süden verstärkten, wurde es umso dringender für die vietnamesischen Kommunisten, den Antiimperialismus Sihanouks zu unterstützen und zu ermutigen und die Einrichtung von Basen der USA in Kampuchea zu verhindern. Dies eben zu dem Zeitpunkt, als die KPK das Gefühl hatte, daß sie nur durch totale Opposition gegen Sihanouk ihr politisches Überleben sichern könne. Für die KPK schien es, daß Sihanouks Antikommunismus letztendlich nicht nur seinen Antiimperialismus aufwiegen würde, sondern tatsächlich die stärksten antiimperialistischen Kräfte in Kampuchea zerstören würde.

Unabhängiger Kurs der KPK – Bedrohung für Vietnam?

Die letzte starke Verbindung zwischen der alten IKP und der neuen KPK war 1962 zerbrochen worden, als die Agenten Sihanouks Touch Samouth, einen ehemaligen Kader der IKP töteten, der 1960 zum Parteisekretär der KPK gewählt worden war. Nun war die KPK beinahe vollständig in der Hand ehemaliger Studenten aus Frankreich. Sie bildeten einen Kern, dem sich wahrscheinlich eine beträchtliche Anzahl ehemaliger IKP-Kader anschlossen, die ihre Einschätzung über die Situation in Kampuchea teilten, vor allem, was das beinah Unmögliche einer Zusammenarbeit mit Sihanouk und die Unzuverlässigkeit der Vietnamesen betraf. Die KPK entschloß sich zu einem unabhängigen Kurs, den ihre Führung als den Realitäten des Sihanouk-Regimes und der sozio-ökonomischen Situation in Kampuchea angemessen empfand.

Bezogen darauf, was in den Augen der Vietnamesen die wesentlichen und unmittelbaren Bedürfnisse der Befreiung und Wiedervereinigung Vietnams waren, mußte dieser Kurs jedoch als bestenfalls gleichgültig und schlimmstenfalls als Bedrohung erscheinen. Nachdem der größte Teil ihrer Arbeit auf dem Lande beendet war, war die KPK zu einer Bedrohung der Stabilität des Sihanouk-Regimes geworden, das die Vietnamesen als Bollwerk des progressiven, bürgerlichen Antiimperialismus nachhaltig unterstützten. Theoretisch

hätte sich dieser Widerspruch lösen lassen, indem die KPK innerhalb Kampucheas eine korrekte Volksfronttaktik verfolgt hätte. In der Praxis realisierte sich diese Taktik jedoch nicht zur Zufriedenheit der VAP. Dies war wahrscheinlich auch garnicht möglich, bedenkt man die Intensität von Sihanouks antikommunistischer Unterdrückung, dergegenüber die Vietnamesen wiederum gleichgültig schienen.

Jahr um Jahr verschärfte sich der Widerspruch und mit ihm die Konflikte und das Mißtrauen. 1965 brach Sihanouk die diplomatischen Beziehungen mit den USA ab und der totale militärische Angriff der USA auf Vietnam zwangen Teile der vietnamesischen Streitkräfte auf kampucheanischem Gebiet Zuflucht zu suchen – zuerst mit der Erlaubnis der KPK und dann mit der stillschweigenden Duldung Sihanouks.

Zu diesem Zeitpunkt begann die Rückkehr ehemaliger Kader der IKP aus dem vietnamesischen Exil nach Kampuchea. Anstatt daß dies jedoch zu einer Annäherung der beiden Parteien geführt hätte, schufen die Heimkehrer nur neue Probleme. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man sie mit offenen Armen aufgenommen. Nun betrachtete man sie mißtrauisch, als mögliche Agenten, ausgesandt, um die KPK zu infiltrieren und sie zu einer größeren Kooperationsbereitschaft mit Sihanouk zu bringen.

KPK: totaler Krieg gegen Sihanouk – VAP: enge Zusammenarbeit mit Sihanouk

Nach 1967 schrumpfte die Basis für eine Solidarität zwischen KPK und VAP noch mehr. In diesem Jahr erklärte die KPK dem Sihanouk-Regime den totalen Krieg. Die Kriegssituation in Vietnam ließ das Territorium von Kampuchea zu einem unverzichtbaren Fluchtraum für vietnamesische Truppen werden, anstatt wie bisher nur ein bequemes Rückzugsfeld zu sein.

In Nordwestkampuchea reagierten die Bauern auf die Zwangseinziehung von Reis durch die Armee Sihanouks mit einem spontanen Aufstand. Sihanouk gab den Kommunisten die Schuld und elemenierte die Linke nun völlig aus dem legalen politischen Leben Kampucheas, wodurch die verbliebenen legalen Kader der KPK auf's Land getrieben wurden. Diese Ereignisse überzeugten die Führung der KPK, daß man zwangsläufig mit den endgültigen Vorbereitungen für den totalen bewaffneten Kampf gegen Sihanouk beginnen mußte. In der Zwischenzeit bereiteten die Vietnamesen für 1968 die Tet-Offensive vor. Dafür hatte die Nutzung kampucheanischen Territoriums als Fluchtzone und Versorgungsroute eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Beziehungen der VAP zum Regime Sihanouks noch enger.

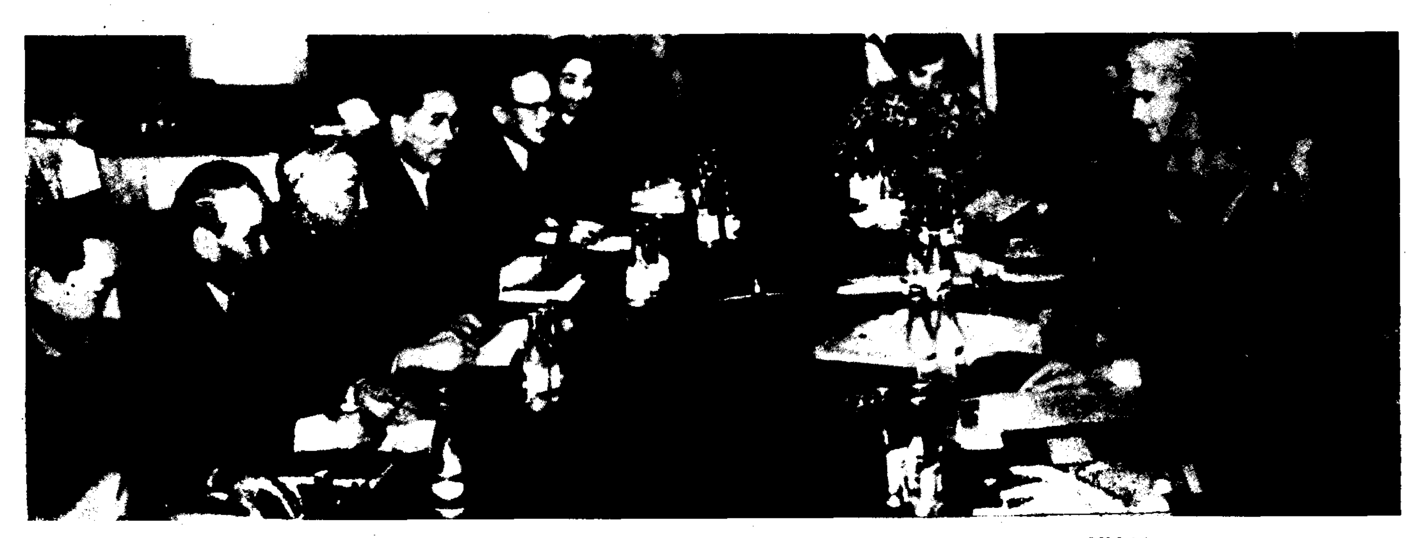
Als die KPK eine revolutionäre Armee organisierte und im Januar 1969 mit dem offenen Krieg gegen Sihanouk begann, fand sie deshalb die Vietnamesen in Opposition, und diese änderten ihren Standpunkt auch bis zum Putsch gegen Sihanouk im März 1970 nicht. In diesem Zeitraum lernte die KPK, völlig unabhängig von den Vietnamesen zu arbeiten und entdeckte, daß ein solch unabhängiger Stand möglich war. Im Gegensatz zu den Katastrophen der Verbitterung und Dezimierung in den späten fünfziger Jahren, war die Zeit von 1968 bis 1970 für die KPK eine Zeit der selbstbewußten Isolation, des wachsenden Selbstvertrauens und des Erfolges.

Allianz des Mißtrauens

Als der Putsch vom März 1970 sie zu einer engen Zusammenarbeit zwang, waren die Beziehungen zwischen den vietnamesischen und kampucheanischen Parteien wahrscheinlich schlechter, als sie je gewesen waren. Jede Partei war wahrscheinlich tief davon überzeugt, daß die andere ständig bewiesen hatte, daß sie nicht in der Lage war, irgendein anderes Interesse als das Ihre zu sehen. Genauer, die KPK glaubte wahrscheinlich, daß die VAP ihre Unfähigkeit gezeigt hatte, die revolutionäre Situation in Kampuchea zu begreifen und daß ihre Außenpolitik, insbesondere ihre Politik gegenüber der KPK, eher durch die nationalen Interessen Vietnams als durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse der kampucheanischen Revolution bestimmt war. Der VAP muß das Programm der KPK für eine Revolution in Kampuchea als eine blinde und hoffnungslose Offensive gegen das Sihanouk-Regime erschienen sein, während die KPK für den Gedanken unempfänglich erschien, daß ihr Kampf für den Befreiungskampf Südvietnams – der auf die Befreiung ganz Indochinas zielte – eine Katastrophe bedeuten könnte.

Gründe für wechselseitiges Mißtrauen

Die im April 1970 geschlossene Allianz löschte diese Vorstellung nicht aus. Obwohl Kooperation wieder möglich und sogar notwendig wurde, verwandelte dies das Miß-



Vietnamesische und amerikanische Delegierte auf den Friedensverhandlungen in Paris 1973. (Photo: VNA)

trauen nicht in Vertrauen, oder den grundlegenden Interessenkonflikt in Harmonie. Die unterschiedlichen Auffassungen der beiden Parteien traten 1972/73 wieder in den Vordergrund, als die Vietnamesen Friedensverhandlungen mit den USA führten.

Als die Vietnamesen nach den Terrorbombardements auf Hanoi einem Waffenstillstand zustimmten, der amerikanische Kräfte aus Südvietnam abzog, sahen sich die Kampucheaner dem gesamten Potential der amerikanischen Luftwaffen ausgesetzt. Gleichzeitig glaubten sie, daß die Vietnamesen sie durch Reduzierung der militärischen Lieferungen zu Verhandlungen mit den USA zwingen wollten. Das kampucheanische Mißtrauen wurde dadurch verstärkt, daß die Vietnamesen noch ein halbes Jahr mit den USA über Wiederaufbauhilfe verhandelten, wobei Kissinger darauf bestand, daß ein Waffenstillstandsabkommen für Kampuchea als Vorbedingung gelten müsse. (Als abweichende Analyse, die den Standpunkt vertritt, daß Vietnam keinen Druck auf Kampuchea ausübte vgl. Gareth Porter: A Peace Denied: The US, Vietnam and the Paris Agreement (Indiana, 1975).

Die kampucheanischen Kommunisten waren wahrscheinlich der Auffassung, daß die Einnahme Pnom Penhs und die Beendigung des Krieges in Kampuchea gelungen wäre, wenn nur die Vietnamesen die Amerikaner weiterhin im direkten Kampf gefesselt und gleichzeitig die KPK logistisch und materiell Unterstützt hätten.

Stattdessen sah sich das Land zwei weiteren Kriegsjahren ausgeliefert, unter anderem dem konzentriertesten Bombardement der Geschichte. Die Erinnerung an Genf, als die Interessen Kampucheas geopfert wurden und an die späten 60er Jahre, als die Vietnamesen es ablehnten, den Kampf der KPK gegen Sihanouk zu unterstützen, lebten wieder auf. Alter Verdacht bestätigte sich. Die Zusammenarbeit mit Vietnam erschien wie ein Weg voller Fallstricke, und die Verläßlichkeit der Vietnamesen als Alliierte schien gering zu sein. Die Vietnamesen müssen diesen Zeitabschnitt völlig anders wahrgenommen haben.

Wie bei den meisten Unabhängigkeitsbewegungen spielt in der Ideologie besonders der kampucheanischen, aber auch der vietnamesischen Kommunisten ein ausgeprägter Nationalismus, der in beiden Ländern auf einer sehr unterschiedlichen – vorkolonialen – Geschichte und Kultur fußt, der nicht zuletzt durch die unterschiedliche geographische Lage der beiden Länder eine gegensätzliche Prägung erhält.

Unterschiedliche geographische Lage

Ein Blick auf die Karte läßt klarwerden, warum sich hier grundsätzlich entgegengesetzte Nationalgefühle gegenüberstehen. Vietnams lange, im wesentlichen nicht zu verteidigende Küste, an der viele der wichtigsten Städte liegen, blickt auf eine der wichtigsten Schiffahrtsrouten der Welt. Obwohl die meisten Konfrontationen mit ausländischen Mächten den Charakter eines dramatischen Schocks für Vietnam hatten, sind solche Interaktionen durch den ständigen kommerziellen und militärischen Verkehr vor seinen Küsten unvermeidlich – ein Verkehr, der Vietnam strategisch wichtig macht. Deshalb mußte Vietnam lernen, die Interessen der anderen zum eigenen Vorteil zu nutzen, Drohungen von außen durch das gegeneinander Ausspielen und Manipulieren der verschiedenen ausländischen Gruppen zu begegnen, sogar um den Preis, ihnen die Anwesenheit in Vietnam zu gestatten. Einfaches sich Abschließen und ein isolationistischer Standpunkt standen nie als Möglichkeit zur Verfügung.

Kampuchea andererseits ist im wesentlichen ein Binnenland mit einer kurzen Küste, bei dem auffällt, daß die typische aufgeblähte Hafenstadt ehemaliger Kolonien völlig fehlt (Saigon war Kampucheas Hafen für koloniale Exporte und Kompong Som, der einzige Hafen, wurde erst unter Sihanouk entwickelt, um die Abhängigkeit von Vietnam zu reduzieren). Darüberhinaus ist der einzige Verkehr entlang der kampucheanischen Küste der zwischen Vietnam und Thailand. Deshalb hat Kampuchea die grundsätzliche Möglichkeit – die Vietnam fehlt – Drohungen von außen mit einer isolationistischen Politik zu begegnen. Wie das gegenwärtige Regime in Burma, dem einzigen anderen Land in Südostasien, mit ähnlichen geographischen Bedingungen, hat die Regierung von Kampuchea die Kontakte mit dem Ausland scharf gedrosselt.

Nationalbewußtsein und Außenpolitik

Folgende Hypothese ist möglich – der hypothetische Charakter muß betont werden, da das Beweismaterial sehr impressionistisch ist –: die charakteristischen gegenseitigen Beeinflussungen zwischen zwei Elementen der kulturellen Psychologie von Kampuchea und Vietnam verstärken die Tendenzen, die sich aus den geographischen Bedingungen ergeben. Während die modernen Eliten in beiden Ländern der Furcht vor der nationalen Auslöschung und dem Stolz auf die eigene Geschichte Ausdruck gegeben haben – Gefühle, die wahrscheinlich in den Massen verankert sind –,

Auszüge aus einer Pressekonferenz, die Prinz Norodom Sihanouk am 8.1.1979 in Peking gab. Sihanouk war bis zum Putsch des US-Günstlings Lon Nol (18. März 1970) Staatsoberhaupt von Kambodscha. (Tonbandmitschnitt: Steve Heder/Newsweek)

„Die Vietnamesen (sind) alleine verantwortlich für den Krieg, sie sind verantwortlich für die Aggression, sie sind verantwortlich für den Überfall auf Kambodscha und sogar für den Sturz der Regierung Pol Pots.

... Wer weiß schon, wer die „Einheitsfront für Nationale Rettung" ist, und wer kennt die angeblichen Führer dieser Front. Sie sind völlig unbekannt. Wer sind sie? Ich kenne sie nicht. Der Vorsitzende heißt Heng Somrin. Wer ist Heng Somrin? Die Vietnamesen geben zu, daß die „Einheitsfront" vor zwei Monaten, vor einem Monat gegründet worden ist. Woher hat sie die schweren Waffen, wie konnte sie eine so große Armee in nur einem Monat ausbilden, wie konnte sie Piloten mit hohem technischem Wissen haben und woher hatte sie die Artillerie? Nur gut ausgebildete Mathematiker können diese Geschütze bedienen. Sie sehen also, es ist ein ganz, ganz klarer Fall von Aggression. Es ist also die Pflicht der Vereinten Nationen, wenn sie ihrer Charta treu bleiben wollen, nicht nur die des Sicherheitsrates, sondern aller Mitglieder der Vereinten Nationen, Vietnam zu verurteilen, Vietnam aus den Vereinten Nationen auszuschließen oder Vietnam zu zwingen, sich vollständig aus Kambodscha zurückzuziehen und Kambodscha seine Probleme alleine, ohne fremde Einmischung lösen zu lassen.

ist diese Frage von ihnen doch nicht in derselben Weise behandelt worden. Es ist durchaus möglich, daß die abweichende Behandlung grundsätzliche kulturpsychologische Konstellationen reflektiert, die einen direkten Einfluß auf Ausprägungen des Nationalismus und der Außenpolitik haben.

Die Furcht vor der Auslöschung spielt in Kampuchea eine wesentlich größere Rolle als in Vietnam. Dies ergibt sich natürlich aus der geschichtlichen Verringerung des kampucheanischen Territoriums durch eine Serie von erfolgreichen vietnamesischen (und thailändischen) Annektionen und Invasionen. Praktisch jede Analyse der kampucheanischen Geschichte und jeder Kommentar über die kampucheanische Politik der Gegenwart, die von einem Kampucheaner verfaßt sind, beschwören wiederholt die Möglichkeit des Verschwindens der kampucheanischen Rasse, Kultur und Nation. Häufig wird das Schicksal des Königsreichs von Champa zitiert, das einst über einen großen Teil des peninsularen Südostasiens regiert hat, aber als politisches Gebilde im 15. Jahrhundert verschwand, wonach sein Volk, die Champs den ausländischen Staaten ausgeliefert blieben.

Ähnlich haben die Kampucheaner stets bei der Feier ihrer geschichtlichen Leistungen Kampucheas den Aspekt des Aufbaus einer Nation viel stärker hervorgehoben als die Vietnamesen, die traditionellerweise ihre literarischen und kriegerischen Leistungen in den Vordergrund rückten. Die großartigen kampucheanischen Monumente von Angkor Wat stellen eine Art konkreten und unwiederlegbaren Beweis für eine großartige Geschichte einheimischer kampucheanischer Fähigkeiten zur Staatsbildung dar. Ein solcher Beweis fehlt in Vietnam. Umfangreiche archäologische Ausgrabungen haben nichts zutage gefördert, das sich mit Angkor vergleichen ließe, trotz des Reichtums anderer Aspekte der Geschichte Vietnams. Die kampucheanische Literatur über Kampuchea kommt immer wieder auf den Gedanken zurück, daß Angkor Wat Zeugnis für die gewaltigen einheimischen Fähigkeiten des kampucheanischen Volkes ablegt, eine Nation aufzubauen, während die Vietnamesen, wenn sie mit Stolz von ihrer Geschichte reden, traditionell ihre wiederholten Erfolge bei der Abwehr ausländischer Aggressoren und ihre intellektuellen Leistungen betonen. Diese schließen die originellen und schöpferischen Synthesen hoher chinesischer Kultur mit einheimischen vietnamesischen Traditionen mit ein.

Aufgrund dieser Hinweise auf das Nationalbewußtsein, deutet sich der Gedanke an, daß die Kombination einer tiefen Furcht rassischer und nationaler Ausrottung mit Kampucheas in der Geschichte gründenden Mythologie der Größe nationalen Aufbaus zusammenstimmt mit einer Politik, die nationale Ausschließlichkeit und Autarkie betont.

Demgegenüber paßt die Politik Vietnams mit ihrer selbstbewußten Haltung gegenüber dem Ausland und dem Interesse, ausländische Technologie zu übernehmen oder den Eigenbedürfnissen anzupassen zu der kulturellen Tradition dieses Landes, mit der Betonung der erfolgreichen Abwehr ausländischer Aggressoren und einer synthetisierenden kulturellen Leistung.

Nationalismus und revolutionäre Strategie

So wie der Charakter der Regierungen, welche die beiden revolutionären Bewegungen bekämpften, die Art und Weise nachhaltig beeinflußten, wie sie den Klassenkampf führten, so beeinflußten diese Regierungen auch den spezifischen Charakter des Nationalismus, den die jeweilige kommunistische Partei ausformte. Wie bereits erwähnt, wurde die kommunistische Bewegung in Vietnam der einzig legitime Träger des modernen vietnamesischen Nationalismus. Rivalisierende Parteien und politische Gruppen, die versuchten, nationalistischer als die Kommunisten aufzutreten, brachten es nie zu einer Massengefolgschaft und schafften nie, den nationalistischen Anspruch der Kommunisten in Frage zu stellen. Die Regimes, die die Kommunisten bekämpften, waren zu offensichtlich die Handlanger der Franzosen oder Amerikaner, als das es ihnen hätte gelingen können, nationalistische Legitimität zu erringen. Deshalb war es für die vietnamesischen Kommunisten relativ einfach, ihre Popularität als Nationalisten aufrecht zu erhalten und es erscheinen zu lassen, als ob ihren Feinden immer wieder vorzuhalten, daß sie ohne massive imperialistische Unterstützung nicht überleben können.

Für die kampucheanischen Kommunisten war die Situation sehr viel komplizierter, da ihr ursprünglich und wichtigster Feind,das Sihanouk-Regime, ein starkes nationalistisches Image hatte. Sihanouk betonte einige der Themen, die zwangsläufig in der kampucheanischen Außenpolitik auftreten, unter anderem Isolationismus und Autarkie. Beim Kampf gegen dieses Regime verfolgten die Kommunisten eine überaus starke nationalistische Linie, die diese Themen noch nachhaltiger betonte. Obwohl sie Sihanouk nicht überzeugend als die Marionette ausländischer Herren darstellen konnten, betonten sie, daß die relativ geringe imperialistische Unterstützung dennoch einen deutlichen Anteil daran hatte, daß er sich an der Macht halten konnte. Nach 1970 beschuldigten sie den CIA, den Rechtsputsch inszeniert zu haben, durch den Sihanouk stürzte. Gleichzeitig meinte die KPK, daß Sihanouk selbst durch seine Entscheidung, in den letzten Jahren seiner Herrschaft die Beziehungen zu den USA wieder aufzunehmen, dem CIA die Gelegenheit zum Putsch gegeben hatte. In Folge dessen empfanden die kampucheanischen Kommunisten von da an selbst einen nur sehr begrenzten imperialistischen Einfluß als starke Bedrohung.

Der Regierungswechsel 1970 enthob die kampucheanischen Kommunisten nicht der Notwendigkeit, mit der Regierung um den Ausweis nationalistischer Legitimität zu kämpfen, denn sogar das Regime Lon Nol konnte sehr viel eher den Anspruch erheben, als Nationalisten anerkannt zu werden, als die aufeinanderfolgenden Regimes in Saigon. Die Anwesenheit der USA in Kampuchea war weniger auffällig als in Vietnam – obwohl die Verluste durch das Bombardement durch die USA im Verhältnis größer waren –, und darüberhinaus war Lon Nol in der Lage, die vietnamesische Unterstützung, die die Kommunisten erhielten, propagandistisch gegen sie auszuspielen. Als Werkzeug Hanois denunziert, mußten die kampucheanischen Kommunisten ihren Nationalismus und ihre Unabhängigkeit beweisen. Dies war eine Herausforderung, der sich die vietnamesische Partei nie gegenübersah.

Die Position der beiden Regierungen zur sozialistischen Welt

Die Einstellung der Regierungen von Vietnam und Kampuchea zu internationalen Fragen wird außerdem jeweils verschieden von zwei Faktoren beeinflußt. Zunächst einmal dienen Ideologien des Internationalismus und der gegenseitigen Abhängigkeit, in jedem beliebigen System oder Subsystem von Staaten eher den Interessen der größeren und mächtigeren Staaten innerhalb des Systems oder Teilsystems. Die Interessen der kleineren und schwächeren Staaten realisieren sich eher durch Ideologien des Nationalismus

und der Unabhängigkeit. Was aus dieser Tendenz für Vietnam und Kampuchea folgt (mit Bevölkerungszahlen von 50 Mio bwz. 8 Mio) ist bezüglich ihrer Rollen, in Südostasien und in der sozialistischen Welt klar. Zum Zweiten haben und hatten die beiden kommunistischen Parteien ein völlig anderes Verhältnis zur außenpolitischen Mythologie des internationalen Kommunismus.

Die vietnamesischen Kommunisten waren seit der Gründung ihrer Partei 1930 Teil der traditionellen internationalen kommunistischen Bewegung. Obwohl diese Bewegung nie ein völlig monolitischer Block war, war sie ein Ideal, von den Begründern des Marxismus formuliert und von Lenin und Stalin, wie immer mangelhaft, in der Form der Komintern verwirklicht. Ho Chi Minh, der für die Komintern wie für sein eigenes Land arbeitete und andere Führer des vietnamesischen Kommunismus haben dieses Ideal immer geteilt, mit seinen Implikationen der Notwendigkeit proletarisch-internationalistischer Kooperation und Koordination der Politik der verschiedenen Parteien im sozialistischen Lager. Als es zum Bruch zwischen Rußland und China kam, lehnten sie es ab, dies als Beweis für das Hinscheiden anzuerkennen, und bestanden darauf, diesen Bruch als zeitweilige Meinungsverschiedenheit innerhalb der Bewegung und nicht als endgültiges Zerbrechen der Bewegung selbst zu betrachten.

Die 60er Jahre hindurch und bis in die frühen 70er Jahre hinein sahen sich die Vietnamesen als ältere Mitglieder der Bewegung, die ihren Einfluß bei der Schlichtung des Disputs einsetzen konnten. Bedeutende propagandistische und materielle Unterstützung von der SU wie auch von China für den Befreiungskampf im Süden bestärkten die Vietnamesen in dieser Haltung, und kein Mitglied des sozialistischen Blocks schienen je einen bewaffneten Feind der vietnamesischen Revolution zu unterstützen. Sogar jetzt, nach dem Bruch mit China, schienen die Vietnamesen das Ideal der kommunistischen Einheit nicht aufgegeben zu haben. China ist schlicht aus dem kommunistischen Lager ausgeschlossen worden, während Vietnam durch den Eintritt in den COMECON sich ihm noch enger verbunden hat.

Für die KPK, die 1960 entstand, als der chinesisch-sowjetische Bruch bereits ernsthafte Ausmaße angenommen hatte, war die Komintern nie mehr als eine geschichtliche Kuriosität. Offensichtlich nahm sie nicht am letzten Weltkongreß der kommunistischen Parteien teil, der 1960 unter scharfen Attaken der SU und Chinas stattfand. Die ganzen 60er Jahre hindurch wurde die KPK öffentlich von allen kommunistischen Parteien abgelehnt. Sie erhielt nicht nur keine Unterstützung, die SU und China unterstützten beide die Regierung Sihanouk. Tatsächlich verurteilen sowjetische Diplomaten in Pnom Penh die KPK 1967, und China lieferte beträchtliche militärische Unterstützung 1968 an Sihanouk, gerade in dem Moment, als die Kommunisten den bewaffneten Kampf gegen seine Regierung begannen. Nach 1970 unterstützte die SU offen Lon Nol und unterhielt eine diplomatische Vertretung in Pnom Penh bis zur Befreiung 1975. Während China die KPK gegen Lon Nol mit Militärhilfe und Propaganda unterstützte, war es bereits dabei, die Verständigung mit den USA einzuleiten, die dabei waren, Kampuchea zu zerstören. Es kann kaum überraschen, daß die kampucheanischen Kommunisten nach solchen Erfahrungen nur geringes Vertrauen in die Hilfe anderer kommunistischer Parteien oder in eine Allianz mit ihnen setzen. Deshalb weisen sie die Vorstellung eines sozialistischen Blocks zurück und gehen keine Mitgliedschaft ein; und die häufig zitierten Pflichten des proletarischen Internationalismus, die nie besonders große praktische Bedeutung für die KPK hatten, scheinen meistens nur pro Forma beschworen zu werden.



Wäre es zwischen Vietnam und Kampuchea nur um die außerordentlich kleinen Grenzgebiete gegangen, die seit Jahren umstritten waren, so hätte es nie zu Annexion ganz Kampucheas durch die Vietnamesen kommen können. Man hätte sich in gegenseitigem Verständnis geeinigt. Unterschiedliche Bedingungen beim Wiederaufbau der beiden kriegszerstörten Länder, eine Geschichte, die die beiden kommunistischen Parteien immer wieder in scharfe Interessenskonflikte hineinmanövrierte und das Erbe alter, vorkolonialer Gegensätze jedoch hatten die Parteien einander total entfremdet und jedes Verständnis unmöglich gemacht.

Anstatt in ihren Ländern gemeinsam eine freiere Gesellschaft zu errichten, wurden sie so zu Spielbällen in einem größeren Konflikt: dem zwischen den beiden 'sozialistischen' Hegemonialmächten.

Chronologie des Konflikts

Von Krieg zu Krieg

le Monde, 9.1.1979 (ergänzt bis 18.2.79)

1951
Auflösung der Kommunistischen Partei Indochinas, Aufgabe des Konzepts der „indochinesischen Föderation" und Gründung der Revolutionären Volkspartei Kambodschas unter Sieu Heng.

1954
JULI: Genfer Abkommen; die kambodschanischen Vietminh fliehen nach Hanoi.

1960
SEPTEMBER: Pol Pot und seine Partisanen gründen die Kommunistische Partei Kampucheas.

1967
Nach mehreren Jahren schwieriger Verhandlungen schließen Phnom Penh und die südvietnamesische FNL ein Abkommen über den Grenzverlauf, das auch von Hanoi akzeptiert wird.

1970
MÄRZ: Antivietnamesische Demonstrationen in Phnom Penh, die von der Regierung des Generals lon Nol organisiert werden, sie weiten sich zu einem Aufstand aus, in dessen Verlauf Prinz Sihanouk gestürzt wird. Dieser ruft am 19. März in Peking zum Widerstand auf.
APRIL: Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker in Kanton, die von Tschou En-lai einberufen worden ist.

1973
FEBRUAR: Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens über Vietnam. Die Roten Khmer, die jeden Kompromiß ablehnen, werden von den Amerikanern bombardiert und von den Vietnamesen unter Druck gesetzt. Beginn der Spannungen zwischen Kambodschanern und Vietnamesen und Vertreibung der kambodschanischen Vietminh, die nach 1970 in ihr Land zurückgekehrt sind.

1975
17. APRIL: Einzug der Roten Khmer inPhnom Penh
30. APRIL: Ende des Vietnamkrieges
10. JUNI: erster bewaffneter Zusammenstoß von Kambodschanern und Vietnamesen. Die Vietnamesen besetzen die Insel Wai, die sie später wieder evakuieren; dann beschuldigen sie Kambodscha, eine ihrer Inseln angegriffen zu haben.
11. JUNI: Besuch von Pol Pot in Hanoi
AUGUST: Besuch von Le Duan, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Vietnams, in Phnom Penh.

1976
5. APIRL: Rücktritt von Prinz Sihanouk und Proklamation des Demokratischen Kampuchea.
MAI: Scheitern der kampucheanisch-vietnamesichen Verhandlungen in Phnom Penh

1977
AUGUST: General Giap besucht die Grenzgebiete zu Kampuchea. Phnom Penh gibt Kämpfe in den Grenzprovinzen Ratanakiri, Mondolkiri und Prey-Veng bekannt.

27. SEPTEMBER: Bevor Pol Pot nach Peking fährt, enthüllt er das Bestehen der kommunistischen Partei Kampucheas und klagt den „Imperialismus und die ausländischen Reaktionäre zu, alles versucht zu haben, um unser Land in die Zange zu nehmen."
SEPTEMBER: heftige Kämpfe an der Grenze
25. OKTOBER: Botschaft von Prinz Sihanouk, das Pol Pot Regime zu unterstützen; zaghafte diplomatische Öffnung Kampucheas
DEZEMBER: heftige Kämpfe im „Papageienschnabel". Besuch eines hohen chinesischen Führers und von Prinz Souphanouvong, des laotischen Staatschefs, in Phnom Penh
31. DEZEMBER: der kampucheanische Staatschef Khieu Samphan, verurteilt öffentlich die vietnamesische Aggression und spricht von „Kriegszustand". Phnom Penh bricht die diplomatischen Beziehungen zu Hanoi ab; Vietnam weist die Anschuldigungen zurück und spricht von „Verteidigung"

1978
3. JANUAR: Phnom Penh nennt als Vorbedingung für Verhandlungen den Abzug der vietnamesichen Truppen aus Kambodscha. Hanoi leugnet, in Kambodscha einmarschiert zu sein und spricht nur von „Gegenangriffen" als Antwort auf kambodschanische Aggressionen
6. JANUAR: Phnom Penh versichert, einen „totalen Sieg" errungen zu haben.
5. FEBRUAR: Hanoi schlägt einen Friedensplan mit drei Punkten vor, der die Einstellung der Feindseligkeiten und den Rückzug der Truppen fünf Kilometer ins Land, den sofortigen Beginn von Verhandlungen und internationale Garantien vorsieht.
8. FEBRUAR: Phnom Penh lehnt den Plan Hanois ab
9. FEBRUAR: Peking beschuldigt Moskau, den Konflikt zu entfachen; Moskau veruteilt die politik Phnom Penhs und unterstützt Hanoi
23. FEBRUAR: Warnung Hanois an die Adresse Pekings: Vietnam verurteilt diejenigen, „die Kambodscha benutzen, um Vietnam anzugreifen"
3. APIRL: Hanoi ruft die kambodschanischen Soldaten auf, sich gegen das Regime in Phnom Penh zu erheben.
MAI: Versuch einer Erhebung gegen das Regime in Phnom Penh im Osten Kambodschas; neue Säuberungen unter den Anstiftern der Erhebung und Flüchtlingswelle nach Vietnam, die später den Kern der FUNSK bilden
JUNI: neue vietnamesiche Offensive
29. JULI: Auf der Konferenz der Blockfreien in Belgrad Vermittlungsversuche
2. SEPTEMBER: Bildung einer Wiederstandsbewegung in Kambodscha
SEPTEMBER: Beginn einer Reise von Pham Van Dong durch die Länder der ASEAN; Ieng Sary und Deng Hsiaoping bereisen ebenfalls diese Länder; jede Seite bemüht sich, diplomatischen Rückhalt zu - gesichert zu bekommen
28. SEPTEMBER: Wiedererscheinen Prinz Sihanouks und Veröffentlichung seiner Fotografie
13. OKTOBER: Ieng Sary lädt Generalsekretär Waldheim nach Phnom Penh ein; Waldheim gibt später bekannt, daß er im Februar 1979 Kambodscha besuchen wolle
3. NOVEMBER: Moskau und Hanoi unterzeichnen einen Friedens-, Freundschafts- und Beistandspakt
3. DEZEMBER: Gründung der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung (FUNSK), die alle Gegner des Regimes vereinigt, die eine Kollaboration mit Vietnam anstreben. Ihre Rundfunkstation beginnt kurze Zeit später mit Sendungen; Hanoi sichert ihr seine Unterstützung zu
25. DEZEMBER: Phnom Penh gibt den Beginn der vietnamesischen Offensive bekannt

1979
1. JANUAR: die vietnamesische Armee startet eine großangelegte Offensive
2. JANUAR: Hilferuf von Khieu Samphan, der das Eingreifen der Vereinten Nationen fordert
3. JANUAR: Ieng Sary fordert die sofortige Einberufung des Weltsicherheitsrates
5. JANUAR: Pol Pot ruft vom Volkskrieg auf. Deng Hsiaoping fordert die UNO auf, Phnom Penh ihre „moralische Unterstützung" zu geben. Der vietnamesische Botschafter in Paris dementiert den Einmarsch von Hanois Soldaten in Kambodscha
6. JANUAR: Ankunft von Prinz Sihanouk in Peking an der Spitze einer Delegation, die die kambodschanische Sache bei den Vereinten Nationen vertreten soll
7. JANUAR: Fall von Phnom Penh
Ausrufung der „Volksdemokratie Kampucheas" unter Premier Heng Samrin und Chea Sim, Aufnahme des Befreiungskampfes durch die Regierung des Demoraktischen Kampucheas"
11. JANUAR: Die Blockfreien Staaten bringen im UN-Sicherheitsrat die Resolution ein: sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, Abzug aller ausländischen Truppen von Kampuchea, Weiterverhandlung vor der UN, Verhinderung einer Ausweitung zu einem Weltkonflikt. Durch Veto der SU wird die Annahme der Resolution verhindert. Trotz Einspruch durch die Sowjetunion wird Prinz Sihanouk für die Regierung des „Demokratischen Kampuchea" bei der UN akkreditiert und spricht vor UN-Sicherheitsrat
Ende JANUAR: Die Vertretung Kampucheas durch die Regierung des „Demokratischen Kampuchea.. in der Bewegung der Blockfreien Staaten wird vom Koordinationsbüro der Blockfreien auf der Tagung in Maputo/ Mosambik bestätigt.
16. FEBRUAR: Ankunft einer Partei- und Regierungsdelegation unter Leitung von Premier Pham van Dong in Phnom Penh
18. FEBRUAR: Unterzeichnung eines „Freundschafts- und Kooperationsvertrages" auf 25 Jahre zwischen der SR-Vietnam und der VR-Kampuchea, die „militante Solidaritäts und brüderliche Freundschaft zwischen dem kambodschanischen, dem laotischen und vietnamesischen Volk zu stärken und die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern auszubauen."
(Art. 5)

GUATEMALA

Interview mit einem Gewerkschaftler

Guatemala
Interview mit einem Gewerkschaftler

Über 20 000 Gualtemalteken starben seit 1966 von Hand paramilitärischer Einheiten, die ungestraft und mit schweigender Zustimmung der Regierung Morde begehen.
Das folgende Interview wirft ein Schlaglicht auf die aktuelle Lage in Guatemala. Es ist ein Aufruf an die europäischen und deutschen Arbeiterorganisationen, sich mit den Gewerkschaften in Guatemala, seinen fortschrittlichen Geistlichen (siehe Kasten) und allen Menschen, die dort gegen die Repression und Unterdrückung kämpfen, zu solidarisieren (siehe auch IZ Nr. 74, S. 4).



Übersichtskarte Guatemala / Belize.

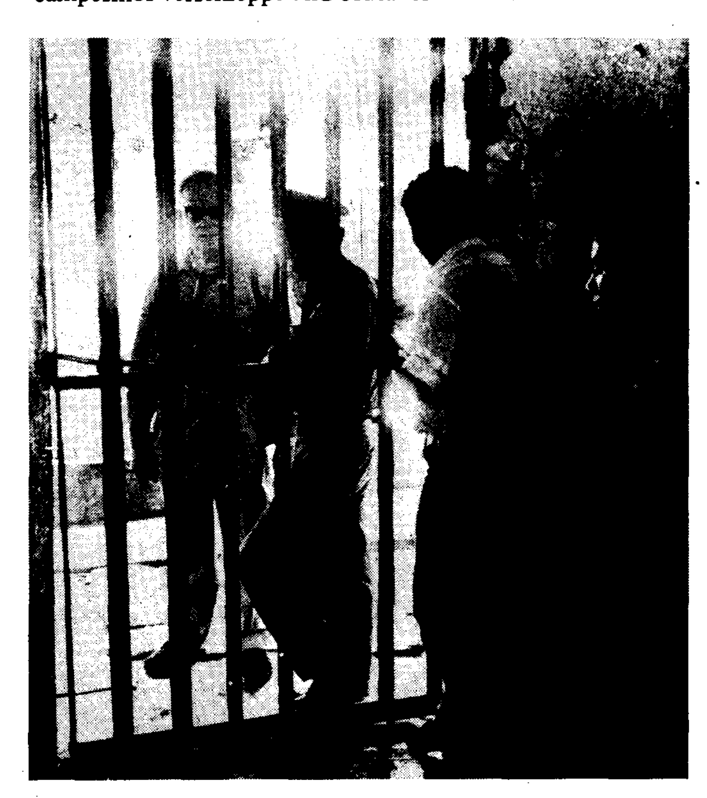
Interview mit Miguel Angel Albizures, Mitglied des Direktoriums des Comité Nacional de Unidad Sinical CNUS, Guatemala (Nationales Komitee der Gewerkschaftlichen Einheit)

Frage: Was ist das Motiv für Ihre Reisen und welche Organisation vertreten Sie?
A.: Ich führe diese Reise durch Auftrag des Comité Nacional de Unidad Sindical CNus, höchtes Vertretungsgremium der Arbeiter von Guatemala, bei dessen Direktorium ich Mitglied bin. Die Motive für meine Reise:
1.) freundschaftliche Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen und zu fortschrittlichen und solidarischen Institutionen anzuknüpfen, die sich um die Situation der Völker Lateinamerikas sorgen.
2.) Diesen Organisationen und Institutionen die Auswirkungen von Unterdrückung, Gewalt und institutionalisiertem Terror darzustellen, unter denen unser Volk, seine Organisationen und seine Führungskräfte leiden müssen. Ich möchte die Machthabenden des Landes anklagen, die jede progressive Gruppe zerstören, die einen Wandel der augenblicklichen ungerechten Strukturen unserer Gesellschaft anstrebt.
3.) Ich möchte meinen Appell an die europäischen Völker und ihre Organisationen richten, damit sie gegen die Haltung unserer Regierung protestieren und sich mit unserem Kampf solidarisieren, den wir Arbeiter, Bauern, Studenten und progressive Geistlichen von Guatemala zur Zeit führen.

Was waren die letzten Ereignisse in Guatemala?
Das Jahr 1979 beginnt mit der unverschämten Anwesenheit der Polizei in verschiedenen Betrieben. Die einzige Rechtfertigung, die die Regierung angibt, ist, daß sie es macht, um „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuhalten. Gleichzeitig erklärt sie die Organisationen der Gewerkschaften, Studenten, Bewohner von Elendsvierteln und die progressiven Gruppen der Kirche für subversiv und bezeichnet *die* Bischöfe als Kommunisten, die ihre Stimme zum Protest gegen die Situation der Ungerechtigkeit und Unterdrückung erhoben haben, die das Volk zu erleiden hat.
Am 12. Januar wurde der Gewerkschaftsführer Enrique Castellanos entführt, später fand man seine Leiche mit deutlichen Zeichen von Folter. Am 25. Janaur wird der sozialdemokratische Abgeordnete Alberto Fuentes Mohr ermordet, der im Parlament die Welle der Gewalttätigkeit und den Mangel den demokratischen Freiheiten anklagte. Am 30. Januar mußte der Gewerkschaftsführer Israel Marquez Pivaral in der Botschaft von Venezuela um Asyl bitten, nachdem er drei Attentate überlebte. Beim letzten starb ein Bürger, der nichts mit der Gewerkschaft zu tun hatte, außerdem wurde seine Frau schwer verletzt. Israel Marquez ist der augenblickliche Generalsekkretär der Cental Nacional de Trabajadores CNT (Nationale Arbeiterzentrale) und Mitglied des Direktoriums des CNUS.
In den letzten Februartagen richteten sich die Drohungen nicht nur gegen die führenden Persönlichkeiten der Massenorganisationen, sondern sie erreichen auch deren Familien, Eltern, Ehefrauen und Kinder. Dadurch soll ein Klima des Terrors erzeugt werden, das die Mobilisierung der Organisationen und ihrer Führer gegenüber jedweder Gewalttätigkeit der kapitalistischen Sektoren verhindert.
Mindestens tausend staatliche Angestellte und Arbeiter wurden entlassen, weil sie Vereinigungen angehören, die ihre Rechte fordern. Verschiedene Gewerkschaften sind ilegal erklärt worden zu gleicher Zeit, als die Regierung eine Untersuchung aller Gewerkschaften und Genossenschaften ansagt, um ihre Annullierung zu rechtfertigen. Praktisch wurden die Rechte auf Zusammenschluß, Versammlung, Demonstration, Protest und freie Meinungsäußerung aufgehoben, alles durch die Verfassung garantierte Rechte, die die augenblickliche Militärregierung nicht respektiert.
Mindestens sechs bis sieben Leichen werden täglich mit deutlichen Anzeichen von Folter aufgefunden. Dies stellt eine weitere Steigerung der Gewalttätigkeit dar, der schon tausende Bürger zum Opfer fielen, einer institutionalisierten politischen Gewalt, die von rechtsextremen Gruppen ausgeübt wird, die in direkter Beziehung zur Regierung stehen.

Warum unterdrückt die Regierung die Geistlichen, wie es der Fall von Pfarrer Stetter zeigt? (siehe Kasten)

In dem Maße wie die Geistlichen die Realität des Volkes erfaßt haben, die Ungerechtigkeit wider die Arbeiter sahen, sich mit der Sache der Besitzlosen identifizierten und die Geschehnisse in Guatemala anklagten, – in dem Maße wurden sie Opfer der Repression der Regierung.
Im Falle des Massakers an mehr als hundert campesinos der Kekchi-Indianer in Panzós im letzten Jahr, haben die Geistlichen scharf gegen das Heer protestiert, das das Massaker durchführte. Sie denunzierten die starken Interessen der Transnationalen Konzerne in dieser Region. Sofort wurden sie der Subversion bezichtigt und als Aufwiegler der campesinos angeklagt. Kurz danach wurde die spanische Ordensschwester Raimunda Alonso ausgewiesen. Dasselbe geschah mit Pfarrer Stetter, der eine sehr wertvolle Arbeit leistete in der Gegend von Ixcan, wo das Heer ständig die campesinos unterdrückt da es für die Regierung von Vorteil ist, diese am Rande der Zivilisation und als Analphabeten vegetieren zu lassen, damit sie nicht ihre Rechte fordern, wie zum Beispiel das Recht auf Leben. Tatsächlich werden hunderte von campesinos verschleppt und brutal ermordet.



Die Geistlichen in Guatemala erleiden eine doppelte Repression; die der Regierung *und* die seitens ihrer Hierarchie, die mit den dominierenden Klassen pratizipiert und die fordert, daß ein Evangelium gepredigt wird, das das Volk einschläfert, es passiv und konformistisch macht. Wogegen die progressiven Geistlichen ein befreiendes Evangelium predigen, das die Ausbeutung und die Ungerechtigkeit anprangert und die Anhäufung von Reichtum und von Landbesitz in den Händen einiger weniger ablehnt. In Guatemala wird die einfache Tat, daß man den campesinos das Lesen beibringt und ihnen ihre Rechte erklärt, die die eigene Verfassung enthält, als subversiv bezeichnet.
Man unterdrückt die Geistlichen, weil sie vom Schweigen der Anklage übergegangen sind, von der Isolierung zum Leiden mit dem Volk.
Wie würden Sie die augenblickliche Situation in Guatemala charakterisieren?
Zuallererst zeichnet sie sich durch eine erbarmungslose Repression gegen das Volk, seine gewekkschaftlichen Organisationen, Studenten-, Bürger- und Bauernorganisationen

BOTSCHAFT DER CHRISTLICHEN GRUPPEN AN DAS VOLK VON GUATEMALA ANLÄSSLICH DER AUSWEISUNG VON PFARRER KARL STETTER UND DER UNGERECHTIGKEIT, IN DER DAS LAND LEBT.

Tageszeitung GRAFICO, NACION 2. 12. 78

Als christliche Gruppen, die unten unterzeichnen, solidarisieren wir uns mit unseren Brüdern, den Bauern der Region Ixcan, mit Bischof Mons, Victor Hugo Martínez, mit dem Priesterrat von Quetzaltenango, welche öffentlich die Ausweisung von Pfarrer Karl Stetter angezeigt und verurteilt haben.
Am 20. Dezember wurde Pfarrer Karl Stetter, Pfarrer der Urwaldregion von Ixcan, als er auf dem Landeplatz von Huehuetanango mit seinem Flugzeug landete, entführt. In der Regel transportiert er Kranke, Medikamente und Baumaterialien . . .
Als Teil seiner pastoralen Arbeit in dieser Gemeinde wird besonders hervorgehoben: die Zusammenlegung der staatlichen und kirchlichen Klinikarbeit, die Kirchenbauten von Estancia, Xecam und Chuisuc, die Einrichtung einer medizinischen und zahnärztlichen Klinik, wesentliche Teilnahme an der Gründung von Genossenschaften, der Elektrifizierung von Xecam . .

Die Diözese von Huechuetenango, wo Pfarrer Stetter arbeitete, charakteristischerweise eine der ruhigsten Landesteile, konnte sich der Welle der Unterdrükkung, welche das ganze Land durchmacht, nicht entziehen. In den letzten Monaten wurde der Gewerkschaftsführer Mario Mujia Córdova ermordert, der früher in Projekten der Diözese und auch in der Urwaldregion von Ixcan arbeitete; wir erinnern an das brutale Attentat gegen Leticia Chávez de Rodríguez; sie arbeitet im Krankenhaus von Huehuetenango . . .
Es gibt zahlreiche Anzeigen der campesinos, vor allem aus der Region von Ixcan, über Entführungen ihrer örtlichen Leiter, Genossenschaftler, Katecheten . . .
Heute brandmarken wir die ungerechte Ausweisung von Pfarrer Karl Stetter, weil es das naheliegendste Zeugnis der Ungerechtigkeit und Willkür in unserem Lande ist und weil es ein Ereignis ist, das uns als christliche Bewegung von neuem und ganz nahe trifft.
Wir dürfen dabei keineswegs in den Irrtum verfallen, zu glauben, das sei ein Einzelfall, denn Guatemala leidet unter einer Welle immerwährender Gewalt.
Eine Gewalt, die als geplante Unterdrückung sichtbar wird gegen Führer des Volkes, seien das Bauern, Arbeiter, Stadtrandsiedler, Studenten oder Mitarbeiter der Kirche. Gewalt, die das Volk ebenso erleidet in der hohen Kindersterblichkeit, im Hunger und der Unterernährung eines ganzen Volkes, in den Elendslöhnen, die die Arbeiter erhalten, dem hohen Analphabetismus, dem unser Volk unterworfen ist, in der Verfolgung und Verurteilung von Ideen.
Um das Gesagte zu erhärten, brauchen wir nur die Zeitungen zu lesen und die herausragenden Ereignisse der Unterdrückung aufzählen, die sich seit Juli verschärft hat, als Guatemala und die ganze Welt vom Massaker von Panzos erschüttert wurde (A.d.Ü.: wo über 100 indianische campesinos, Frauen und Kinder unter dem Feuer der Soldaten starben):
. . . (Es folgt eine ausführliche Aufzählung von Namen von Gewerkschaftlern, Studenten, Kirchenmitarbeitern etc., auf die Attentate verübt bzw. die entführt oder ermordet wurden). ⟶

In dem Maß, wie die Kirche, getreu ihres evangelischen Auftrags, diese Ereignisse gebrandmarkt hat, und sich an die Seite derer stellt, die Verfolgung und Ungerechtigkeit am eigenen Leibe erfahren, ist sie ebenfalls selbst verfolgt worden . . .
Pfarrer Stetter wurde beschuldigt, er würde sich „Tätigkeiten widmen, die nicht vereinbar mit seinem priesterlichen Beruf sind". Wir fragen uns, was versteht man unter priesterlichem Dienst . . .
Wir dürfen nicht nachlassen, die Gründe für diese Gewalttätigkeiten zu suchen und sie aufzuzeigen, denn das Schweigen würde uns zu Komplicen machen. In diesen schwierigen Augenblicken der Prüfung müssen wir uns eins sein und uns daran erinnern, daß es nicht das erstemal ist, daß die Kirche verfolgt wird, weil sie ernst macht mit ihrem Auftrag, für die Errichtung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit zu arbeiten . . .

An den
Herrn Präsidenten
der Republik Guatemala
General Romeo Lucas García
Casa Presidencial
Guatemala
Rep. de Guatemala

Sehr geehrter Herr Präsident!
Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, das seit vielen Jahren kirchliche Sozial- und Entwicklungsprogramme und Wiederaufbaumaßnahmen in Guatemala unterstützt, ist zutiefst bestürzt über die zunehmende politische Verfolgung von kirchlichen Mitarbeitern, Gewerkschafts- und Bauernführern, die sich für die Einhaltung der grundlegenden, durch die Verfassung garantierten Menschenrechte einsetzen, und über die Gewalttätigkeit gegen die Bevölkerung, die so tragisch bei den Massakern von Panzós und Olopa zutage trat.
Besonders erschüttert uns die Tatsache, daß paramilitärische Organisationen, wie ESA und FADA, Todeslisten veröffentlichen und damit offen ankündigen, einzelne Personen – darunter uns persönlich bekannte kirchliche Mitarbeiter – zu ermorden, in einigen Fällen diese Androhungen vollstrecken – dies alles, ohne daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und vor ein Gericht gestellt würden . .

(aus einem Brief des Präsidenten des Diakonischen Werks, Dr. Th. Schober, vom 28. 2. 79, an den Präsidenten der Republik Guatemala)

aus, gegen alle jene fortschrittlichen Gruppen des Landes, die wagen, die Stimme des Protestes zu erheben und ihren Weg auf der Suche nach mehr Freiheiten für das Volk gehen.
An zweiter Stelle durch eine ernste Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der benachteiligten Schichten, die einerseits durch das Einfrieren der Löhne und andererseits durch die enorme Steigerung der Kosten für die notwendigsten Lebensmittel wie Bohnen, Mais, Zucker, Brot, Reis usw. betroffen sind. Und gleichzeitig sehen sie die Passivität der Regierung, die nichts tut, um diese Situation zu verbessern; im Gegenteil: Die Regierung versucht die Interessen der herrschenden Schichten des Landes zu begünstigen und die Organisationen des Volkes zum Schweigen zu bringen.
An dritter Stelle durch die Existenz einer kleinen Gruppe in der Regierung, die sich auf skandalöse Weise bereichert und die gleichzeitig die Rohstoffvorkommen wie Erdöl und Erze an die großen transnationalen Konzerne vergibt, deren treue Diener sie sind.
An vierter Stelle durch die rasche Bereicherung der Militärkaste; den Mitglieder haben sich, mit den Waffen in der Hand, die wichtigsten Ländereien angeeignet und sich in Viehzüchter und Teilhaber der Industrieunternehmen verwandelt. Nicht umsonst haben sie die Bank des Heeres von Guatemala gegründet!
Und an fünfter Stelle läßt sich sagen, daß die augenblickliche Situation des Landes charakterisiert wird durch die allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber dem Machtmißbrauch, der ungezielten oder gezielten Ermordung der fortschrittlichsten Elemente der Gewerkschafts- und Massenorganisationen. Sie wird aber auch charakterisiert durch eine Zunahem und rasche Entwicklung der Organisationen, ein Wachstum des Bewußtseins über das Ausgebeutetwerden, eine Fähigkeit zur Mobilisierung der Bevölkerung und eine schnelle Demaskierung der demagogischen Politik der jetzigen Regierung, die es verhindert, daß das Volk durch falsche Versprechungen wie „Dialog", „demokratische Öffnung" oder „Sozialpakt" betrogen wird.



Elendsquartiere am Rande der Großstädte

Sie reden von der Existenz eines repressiven Plans, eingesetzt von der Regierung und den Unternehmern mit dem Ziel, die Bürger- und Gewerkschaftsbewegung ihrer Führer zu berauben. Welche neuen Elemente gibt es in dieser Verfolgungswelle?
Dieser repressive Plan gegen Gewerkschaften und Bürgerorganisationen existiert tatsächlich. Er wird von den herrschenden Sektoren mittels der Coordinadora de Cámara Agricolas, Comercio, Industria y Finanzas CACIF (Zusammenschluß der Landwirtschafts-, Industrie, Handels- und Finanzkammern) und der Regierung mit dem Ziel verfolgt, die Massenorganisationen völlig zu zerstören. Dieser Plan

wurde ständig vom Comité Nacional de Unidad Sindical CNUS (Nationalkomitee gewerkschaftlicher Einheit) angegriffen, und wir glauben, daß die wesentlichen Elemente dieses Plans folgende sind:

1. Die Anwesenheit einer kämpferischen, aktiven Gewerkschafts- und Bürgerbewegung zu bekämpfen.
2. Ein wichtiges Element, das die Repression hervorruft, ist die Anwesenheit von transnationalen Firmen, die Erdöl, Nickel, Kupfer, Antimon u.a. ausbeuten und für deren Dienste große Wasserkraftwerke gebaut werden. So hat man die „faja transversal del Norte" (nördlicher Querstreifen) geschaffen und Zur Industrie- und Freihandelszone erklärt. Hinzu kommt, daß nicht wenige Staatsautoriäten dort persönliche Interessen haben. Das Massaker von Panzós ist kein isolierter Vorfall, sondern entspricht den Interessen von Firmen wie Inco oder Shenandoa und dem Terror, den man in der Zone schaffen will.
3. Weiteres Element ist der Kampf, den die Brudervölker Zentralamerikas führen, insbesondere in Nicaragua. Dabei ist nicht zu vergessen, daß Somoza politische und wirtschaftliche Macht in ganz Mittelamerika hat und, um sich an der Macht zu halten, nicht nur die direkte Unterstützung des nordamerikanischen Imperialismus, sondern auch anderer Regierungen und ultraechter Gruppen genießt, die Söldner geschickt haben. Außerdem hat er die Unterstützung des Consejo de Defensa Centroamericano CONDECA (Mittelamerikanischer Verteidigungsrat), der seinen Sitz in Guatemala hat.

. . . Die Regierungen von Guatemala, El Salvador und Honduras haben Angst, daß Somoza gestürzt wird. Ein Beispiel dafür ist, daß am Tag, als die Sandinistische Front denPalast in Nicaragua besetzte, in Guatemala die Wachen des Nationalpalastes aus Angst vor einem ähnlichen Vorgang verstärkt wurden. Aber noch offensichtlicher zeigt sich dies durch die Verstärkung der Repression gegen die Völker von Guatemala und El Salvador. Beide Länder erleiden seit Jahrzehnten die gewaltsamste Repression die man kennt, und trotzdem ist es nicht gelungen, die Massenorganisationen zu beugen, die weiterhin mit Demonstrationen, Streiks und Fabrikbesetzungen fortfahren.

. . . Die Strategie der jetzigen Regierung ist klar: die Kontrolle über die gewerkschaftliche Bewegung zu bekommen, um Probleme zu vermeiden. Und jetzt, da sie einsieht, daß dies nicht möglich ist und ihre Spaltungsversuche scheiterten, bleibt ihr keine andere Alternative als sie zu unterdrücken. Deswegen wird jedwede Zurückforderung der Rechte als subversiv und verschwörerisch erklärt. Jede Verteilung von Flugblättern über die Erschießung von Genossen wird verboten. Mitwirkende der Basis werden eingekerkert und Organisationen wie die Asociación de Telegrafistas y Radiotelegrafistas und Asociación de Carteros y Empleados Postales (Einzelgewerkschaften) werden verboten.

Welches ist die Aktionsplattform des CNUS und der Gewerkschaftsbewegung insgesamt und wie soll diese verwirklicht werden?

Im Prinzip kämpfen augenblicklich CNUS und die Gewerkschafts- und Bürgerorganisationen insgesamt ums Überleben angesichts der Menschenjagd, die von den Klassenfeinden durchgeführt wird. Sie kämpfen für die Einhaltung der grundlegenden Rechte, wie Recht auf Zusammenschluß, Versammlung, Bewegungsfreiheit, Recht auf Demonstration, Protest, freie Meinungsäußerung und dem Recht auf Sicherheit des Lebens, das im Guatemala nichts gilt. Man ermordet hier Bürger auf die bestialischste Weise, um Terror in der Bevölkerung und Lähmung in den Gewerkschaften und Bürgerorganisationen und ihren Führungen zu erzielen.

Die Regierung und die bürgerliche Klasse Guatemalas sind nicht bereit nachzugeben; das ist normal, wenn Klasseninteressen im Spiele sind. Aber die Gewerkschafts- und Bürgerorganisation ist auch nicht bereit nachzugeben, und deshalb hat das CNUS angesichts der demagogischen Aufrufs der Regierung zum „nationalen Dialog" und „Sozialpakt", denn sie nicht näher erklären konnte, klare Diskussionspunkte aufgestellt, die zugleich ihre Plattform ist:

Die Einhaltung der in der Verfassung und Gesetzgebung des Landes garantierten Rechte, die heute elend mit Füßen getreten und verweigert werden. Dies nicht nur für Gewerkschafts- und Bürgerorganisationen, sondern für das ganze Volk.

Dies Plattform entstand eigentlich aus den konkreten Problemen aller Gewerkschafts- und Bürgerorganisationen. Sie greift die Problematik der Industrie-, Landarbeiter, Staatsangestellte und Bürger der Elendsviertel auf, fordert die Einhaltung der Verfassungsrechte und stellt Rückforderungen bezüglich der Reichtümer, der nicht reproduzierbaren Rohstoffe und bezüglich der nationalen Finanzpolitik.



IZ3W-FÖRDERKREIS – WOZU?

Seit 1968 arbeitet in Freiburg die Aktion Dritte Welt e.V., seit 1970 das Informationszentrum Dritte Welt (iz3w). Unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit bestand bisher und besteht vor allem in:

- Unterhaltung eines Informations- und Versandbüros
- Aufbau eines umfangreichen, frei benutzbaren Zeitungs- und Zeitschriftenarchivs aus etwa 100 Periodika
- Einrichtung einer frei verfügbaren Präsenzbibliothek
- Publikation aktueller und grundsätzlicher Broschüren zu Fragen der Entwicklungsländerpolitik (auf Anfrage senden wir unsere Materialliste zu)
- Mitarbeit bei der Planung und Durchführung von Seminaren, Diskussionen sowie Film- und Vortragsveranstaltungen (vor allem in Freiburg und im Raum Baden-Württemberg)
- Publizistische und materielle Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (in Zusammenarbeit mit anderen Dritte Welt-Organisationen)
- Herausgabe der 8 mal im Jahr erscheinenden „blätter des iz3w" (seit Nov. 1970).

Mit unserer Arbeit wollen wir beitragen zur Gewinnung von Einsichten über diejenigen gesellschaftlichen Kräfte, die Unterentwicklung historisch verursacht haben und gegenwärtig stabilisieren. Diese Bildungsarbeit verweist immer wieder auf die Veränderungsnotwendigkeit der westlichen Industrieländer und damit auch unserer eigenen, kapitalistisch organisierten Gesellschaft. Publizistische und – soweit möglich – auch materielle Unterstützung von fortschrittlichen Kräften in Ländern der Dritten Welt betrachten wir als eine wichtige konkrete Handlungsmöglichkeit im Bereich der Dritte Welt-Arbeit.

Unsere Arbeit wird ganz überwiegend von unentgeltlich tätigen Mitarbeitern verrichtet (Studenten, Doktoranden, Berufstätige). Der erreichte Umfang unserer Tätigkeit läßt es nicht zu, von zufälligen und sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und eine längerfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch ihren Beitritt zum



FÖRDERKREIS DES INFORMATIONSZENTRUMS DRITTE WELT.

Wir denken dabei vor allem (aber nicht ausschließlich) an berufstätige Sympathisanten, die teils an eigenem zeitlichen Einsatz im Bereich der Dritte Welt-Arbeit verhindert sind, teils als „Bildungsarbeiter" selbst u.a. auch Dritte-Welt-Arbeit betreiben (Lehrer, Pfarrer u.a.).

Als Förderer bestimmen Sie die Höhe Ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die „blätter des iz3w" kostenlos zugesandt. Bedenken Sie: nur einplanbare Beträge können die unabhängige und kontinuierliche Weiterführung unserer Arbeit garantieren.

Informationszentrum Dritte Welt

An ....
(Geldinstitut)

Bitte überweisen Sie ab............ von meinem

Konto Nr. .... bei Ihnen

monatlich am ... ten d.M. DM/Fr/S ....

an die

Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg i.Br., Konto Nr.
1482 39 - 755 beim Postscheckamt Karlsruhe
40 - 35899 beim Postscheckamt Basel
2377.047 bei der Österreichischen Postsparkasse

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Name ....

Straße ....

Ort ....

Unterschrift: ....

Entwicklungspädagogischer Workshop in Essen

Vom 31. August bis 2. September 1979 führt die Nationale Kommission für das Internationale Jahr des Kindes einen entwicklungspädagogischen Workshop mit dem Thema „Die Dritte Welt in Schule und Jugendarbeit" im Saalbau in Essen durch.

Der Workshop richtet sich sowohl an Lehrer aller Schularten und -stufen als auch an Mitarbeiter der freien Jugendgruppen. Auf dieser praxisorientierten Tagung werden zahlreiche Modelle aus dem entwicklungspädagogischen Bereich vorgestellt. Dabei soll das Hauptaugenmerk den Umsetzungsschwierigkeiten und -möglichkeiten einer „Dritte-Welt-Didaktik" in der Alltagswirklichkeit von Schule und Jugendarbeit gelten. Auf einer die Tagung abschließenden Podiumsdiskussion mit den für diese Fragen verantwortlichen Politikern sollen die Rahmenbedingungen einer Erziehung zu internationaler Solidarität zur Diskussion stehen.

Programm und Anmeldeunterlagen bei: Geschäftsstelle der Nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes, Am Burgweiher 12, 5300 Bonn-Duisdorf 1

Viktor Lütertz
Rehlingstr. 2

7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg